Nr. 136.

17. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 15. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Bilanz der Reichstags-Session.

Beurteilt man mit dem Präsidenten, Grafen von Ballestrem, die Thätigkeit des Reichstags nach ihrem Umfang in der nunmehr geschlossenen ersten Session der Legislaturperiode, dann erhält der Reichstag sicherlich eine erste Note. In überaus zahlreichen Plenar- und Kommissions-Sitzungen wurden zahlreiche Gesetzesvorlagen verabschiedet. Die stattlichen Bände der stenographischen Berichte sprechen dafür, daß das „Parlament" des Deutschen Reichs diesem Namen alle Ehre macht. Indessen kann der geschäftliche Gesichtspunkt, von dem aus der Präsident einen Rückblick auf die zu Ende gegangene Session warf, nicht für eine politische Partei, noch viel weniger aber für die deutsche Arbeiterklasse bei der Beurteilung der parlamentarischen Arbeiten in erster Linie stehen. Gewiß wird man dem 1898 gewählten Reichstag die Anerkennung nicht versagen, daß er fleißig war, daß er selbst ohne die bis jetzt verweigerten Diäten mehr gearbeitet hat als die Herren des Bundesrats, die, wie sich noch zuletzt bei den Steuervorlagen für die Kosten der Flotte zeigte, sich darauf beschränkten, Gesetze, fertig ausgearbeitet, vom Reichstag sich präsentieren zu lassen. Indessen hinter der Quantität der gesetzgeberischen Arbeit muß die Qualität zurücktreten. Wir müssen fragen: Was ist in dieser Session vom Reichstag für die deutsche Arbeiterklasse geleistet worden? Und nach der Beantwortung dieser Frage fällt unser Urteil freilich wesentlich anders als anerkennend aus.

Positive Leistungen von weittragender Bedeutung sind weder auf dem Gebiete der Social- noch der Wirtschaftspolitik zu verzeichnen. Was auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung fertiggestellt wurde, bewegt sich entweder im weiteren Ausbau schon längst anerkannter Principien oder kennzeichnet sich dort, wo die bestehende Gesetzgebung unhaltbare Zustände ergeben hatte, als recht magere, wenn auch nicht gänzlich ungenießbare Reformarbeit. Dem parlamentarischen Einwirken unsrer Fraktion ist es mit gelungen, daß für eine Reihe von Gewerbebetrieben Schutzbestimmungen zu Gunsten der Arbeiter vom Bundesrat erlassen worden sind. Dahin gehören Vorschriften über die Arbeitszeit in Getreidemühlen, über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten, der Roßhaarspinnereien, endlich solcher Anlagen, in denen Thomasschlacke verarbeitet wird. Etwas einschneidender sind die Schutzbestimmungen, die einem großen Teil der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen durch die Abänderung der Gewerbe-Ordnung zu gute kommen. Dahin gehört vor allem der gesetzliche Ladenschluß um neun Uhr abends. Ungewöhnlich lange Zeit beanspruchte die Reform der Invaliditäts- und Unfallversicherung, die schließlich nach Ausmerzung sehr bedenklicher, in der Vorlage befindlicher Bestimmungen auch unsre Stimmen erhielt. Diese Zustimmung besagt nichts weiter, als daß gegen den früheren Zustand verschiedene, zum Teil nicht unwesentliche Besserungen durchgeführt sind; sie schließt dagegen keineswegs aus, daß wir nach wie vor alles aufbieten werden, um die gesamte Versicherungsgesetzgebung leistungsfähiger für die Arbeiter zu gestalten.

Mit den hier genannten Gesetzen sind die einigermaßen nennenswerten Fortschritte auf dem Gebiete der Socialpolitik erschöpft. Wenn der Staatssekretär v. Posadowsky in der vergangenen Session so oft versicherte, daß die Socialpolitik im Deutschen Reich nicht still stehe, so bleibt ihm im Hinblick auf diese geringe Ausgiebigkeit nur zu erwidern, daß der heutige socialpolitische Kurs im Schneckentempo sich vorwärts bewegt. Eine Reihe von Anregungen, die der Reichstag für eine wirksame Socialpolitik gegeben hat, erweckten auf seiten der Regierung nicht den mindesten Wiederhall. Die Organisation der Arbeiter in Arbeiterkammern, die planmäßige und wirtschaftlich hochwichtige Centralisierung des Arbeitsnachweises unter dem Gesichtspunkt der Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Regelung der Arbeitsverhältnisse im deutschen Bergbau durch ein Reichs-Berggesetz, die Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes — alles Fragen von aktueller Bedeutung — wurden von einem großen Teil des Reichstags entweder durch Anträge angeschnitten oder sogar gesetzgeberisch vorbereitet. Sie hatten indes bei der socialpolitischen Rückständigkeit der Regierung keinen Erfolg. Auch die Seemannsordnung, eine alte Forderung unsrer Partei im Interesse der Seeleute, fiel andren Gesetzen zu lieb unter den Tisch.

Gleich unbefriedigend waren die gesetzgeberischen Arbeiten auf dem Gebiet der eigentlichen Wirtschaftspolitik. Was will es heißen, daß man die für die deutsche Währung wichtigen Bankgesetze, die Reichsbank- und die Münznovelle glücklich unter Dach und Fach brachte. Ist doch gerade in der zu Ende gegangenen Session bei verschiedenen Gelegenheiten die sich immer mehr verstärkende Position der Agrarier und Hoch-Schutzzöllner in all' ihrem Einfluß auf die Regierung klar zu Tage getreten. Ein Beweis dafür war namentlich die Erledigung des Fleischbeschau-Gesetzes. Die Regierung bringt eine Vorlage ein, die aus sanitären Gesichtspunkten hervorgegangen, den inländischen Konsum vor dem Genuß kranken Fleisches, komme es, woher es wolle, zu schützen sich bestrebte. Als Grundsatz war aufgestellt, daß das Fleisch eines jeden Schlachttiers, ehe es in den menschlichen Konsum übergeht, untersucht werden soll. Dieser Grundsatz schloß selbstredend auch die Kontrolle der Hausschlachtungen ein. Was hat indes die agrarische Mehrheit des Reichstags aus dieser Vorlage gemacht? Ein Gesetz — nicht zum Schutz der Konsumenten, sondern, selbst nach Abwehr der reaktionärsten Absichten, ein solches, das den inländischen Viehproduzenten auf Kosten des heimischen Fleischkonsums und der sanitären Sicherheit Vorteile gewährt. Bei dieser Gelegenheit sowohl als auch bei andren handelspolitischen Debatten kam der handelsvertragsfeindliche Geist der Agrarier wiederholt zum Ausdruck und verriet gleichzeitig die feste Entschlossenheit der Regierung, bei dem Neuabschluß der Handelsverträge durch Erhöhung der Getreidezölle die Lebensmittelverteuerungs-Politik des Fürsten Bismarck wieder erneut mit aller Energie aufzunehmen.

Auch die paar Reformen auf dem Gebiete des Verkehrswesens können über die verkehrsfeindliche Stimmung in den politisch maßgebenden Kreisen nicht hinweg täuschen. Wohl ist es erfreulich, daß Deutschland daran geht, im Interesse seiner internationalen wirtschaftlichen Beziehungen große Kabellinien zu schaffen. Um so verkehrter sind aber wieder die Reichssubventionen für Dampfschiffsverbindungen nach Ostafrika, die bis zu einem hohen Grade geeignet sind, auf die Konkurrenzkraft und die Lebhaftigkeit des Verkehrs lähmend einzuwirken. Auch die Reformen für den innerdeutschen Verkehr gehen nur langsam voraus. Durch Aufhebung der Privatposten hat sich das Ressort des Staatssekretärs von Podbielski stark erweitert, ohne daß indessen bis jetzt die Leistungen der Postverwaltung bessere geworden wären. Der Fernsprech- sowie der Zeitungstarif haben Abänderungen erfahren, mit denen wir einverstanden sein konnten.

Alle Einzelfortschritte auf den einzelnen Gebieten der Gesetzgebung verblassen vor dem wiederholten Ausbruch des Chauvinismus, der auch in Deutschland mehr und mehr das Parlament ergreift. Die beiden positiven Leistungen dieser Session, die Militärvorlage am Anfang, die Flottenvorlage am Schluß, bilden gewissermaßen zwei Marksteine, die nicht nur für den chauvinistischen Sinn der gegenwärtigen Reichstags-Majorität, sondern auch für die Inaugurierung einer imperialistischen Weltpolitik durch Deutschland sprechen. Der jetzige Reichstag hat nicht nur das Princip, daß Deutschland die erste Landmacht sein müsse, durch Annahme einer neuen Militärvorlage abermals bekräftigt, er hat durch die Bewilligung des Flottengesetzes von 1900 dem nämlichen Princip auch für die Marine Geltung verschafft. Die Expansionspolitik auf wirtschaftlichem Gebiete wird nunmehr politisch ausgebeutet, dem deutschen Volk werden Lasten zugemutet, die um so schwerer zu tragen sind, als die wirtschaftliche Entwicklung die Arbeiterklasse in Deutschland viel schlechter stellt, als dies in Staaten wie England und Amerika der Fall ist.

So weit es sich also um die positiven Leistungen der Gesetzgebung des Deutschen Reichs seit 1898 handelt, hat die Arbeiterklasse zweifellos schlecht abgeschnitten, sie hat alle Veranlassung, durch erneute Agitation gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Gegner die Kräfte der socialdemokratischen Partei zu vermehren. Dagegen darf allerdings, wenn wir eine ordentliche Bilanz der letzten Reichstagssession aufstellen wollen, nicht übersehen werden, daß es dem nämlichen Reichstag bei seiner eigenartigen Zusammensetzung trotz allem gelungen ist, Vorlagen, die auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und auf die Freiheit des deutschen Geistes Attentate darstellten, zu Fall zu bringen. Der Sieg über die Regierung anläßlich des Zuchthausgesetzes und der Sieg einer starken Reichstagsminorität gegen das Centrum anläßlich der lex Heinze sind zwar nur negative Erfolge, aber in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Mit Rücksicht auf diese beiden Erfolge, an denen gerade die Socialdemokratie hervorragend beteiligt war, können wir, ohne dabei die Bedeutung der vergangenen Session für die Arbeiterklasse überschätzen zu wollen, doch mit Genugthuung konstatieren, daß die Arbeiterklasse als Machtfaktor in der Politik doch stark genug geworden ist, die Annahme entschieden volksfeindlicher Gesetze zu verhindern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni.

Ein neuer Gewaltstreich.

Noch ehe die Verhandlungen zwischen den Straßenbahnern und der Direktion, die wegen der Maßregelung einer Anzahl Angestellten eingeleitet worden, irgend ein Resultat gezeitigt, hat sich diese einer unerhörten Provokation schuldig gemacht. Wir sind in der Lage, folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

Berlin SW., den 14. Juni 1900.

An den Schaffner Herrn Nathmann Nr. 1859
Bahnhof XX, Eisenstraße.

Sie haben in der am 12./13. d. Mts. im Cirkus Schumann stattgehabten **Versammlung der Straßenbahn-Angestellten u. a. in agitatorischer Weise dazu aufgefordert:**

daß alle für einen einzutreten hätten, damit die sogenannten Gemaßregelten wieder eingestellt würden, und sofern die Direktion hierauf nicht einginge, daß dann eine neue Versammlung einberufen werde, in welcher ein neuer Streik zu proklamieren sei.

Ferner ist uns gemeldet worden:

daß Sie am 12. d. Mts. den Ihnen zugewiesenen Dienst nicht zu Ende geführt, sondern denselben ohne Genehmigung des Hofverwalters an den Schaffner Gieske, Nr. 1303, übertragen und durch diesen auch Ihre Tageseinnahme in verbotener Weise haben abliefern lassen.

Wir sehen uns daher genötigt, das mit Ihnen abgeschlossene Dienstverhältnis zum 30. d. M. zu kündigen.

Auf Ihre weitere Beschäftigung verzichten wir und haben die Hofverwaltung angewiesen, die Ihnen noch zustehenden Bezüge sofort gegen Quittung auszuzahlen.

Große Berliner Straßenbahn.
Die Direktion.

Was die Aeußerung in der Versammlung anlangt, so wird diese von dem Gemaßregelten nicht bestritten. Der Beweggrund ist aber ein solcher gewesen, daß die Direktion damit einverstanden sein sollte. N. wollte gerade durch diese Aeußerung den sofortigen Streik vermeiden. Als nämlich Schumann in seinem Referat von der sofortigen Arbeitsniederlegung abriet, machte sich in der Versammlung ein ziemlich starker Widerspruch bemerkbar. Es sind die „Hetzer", welche die durch die Provokationen der Direktion aufgeregten Gemüter beruhigen müssen. Nichts andres wollte auch der nun Gemaßregelte; er wollte seine Kollegen vor unbedachten Schritten bewahren, er wollte denjenigen, die durch ihre Entrüstung fortgerissen, vielleicht zum Streik gedrängt hätten, diesen immer noch als letztes Mittel in Aussicht stellen. Im stillen hoffte er, daß eine Verständigung herbeigeführt und der Ausstand schließlich doch vermieden werden könne.

Auch das zweite „Verbrechen" hat der Gemaßregelte begangen. Es ist das aber ein Vergehen, welches nicht sehr selten geübt wird, ohne daß es deswegen sofort zu Entlassungen käme. Würde jeder entlassen, der einmal, um den Weg zu sparen, seine Tageskasse von einem Kollegen mit abliefern läßt, dann wären Hunderte zu entlassen. In diesem Fall hat man auch den andern Schaffner, der dem N. die Gefälligkeit erwies, aufs Pflaster geworfen.

Aber das Vorgehen der Direktion gewinnt erst dadurch das rechte Licht, wenn man erfährt, daß der Gemaßregelte Mitglied der engeren Kommission war, die mit dem Bürgermeister verhandelte, daß er an der Spitze der ganzen Bewegung war. Es handelt sich also um ein wohlberechnetes Attentat auf die Organisation der Straßenbahner.

Welchen Zweck aber haben diese Provokationen der Direktion? Ist es nicht nur ein sinnloser Exzeß ohnmächtiger Wut darüber, daß die Angestellten sich ihrer Menschenwürde und zugleich ihrer selbständigen Macht bewußt geworden sind, so kann nur ein Motiv gedacht werden: Hat die Direktion die Rolle eines Agent provocateur übernommen, **will sie den Streik provozieren,** um, unterstützt durch die zugesicherte Hülfe der Regierung, welche Streikbrecher zwangsweise kommandiert, den Angestellten in einer verwegenen Machtprobe eine Entscheidungs- und Vernichtungsschlacht zu liefern, die der Direktion und dem durch eine befürchtete Eisenbahnarbeiter-Bewegung verängstigten Eisenbahnministerium für immer die absolutistische Gewalt sichern solle?

Aber die Herren Direktoren samt ihren ministeriellen Patronen spielen ein gefährliches Spiel. Die gesamte öffentliche Meinung, ganz Berlin, würde sich in tiefster Entrüstung gegen die Gesellschaft auflehnen, und Berlin hat sehr wirksame Mittel, um den Uebermut eines scharf gemachten Unternehmertums zu brechen. —

Der Minister der Scharfmacherei.

Der preußische Eisenbahnminister Herr v. Thielen redet sich allmählich in eine krankhafte Aufregung hinein. Die auf Kosten der Arbeiter und Unterbeamten betriebene Sparwirtschaft bei den preußischen Eisenbahnen ängstigt Herrn v. Thielen selbst, der mit Recht befürchtet, daß diese Politik einmal ein schlimmes Ende nehmen müsse. Aber anstatt nun eine vernünftige Socialpolitik zu treiben, nimmt er seine Zuflucht zu einer anranzenden Schneidigkeit, durch die die Angestellten von ihren gerechten Forderungen abgeschreckt werden sollen. Diese Schneidigkeit kostet zwar nichts, sie hilft aber auch nichts und ist nur geeignet, die im Reiche Thielens herrschende Gärung zu steigern.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, in welcher Weise der Eisenbahnminister die Petitionen von Bahnsteigschaffnern abfertigte. Er erklärte, daß die Beamtenbesoldungen auf absehbare Zeit abgeschlossen seien und sagte dann nach dem Stenogramm:

„Dieser Abschluß ist auch absolut notwendig, um endlich wieder Ruhe in die Beamtenkreise hineinzubringen, die jetzt alle Jahre durch Petitionen und durch die Ermunterung, die ihnen in Bezug auf diese Petitionen zu teil wird, in immer steigendem Maße aufgeregt werden.

Diese Petitionen werden meist nicht damit begründet, daß das Gehalt absolut unzureichend sei, sondern vielmehr damit, daß relativ ihr Gehalt nicht im richtigen Verhältnis zu den Gehältern andrer Beamtenkategorien stehe. Diese Auffassung beruht natürlich auf der Selbstwertschätzung ihrer eignen Dienste. Infolgedessen wird eine Mißgunst und ein Neid zwischen den einzelnen Beamtenkategorien groß gezogen, der zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben muß. (Sehr wahr! rechts.) Es wird **die Ordnung und Disciplin gerade unter denjenigen Beamten des Staats untergraben, auf deren unbedingte Zuverlässigkeit und Pflichttreue der Staat und die Bewohner des Staats in Krieg und Frieden den allergrößten Wert legen müssen.** (Sehr richtig! rechts.)"

Herr Thielen betrachtet also mit Sorge die wachsende Unzufriedenheit „seiner" Beamten. Er kommt aber nicht auf den Gedanken, daß seine eigene Thätigkeit der wirksamste Agitator ist. Gerade der Umstand, daß der Minister das Koalitionsrecht der Angestellten mit allen Mitteln zu ver-

nichten sucht, muß die Erbitterung verschärfen. Diese ministerielle Schneidigkeit wirkt viel aufregender als alles, was in der Fachpresse der Eisenbahner geschrieben wird.

Schaudernd stellte der Herr Minister fest, daß es 33 Millionen mehr kosten würde, wenn man allen Wünschen nachkommen wollte. 33 Millionen scheinen unerschwinglich in einem Augenblick, wo man im Reich Milliarden ins Wasser wirft! In den Gehaltserhöhungen sieht Herr v. Thielen eine „Schraube ohne Ende" — der Wahnsinn des Wettrüstens im Reich findet im preußischen Minister den eifrigsten Förderer.

Während so Herr Thielen hell entrüstet ist, wenn die Beamten sich koalieren und petitionieren, hat er ein liebevoll-humoristisches Wohlwollen für das Trinkgeldwesen. Dafür zeugt folgende Stelle aus dem Stenogramm:

„Ich will weiter nichts anführen, als daß die Portierstellen die allergesuchtesten sind unter den betreffenden Beamtenstellen. (Sehr richtig! Heiterkeit.)

Ich will nicht weiter untersuchen, ob nicht doch noch manches Trinkgeld in ihre Tasche fließt, ich müßte mich sonst als schuldig bekennen, daß ich zuweilen auch eins gebe. (Große Heiterkeit)"

Die „große Heiterkeit", die im Hause der drei Klassen anläßlich dieses Verstoßes gegen die Disciplin ausbrach, kennzeichnet die socialpolitische Höhe dieser „Volkszertreter". Es scheint, als ob es Herr v. Thielen am liebsten sehen würde, wenn überhaupt die Angestellten auf Trinkgelder gestellt würden. —

Nun aber weiter!

Auf Grund von Aeußerungen der Flottenlieferanten-Presse haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Absichten ihrer Urheber die jetzige Flottenvorlage genau so wie die von 1898 keinen Abschluß, sondern einen Anfang, eine Abschlagszahlung darstelle. Die paar Kähne und die paar Milliarden genügen durchaus nicht. Wir sollen keine große, sondern die größte Flotte haben.

Es ist dankenswert, daß der Kaiser darüber keinen Zweifel läßt, was beabsichtigt wird. Die bewilligten Schiffe werden genau so schnell gebaut werden, wie es die Werften leisten können. Dann kommt das fünfte, sechste usw. Geschwader. „Nun aber weiter," telegraphierte der Kaiser nach Annahme der Flottenvorlage an die Direktion der „Hamburg-Amerika-Linie" und in einem Telegramm an den Präsidenten des Hamburger Senats erläuterte er dies „Nun aber weiter" in unzweideutiger Weise:

„Wie dankbar ich dem Allmächtigen bin für diesen Erfolg, werden Sie begreifen. Möchte er uns seinen Beistand auch ferner leihen, **dem begonnenen Werk bald zur ganzen Vollendung verhelfen,** bis wohin wir unsre deutschen Hände noch tüchtig rühren müssen."

Das Werk ist erst begonnen, die ganze Vollendung steht noch aus — das sagt der Kaiser, unmittelbar nach dem unter dem Beistand des Allmächtigen errungenen Erfolg gegenüber dem Reichstag. „Der Kräftezuwachs in meiner Hand", von dem der Kaiser in dem andern Telegramm sprach, genügt noch lange nicht nach den jetzigen Beschlüssen des Reichstags.

Die Presse der Marinelieferanten ist auch bereits unterrichtet, daß die fünf Milliarden nur eine Abschlagszahlung sind. So erklärt es sich, daß Schweinburg die Flottenmehrheit wegen ihrer schwachen nationalen Spannkraft rüffelt, daß das Essener Organ Krupps über die Nationalliberalen höhnt, die immer erst sechs Monate später begeistert sind, nachdem ihnen ein allerhöchstes Wort die Lippen gelöst.

Aber auch die Centrumsleute wissen bereits, wohin der Weg geht, und sie scheuen sich nicht, die ekle Farce anfänglicher Gegnerschaft zu wiederholen. Die „Germania" schilt über den Uebereifer der Flottenfexe und weiß doch ganz genau, daß diese „Uebereifrigen" nicht ein Schiff mehr fordern, als der Kaiser will und als das Centrum nach einiger Ziererei bewilligen wird.

Die verräterische Widerstandslosigkeit der regierenden Partei hat natürlich die Marinisten außerordentlich ermuntert. Ueber ein Weilchen wird es abermals wiederhallen von jämmerlichen Klagen über die Unzulänglichkeit unsrer Flotte, die ganz und gar nicht der „Entwickelung der Verhältnisse" Rechnung trage, dann wird eine kaiserliche Kundgebung folgen, die Centrumspresse wird laut über die Plötzlichkeit und Maßlosigkeit der neuen Forderungen schimpfen, im weiteren Verlauf wird Herr Lieber oder Herr Müller-Fulda sich von der dringlichen Notwendigkeit der Forderung überzeugen und die Sache ist abgemacht.

Der Reichstag hat durch die Schuld des Centrums die Gelegenheit versäumt, den Ansprüchen des Militarismus und Marinismus endlich einmal gebieterisch Halt zu rufen. Jetzt giebt es kein Entrinnen mehr. Die Lawine ist im Rollen, die die Schuldigen verschütten wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Hohenlohe der Revolutionär.

Im Reichskanzler werden zuweilen Erinnerungen aus alter liberaler Zeit lebendig. In seinem letzten Redeversuch im Reichstag hat Fürst Hohenlohe sich zu einer wahrhaft gerechten Würdigung einer der Hauptströmungen der 48er Bewegung erhoben. Man hat seine Revolutionsverherrlichung zu wenig beachtet und es ist erfreulich, daß der Aerger der „Kons. Korresp." nochmals die Aufmerksamkeit darauf richtet. Der Kanzler sagte:

„Der Einheitsgedanke, den zunächst die studierende Jugend pflegte, ging in immer weitere Kreise über und bildete das Ferment der revolutionären Bewegungen des Jahres 1848. Schon glaubten wir uns damals am Ziele, als jene Bewegung an der Ungunst der Verhältnisse scheiterte."

Fürst Hohenlohe bestätigt die historische Wahrheit, daß die ersten und besten Vorkämpfer der deutschen Einheit die 48er Revolutionäre waren. Mit unverkennbar freudiger Rückerinnerung rechnet sich Fürst Hohenlohe zu den Rebellen von dazumal, indem er sagt: „Wir glaubten uns damals schon am Ziel". Mit der den jetzigen Kanzler ziemenden Vorsicht spricht er dann von der „Ungunst der Verhältnisse", die in dem Unverständnis und Widerwillen der deutschen Fürsten gegen die deutsche Einheit bestand.

Die „Kons. Korresp." ist entsetzt über das Wiedererwachen des alten Demokraten im höchsten Beamten des Reichs. Sie erklärt, nicht die 48er, sondern die Hohenzollern seien die Gründer der Einheit, und sie denunziert den Kanzler als Herabwürdiger der Verdienste des Hohenzollernhauses.

Wir fürchten, Fürst Hohenlohe wird dereinst die Erinnerung seiner revolutionären Vergangenheit büßen müssen, indem er gleich den Berliner Märzgefallenen, seinen einstigen Mitkämpfern, durch Verweigerung von Monument und Portal demokratische Ehrung findet. —

Noch ein Patriot.

Der Redacteur der „Tägl. Rundschau", Herr Rippler, veröffentlicht heute die angekündigte Ehrenerklärung für Schweinburg. Herr Schweinburg ist also — wie sein Freund Rippler bekennt — nicht gepriegelt worden, auch der Verdacht sei nicht haltbar, daß „Herr Chefredacteur Schweinburg nicht nur Publizist, sondern auch politischer und Börsenagent sei."

Herr Rippler hat — ganz wie Kollege Schweinburg — „ohne sein Zuthun" sich außergerichtlich verständigt, er hat ferner — ganz wie Kollege Schweinburg — vom Fürsten zu Wied ein Dankschreiben erhalten, das lautet:

„Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich im Namen des Deutschen Flottenvereins und in demjenigen aller Flottenfreunde in Deutschland den angelegentlichsten und wärmsten Dank auszusprechen für die entgegenkommende Art und Weise, mit der Sie sich an dem Friedenswerk zwischen Ihnen und Herrn Schweinburg beteiligt haben.

Sie haben dadurch in anerkennenswerter Weise dazu beigetragen, einen Prozeß aus der Welt zu schaffen, der **nur dem Deutschen Flottenverein und dem Flottengedanken im deutschen Volke hätte zu Schaden gereichen können.**

Dieses **patriotische Vorgehen** ist um so mehr anzuerkennen, als Sie, im Vertrauen auf Ihre Zeugen, sich des Sieges im Prozesse sicher fühlten.

Möge dieser Frieden, das ist mein sehnlichster Wunsch, ein dauernder sein und allen denjenigen, die an dem Friedenswerk mitgearbeitet haben, zum Segen gereichen."

Herr Rippler wehrt dann noch mit Entrüstung die Behauptung ab, er werde für diese Ehrenerklärung mit einem Postchen im offiziösen Preßbureau belohnt werden. Das ist merkwürdig, daß Herr Rippler sich über solches Avancement entrüstet, nachdem er soeben seine Befähigung für das Offiziösentum in der denkbar beweiskräftigsten Form erhärtet hat. Ein unabhängiger Publizist sieht seine sittliche Pflicht darin, die Wahrheit unter allen Umständen auszusprechen, die unter ehrbarem Schein wuchernde Korruption aufzudecken. Herr Rippler aber hat sich bereits die Gemütsart eines Offiziösen angewöhnt, dessen Handwerk wesentlich im Vertuschen aller Unsauberkeiten besteht. Der Redacteur der „Tägl. Rundschau" ist also bereits seiner Gesinnung nach ein Offiziöser im Schweinburg-Stil, selbst wenn ihm das Amt, wozu er so sehr befähigt ist, entwischen sollte.

Welches Glück, daß wir über zwei so patriotische und diskrete Männer wie die Schweinburg und Rippler verfügen. Sonst wäre Deutschland um seine neue weltpolitische Aera gekommen, weil die Flotte im Schlamm stecken geblieben wäre!

* * *

Zur Aufklärung über diese weltpolitischen Coulissengeschichten sei ins Gedächtnis zurückgerufen, was Herr Rippler am 15. Dezember v. J. über seinen Mitpatrioten Schweinburg veröffentlichte:

„Herr Victor Schweinburg ist im Flottenverein abgethan, aber er ist vom Stamm jener Asra, welche sich frohgemut durch die Hinterthür wieder in das Haus schlängeln, wenn man sie veranlaßt hat, sich durch die Vorderthür hinauszubegeben. Als **Thüröffner** bemühen sich für ihn die Herren **Krupp** und **Jenke,** die den Rat und das Beispiel ihres gescheiteren Kollegen Bueck, sich rechtzeitig von dem anrüchig gewordenen Preßagenten loszusagen, noch immer nicht befolgt haben und ein merkwürdig intensives Interesse an den Tag legen, Herrn **Schweinburg irgendwie im Verein eine einflußreiche Stellung zu sichern** und so den Flottenverein . . . auch weiter zu einem **Schutzverein für Stahl und Eisen** zu degradieren. Wir verstehen diesen Eifer des Herrn Krupp, der doch nicht bloß ein Großindustrieller ist, sondern auch den Ruf eines Patrioten und eines Gentleman besitzt, nicht und müssen ihn auf mangelnde Sach- bezw. Personenkenntnis zurückführen. Aber wäre es Herrn Krupp bei gutem Willen nicht ein leichtes, sich diese Kenntnisse zu verschaffen? Vielleicht erkundigt er sich einmal im Reichs-Marineamt oder im Auswärtigen Amte, warum man es dort hartnäckig ablehnt, Herrn Schweinburg, den bisherigen Generalsekretär des Flottenvereins, den publizistischen Vertrauensmann der Großindustrie, den „Freund" so vieler mächtiger Herren, zu empfangen? Hat Herr Krupp schon etwas von politischen Agenten gehört? Wenn nicht, so weiß er doch ganz sicher aus seinem eignen Verkehr mit Schweinburg, daß es **Informationsdienste** giebt bei der Börse, bei der Großindustrie und vielleicht auch bei Regierungen, die **sehr einträglich** sind, die aber mit dem anständigen journalistischen Erwerbe nichts zu thun haben. . . . Herr Schweinburg soll ein **jährliches Einkommen von 70 000 M. versteuern** und in unglaublich kurzer Zeit ein großes Vermögen erworben haben, so daß er aus seinem Ueberfluß, wie z. B. aus dem Tausch-Prozeß ersichtlich, auch Beamten Darlehen geben und **in seinem Hause Minister bewirten** konnte. Das ist vom rein finanziellen Gesichtspunkte aus gesprochen eine erstaunliche Leistung, die Respekt vor den Geistesgaben und der Energie des Mannes abzwingt, wie überhaupt seine Karriere vom „jungen Manne" der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" (nach andrer Version soll sein Anfangsstadium ein noch weit tieferes gewesen sein) bis **zum Vertrauten und Gastgeber von Ministern fast etwas Romantisches** hat; aber um diese Romantik können wir uns nicht kümmern, sondern bloß um die Thatsache, daß der Mann Journalist, Berater der öffentlichen Meinung, ist und um die weitere Thatsache, daß ein gewöhnlicher Journalist, und wenn er zehnmal begabter wäre als Herr Schweinburg, solches Kunststückchen auf dem normalen Wege nicht fertig bringt, und wenn er sich die Finger wund schreibt und er **der erfolgreichste Publizist des Jahrhunderts** wäre . . . Herr Krupp hat Herrn **Schweinburg dem Kaiser vorgestellt** und der **Photograph hat diesen weltgeschichtlichen Moment** für die Nachwelt festgehalten — in der Gegenwart kann man das Bild im Wintergarten bewundern — aber Herr Krupp weiß wohl nicht, daß es Offiziere S. M. des Kaisers mit ihrer Ehre nicht vereinbar erklären, mit Herrn Schweinburg zusammenzuarbeiten? Er weiß wohl nicht, daß Herr Schweinburg stolz auf die Protektion des Herrn Krupp und nicht zufrieden mit seinen verschiedenen Ministerfreunden, **deutschen Offizieren** stolz erklären konnte: **„Ich habe hier zu befehlen; denn S. M. der Kaiser steht hinter mir."** Und derselbe Mann, der durch Krupps Protektion frech genug gemacht war, zu behaupten, daß der Kaiser hinter ihm stehe, schüttelt Prügel, die er gelegentlich von einem der Geschäftsführer des Flottenvereins in ausgiebigem Maße erhält, ab, wie der Pudel die Flöhe, ohne den Mann auch nur gerichtlich zu belangen. . . . Die Rolle der Großindustrie beim Flottenverein war bisher eine ziemlich verhängnisvolle. Die Herren scheinen zu vergessen, daß das Volk gegen einen **Patriotismus, der an Einträglichkeit nichts zu wünschen übrig läßt,** mit Recht mißtrauisch ist und absolut keinen Grund hat, für Dividendenerhöhung durch Lieferung von Panzerplatten zu schwärmen. Der Centralverband deutscher Industrieller soll seine Interessen fördern wo er will, nur nicht im Flottenverein. . . ."

Dieses Portrait stammt, wie gesagt, vom 15. Dezember v. J. Heute bestätigt Herr Rippler natürlich aus tiefster Ueberzeugung, daß der Mann ein vollendeter Ehrenmann sei. Herr Schweinburg ist in der That „der erfolgreichste Publizist des Jahrhunderts" — ein Beweis, daß man es durch — — „Wissenschaft" bei uns immer noch zu etwas bringen kann. —

Das schlechte Gewissen. Die „Korrespondenz für Centrumsblätter" schreibt beklommen:

„Wir haben den Wunsch, daß das Verhalten des Reichstags durch die That: Anerkennung finden möge. Es ist vielfach deutlich und bestimmt zum Ausdruck gekommen, daß das Land mit der neuen Flottenverstärkung ein großes Opfer bringt und eine schwere Last übernimmt. Möge das in der Weise gewürdigt werden, daß man auf seine Leistungsfähigkeit die peinlichste Rücksicht nimmt und **aus der bewiesenen Opferwilligkeit nicht die Aufmunterung herleitet, ihm nächstens urplötzlich wieder neue Opfer zuzumuten."**

Das Centrumsorgan ahnt also auch bereits die Folgen der ultramontanen Verräterei, die wir an andrer Stelle — „Nun aber weiter!" — charakterisierten. —

Der Bundesrat hat am Mittwoch der folgenden demnächst zu erlassenden Bekanntmachung zugestimmt: § 1. Vom 1. Oktober 1900 ab gelten die Reichs-Goldmünzen zu fünf Mark nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Es ist von diesem Zeitpunkt ab außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. § 2. Bis zum 30. September 1901 werden Reichs-Goldmünzen zu fünf Mark bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsmünzen umgetauscht. § 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch findet auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte, sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Auch die Vorlage über die Ausprägung von Reichs-Silbermünzen (Fünf-, Zwei- und Einmark-Stücke) ist vom Bundesrat angenommen worden. —

Byzantinischer Terrorismus. Die „Post" erregt sich über Vorkommnisse gelegentlich der Vorbereitung der Gutenbergfeier in Nürnberg. Dort habe sich gezeigt, was man von der seitens der Socialdemokratie neuerdings so ostentativ behaupteten Neutralität der Gewerkschaften in politischen Dingen zu halten hat." In Wahrheit haben jene Vorkommnisse gezeigt, daß die Unternehmer nichts von politischer Neutralität in gewerkschaftlichen Dingen wissen wollen, vielmehr versuchen, ihre gewohnheitsmäßige byzantinische Liebedienerei den Arbeitern zuzumuten. Die „Fränkische Tagespost" schildert jene Vorkommnisse also:

„Die gemeinsame Gutenbergfeier, die für 16. und 17. Juni geplant war, unterbleibt. Die Buchdrucker-Gehilfenschaft hat in letzter Stunde erfahren, daß bei dem projektierten Festakt im bayrischen Gewerbemuseum seitens der Prinzipalität ein Hoch auf eine hochpolitische Persönlichkeit ausgebracht werden soll. Da eine derartige Verbeugung nach Oben in keinerlei Beziehung gebracht werden kann mit dem Zweck des Festes, einer Ehrung Johannes Gutenbergs,

der die Wahrheit ans Licht gebracht
und Pfaffentrug zu Schanden gemacht,

so ersuchte die Gehilfenschaft die Prinzipalität, von dem vorgesehenen Toast abzusehen, um die Festlichkeit von jedem politischen Anstrich frei zu halten, das lasse schon der unpolitische Charakter der Gewerkschaften wünschenswert erscheinen. Die Prinzipalität ist auf den Wunsch der Gehilfen nicht eingegangen, hat vielmehr den letzteren Kenntnis von folgendem Beschluß gegeben:

„Der Verein Nürnberger Buchdruckereibesitzer hat in seiner heutigen Versammlung einstimmig beschlossen, von einer gemeinsamen Gutenbergfeier zurückzutreten, da sich derselbe der von seiten der Gehilfen gestellten Forderung, von einer Höflichkeitsbegrüßung des Landesfürsten abzusehen, nicht fügen kann."

So geht sogar die „Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit in die Brüche bei einer Feier zu Ehren des größten Erfinders, deren würdiger Verlauf die schönste Harmonie zur Voraussetzung hat." —

Konitz.

Die „Berliner Neueste Nachrichten" bringen Einzelheiten aus der Untersuchung wegen der Ermordung des Gymnasiasten Winter. Es geht daraus hervor, daß so ziemlich alle Angaben der antisemitischen Presse Phantasien und Schwindeleien sind. So ist kein Fläschchen mit Menschenblut in der Synagoge gefunden worden, am Tage des Mords sind keine fremden Juden in Konitz gewesen — auch alle übrigen Schauergeschichten haben sich durch die Untersuchung als gegenstandslos herausgestellt. Verdachtsmomente gegen ansässige Juden haben sich ebenfalls bisher nicht ergeben, wenn auch die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Es ist traurig, daß heute noch evangelische Theologen zu Hilfe gerufen werden müssen, um das Märchen vom Ritualmord zu entkräften. Die theologische Fakultät der Universität Halle, zu der Prof. Kautzsch, einer der bedeutendsten Gelehrten, gehört, hat in einer offenen Erklärung bezeugt, daß das Gerede von jüdischen Geheimschriften auf leichtfertigen Verdächtigungen beruht. Vielmehr ist es eine Thatsache, die für den Kundigen nicht erst eines Beweises bedarf, daß es innerhalb des gesamten Judentums weder eine schriftliche noch eine mündliche Tradition giebt, welche kundigen Christen unzugänglich wäre."

Auf die Wahnvorstellungen der reichsdeutschen „Boxer" wird auch diese Erklärung keinen Eindruck machen. —

Ausland.

Asien.

Eine Alarmnachricht aus Ostasien meldet, daß vor Peking eine **chinesische Armee** von **30 000 Mann mit zahlreichen Geschützen** stehe, die von Tungfuhsiang und Sungtschang befehligt werde. Die Konsulate der Mächte betrachteten die Situation als so gefährlich, daß sie durch nach Tientsin entsandte Kouriere **je 2000 Mann von jeder Nation erbeten hätten.** Die Meldung kommt freilich von dem Bureau Dalziel, das nicht gerade als unbedingt glaubwürdig angesehen werden kann. Immerhin scheint die Lage im Aufstandsgebiet sich kritischer gestaltet zu haben. Aus Shanghai ist die Nachricht eingetroffen, daß der von Europa über Kiachta führende Telegraph nach Peking zerstört sei, und auch sonst liegen weitere Nachrichten über Excesse der Boxer vor.

Aus Wladiwostock wird gemeldet: Auf der mandschurischen Eisenbahn fand ein Zusammenstoß zwischen russischen Wachmannschaften und chinesischen Soldaten statt. Auf russischer Seite sind ein Offizier und drei Untermilitärs, auf chinesischer Seite ein Offizier und neun Soldaten gefallen. Die chinesischen Behörden haben sofort Beamte zur Bestrafung der Schuldigen abgesandt, allein ihnen wird es wahrscheinlich nicht anders ergehen, als den Nürnbergern, nur daß bei ihnen nicht einmal der gute Wille des Ergreifens der Thäter vorausgesetzt werden kann.

Ebenso wird man einem neuen Edikt der Kaiserin, das die Verhaftung der Rebellen und die Unterdrückung der Unruhen befiehlt, nicht allzuviel Bedeutung beimessen dürfen.

Ferner liegen folgende Telegramme vor:

Shanghai, 14. Juni. Nach einem Telegramm der „North China Daily News" aus Tschungking in der Provinz Szetschwan von gestern kam es zu Unruhen in Hünnan-fu. Die Missionsgebäude der China-Inlandmission wurden teilweise zerstört, jene der Britischen Bibelgesellschaft, der christlichen Missionsgesellschaft sowie der römisch-katholischen Mission wurden völlig verwüstet. Die Missionare sind alle im Yamen in Sicherheit.

Brüssel, 14. Juni. Wie die „Réformé" mitteilt, hat die Brüsseler Gesellschaft für Eisenbahnbauten in China von ihrem leitenden Ingenieur in China die Bestätigung der von den Boxers verübten Greuelthaten erhalten. Der Schweizer de Ossent und die Italiener Cadei und Besaro, welche bei dem Eisenbahnbau beschäftigt waren, sowie die Schwester de Ossents sind ermordet und ihre Leichen im Kanal bei Pao-Ting gefunden worden. Die übrigen belgischen und französischen Angestellten sind nach Peking und Tientsin gelangt, mit Ausnahme zweier namens Baillan und Dilon, deren Aufenthalt man nicht kennt. Dreihundert, von der französisch-belgischen Gesellschaft mit Waffen versehene Mannschaften verteidigen den Teil der Bahn, auf welchem in einer Strecke von 100 Kilometer der Verkehr nicht unterbrochen ist.

Die nach Peking abgesandte Expedition der Mächte befindet sich gegenwärtig in Langfang, auf dem halben Wege nach Peking, wo sie zunächst Halt machen wird. Von Japan ist ein Regiment auf dem Wege nach China. Japan macht überhaupt bedeutende Anstrengungen, die regierungsfreundliche Presse schreibt, Japan allein könne den Aufstand unterdrücken, es müßte jedoch erst das Mißtrauen der Mächte zerstreuen. Rußland andrerseits beabsichtigt, im Norden Chinas wegen der Nähe seiner Besitzungen mit allem Nachdruck vorzugehen. Auch soll eine mehrere tausend Mann starke russische Kolonne von Norden her gegen Peking vordringen. So sehr jede Macht den Glauben an die Loyalität der andren beteuert, fehlt es aber doch nicht an Grund zu eifersüchtigem Mißtrauen.

Und dann vermag es gerade kein Vertrauen zu den russischen Maßnahmen zu erwecken, daß eine strenge Polizeiverordnung an alle russischen Zeitungen ergangen ist, keine Nachrichten über die Vorgänge in Asien zu bringen, außer solchen, die von den Behörden zugestellt werden. Der Text, den die in London erscheinende Zeitschrift „Free Russia" („Frei-Rußland") veröffentlicht, ist ganz in dem bekannten Stil solcher „vertraulichen" Preß-Ukase gehalten. —

Partei-Nachrichten.

Die Wahlagitation im Kreise Mülhausen, wo am 5. Juli die Reichstags-Ersatzwahl für unsren Genossen Bueb stattzufinden hat, ist, wie man uns schreibt, auf seiten der socialdemokratischen Partei flott im Gange, indeß ihre Gegner über die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur noch nicht hinausgekommen sind. Tag für Tag hält unser Kandidat Emmel in den Arbeitervierteln Mülhausens Versammlungen ab, zu denen der Zudrang der Wähler erfreulicherweise ein äußerst starker ist. Demnächst wird auch Genosse Bebel, der ja bereits einmal einen reichsländischen Wahlkreis in Berlin vertreten hat, in die Mülhauser Wahlagitation eingreifen und in der Stadt selbst wie in den wichtigsten Landorten des Bezirks zu der Wählerschaft sprechen. Am verflossenen Sonntag fand im Kreise die erste Wahlflugblatt-Verteilung statt, die glatt von statten ging. Eine spaßige Nachricht ging dieser Tage durch einige bürgerliche Blätter des Reichslands. Sie berichteten, die Mülhauser Socialdemokraten hätten die für das über die Pfingstfeiertage daselbst stattgehabte Landes-Sängerfest errichtete, wohl 6000 Personen fassende Festhalle für zwei Abende gemietet, um darin große Massenversammlungen abzuhalten, und hätten dafür an die Unternehmer den Betrag von 5300 Mark bezahlt. Selbstverständlich ist es unsren Parteifreunden in der oberelsässischen Industrie-Metropole niemals eingefallen, einem derartigen Wunsch der Festhalle-Unternehmer, der hierbei der Vater des Gedankens gewesen sein mag, entgegenzukommen. Sie wüßten, wenn ihnen solche Summen überhaupt zur Verfügung ständen, diese wahrlich vernünftiger zu verwenden, als daß sie sie bürgerlichen Unternehmern auf diese Weise in die Tasche jagten. —

Oeffentliches Aergernis. In Limmer bei Hannover wurden bei den letzten Schulvorstandswahlen zwei Socialdemokraten wiedergewählt, die schon lange Jahre, der eine 18 Jahre, diesen Posten bekleidet haben. Jetzt hat die Regierung die zwei Genossen nicht wieder bestätigt, sie sollen, weil Socialdemokraten, öffentliches Aergernis erregt haben — ob mit oder „ohne das Schamgefühl zu verletzen", ist nicht gesagt. Gegen den Entscheid der Regierung wird der Klageweg beschritten werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

21. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Juni 1900, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird um 5½ Uhr vom Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet.

Die Erkenntnisse des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen der Klagen des Magistrats gegen die Versammlung wegen Aufnahme von Schlafburschen und Krankenhauskosten-Restanten in die Kommunalwählerliste sind dem Vorsteher zugegangen und sollen durch den Druck vervielfältigt werden.

Die Ausschußberatung über die Anträge Cassel, Preuß und Singer, die Erhöhung der Alterszulagen für die Gemeindeschullehrer und für die wissenschaftlichen Lehrerinnen betreffend, hat zu folgenden Vorschlägen an die Versammlung geführt:

1. die Erhöhung der Alterszulagen für die Lehrer derart zu bewirken, daß

nach	17 Dienstjahren	1300 M.	(jetzt	1200 M.	
„	20 „	1500 „	„	1400 „	
„	23 „	1700 „	„	1600 „	
„	26 „	2000 „	„	1800 „	
„	29 „	2200 „	„	2000 „	
„	31 „	2400 „	„	2200 „)	

gewährt werden;

2. den Alterszulagen für wissenschaftliche Lehrerinnen eine Stufe einzufügen, so daß dieselben nach 24jähriger Dienstzeit 1300 M. Alterszulagen erhalten.

Den weitergehenden Antrag Singer, noch eine weitere Stufe mit 1500 M. für die Lehrerinnen aufzusetzen, hat der Ausschuß abgelehnt, ebenso den Antrag Pretzel, die acht von eingegangenen Privatschulen übernommenen, aber nur kommissarisch beschäftigten Lehrer fest anzustellen und schließlich auch in zweiter Lesung eine in erster Lesung mit 7 gegen 3 Stimmen angenommene Resolution, welche dem Magistrat die nachträgliche definitive Anstellung der Betreffenden anheimgab. Die für die Lehrer angenommene Skala entspricht dem Antrage Cassel, über den der Antrag Preuß in den Altersstufen bis zu 23 Dienstjahren hinausging.

Referent ist Stadtv. Cassel. Derselbe verweist u. a. auf die Petition des Berliner Lehrervereins, welche völlige Gleichstellung der Lehrer mit den Magistratssekretären verlange. Dem habe schon mit Rücksicht darauf nicht entsprochen werden können, weil die Anciennetätsverhältnisse der Lehrer viel günstiger lägen, als die der Magistratssekretäre, letztere in demselben Lebensalter, wenigstens in den jüngeren Dienstjahren nicht unerheblich hinter den Lehrern im Gehalte zurückblieben. Die zweite Maximalstufe für Lehrerinnen nach dem Antrage Singer habe die Mehrheit ebenso abgelehnt wie einen Antrag Preuß, die jüngeren und mittleren Altersstufen für die Lehrerinnen aufzubessern. Die Beschlüsse des Ausschusses repräsentierten eine Mehrausgabe von 260 000 M., wogegen der Antrag Preuß über 500 000 M. Mehrausgaben jährlich herbeiführen würde; für eine solche Steigerung des Etats für das Gemeindelehrer-Personal werde die Zustimmung des Magistrats nicht zu erlangen sein.

Stadtv. Dr. Preuß: Auf unsern Plätzen haben wir beim Betreten des Saales Plakate vorgefunden, durch welche die Mehrheit dekretiert, daß die Anträge Preuß abzulehnen seien. Die Mehrheit hat also gesprochen, ehe noch in die Beratung eingetreten war. Trotzdem haben wir jene Anträge nochmals eingebracht, um nochmals unsren principiellen Standpunkt zu betonen und uns die Bahn frei zu halten für eine spätere Wiederaufnahme derselben, welche allein dazu beitragen können, für absehbare Zeit einen Abschluß in dieser Gehaltserhöhungs-Frage herbeizuführen. Ob der Magistrat zustimmt und in welchem Umfange, kann für unsre Beschlüsse nicht entscheidend sein. Der Vergleich mit andren Beamtenkategorien muß auch ausgeschieden werden; dieser Vergleich erscheint überhaupt sehr verfehlt und unglücklich. Der Ursprung der Wirrungen in dieser Frage liegt ja darin, daß Berlin 1897 nicht entsprechend dem Lehrerbesoldungsgesetz mit der Reform der Lehrergehälter vorangegangen ist. Nachdem die Anträge Cassel die Angelegenheit wieder in Gang gebracht haben, sollten wir doch ganze Arbeit machen. Wir wollen also nicht etwa die Casselschen Anträge überbieten, sondern die Sache principiell zum Austrag bringen. Die Besserung für die Lehrerinnen wollen wir auch nicht auf der obersten, sondern auf eine der unteren Stufen eintreten lassen, denn bis zum 12. Dienstjahre kommt gegenwärtig eine Lehrerin über 1732 M. nicht hinaus, und das ist für eine Berliner Lehrerin zu wenig.

Oberbürgermeister Kirschner: Der Magistrat hat einen definitiven Beschluß noch nicht fassen können, da ein Versammlungsbeschluß noch nicht vorliegt. Im Magistrat haben sich bei der überwiegenden Mehrheit sehr erhebliche Bedenken dagegen erhoben, daß schon wieder an eine Aufbesserung der Gehälter des Lehrpersonals gedacht werden solle. Es machte sich eine erhebliche Abneigung geltend, auf die Sache einzugehen. Mein Eindruck von dieser Besprechung im Magistrat geht dahin, daß die Anträge Preuß nicht die mindeste Aussicht auf Annahme haben. Die Forderungen des Antrags Preuß haben Sie früher selbst nicht gerechtfertigt gefunden.

Stadtv. Singer: Wir stellen von uns aus keine Anträge auf Aufbesserung der Lehrergehälter; wir sind der Meinung, daß nunmehr so lange mit der Aufbesserung gewartet werden muß, bis die vielfach ganz unzureichenden Löhne der städtischen Arbeiter auf eine nach unsrer Ansicht angemessene Höhe gebracht sind. (Unruhe und Sehr richtig!) Nachdem von andrer Seite die Anträge gestellt sind, haben wir bei unsrer ganzen Stellung zu der Frage des öffentlichen Volksschul-Unterrichts keinen Anlaß, dagegen zu sein; aber wir werden gegen die Anträge Preuß stimmen, weil es sich hier nicht um eine abschließende Regelung der Lehrergehälter handeln kann, sondern nur um die Einlösung eines Versprechens, welches die Versammlung bei der letzten Regelung der Lehrergehälter gegeben hat. Wir bedauern, daß der Ausschuß bei den Lehrerinnen ein zu großes Maß von Bescheidenheit sich auferlegt hat. Wir widerholen unsern Antrag seiner Aussichtslosigkeit wegen nicht, glauben aber, daß der Magistrat demnächst seine Aufmerksamkeit auch den Lehrerinnengehältern mehr zuwendet und mit der veralteten Anschauung bricht, wonach die weiblichen Lehrpersonen niedriger eingeschätzt werden als die männlichen. (Beifall.)

Stadtv. Gerstenberg: Die Arbeiterlöhne gehören mit dieser Materie nicht zusammen. (Stadtv. Singer: für uns ja!) Für die Lehrerinnen ist doch in den letzten Jahren soviel geschehen, daß Herr Singer unmöglich ernsthaft von einem Stiefkind der Verwaltung sprechen kann. Um einen principiellen Unterschied handelt es sich hier gar nicht. Auf dem Wege der Anträge Preuß wird später vorzugehen sein. Herr Preuß wie Herr Singer haben sich ja schon für unsre Anträge ausgesprochen, also stimmen Sie mit uns, einer für alle, alle für einen. (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Kreitling: Herr Singer will die Lehrer dafür bestrafen, daß die Arbeiter nicht genügend bezahlt werden; das ist doch eine Inkonsequenz.

Stadtv. Spinola meint, die Herren Preuß und Kreitling wären über die öffentliche Meinung schlecht unterrichtet. Die Anträge Cassel seien das Maximum des Erreichbaren.

Nach einigen Worten des Oberbürgermeisters Kirschner werden die Anträge Preuß abgelehnt, die Ausschußanträge einstimmig angenommen.

Zu den Kosten des Baues des Mittellandkanals und zu dessen Unterhaltung hat Berlin die Leistung eines Garantiezuschusses von 9,4 Proz. übernommen, wovon Charlottenburg und Potsdam indessen 1,7 bezw. 0,4 Proz. an Berlin zu erstatten verpflichtet werden sollten. Potsdam will sich nun aber nur zu 0,2 Proz. verstehen, da für diese Stadt die direkten Vorteile des Kanals nur sehr geringe seien, und der Magistrat beantragt nunmehr, auch für die restierenden 0,2 Proz. die Garantie auf den Berliner Stadtsäckel mitzuübernehmen.

Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Die seit zehn Jahren in der Schwebe befindliche Frage der Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße durch das Scheunenviertel unter Niederlegung desselben bis zur Lothringerstraße hat endlich zur Vorlegung des Magistratsantrags geführt, die Versammlung möge sich grundsätzlich mit der Ausführung des Plans nach dem sogenannten Projekt IVa einverstanden erklären. Dieses Projekt sieht am jetzigen Endpunkt der Kaiser Wilhelmstraße an der Hirtenstraße einen dreieckigen Platz und von demselben ausgehend zwei je 22 Meter breite gerade Hauptstraßen nach dem Prenzlauer und Schönhauser Thor vor. Das Cohnsche Ringstraßenprojekt sowie das vom Stadtbaurat Krause entworfene Projekt VIII, welches den beiden Straßen eine S-Kurvengestalt giebt, hat der Magistrat abgelehnt, das erstere mit Rücksicht auf die neuen Verkehrsschwierigkeiten, die dadurch geschaffen würden. Die Frage, ob die Durchführung von Stadtwegen oder durch ein Finanzkonsortium zu erfolgen haben wird, soll einstweilen offen bleiben.

Stadtv. Stapf hält den Nachweis, daß das Projekt IV unter allen Umständen den Vorzug verdiene, durch die Begründung der Vorlage für nicht erbracht und beantragt Ausschußberatung, desgl. Stadtv. Körte.

Stadtv. Hugo Sachs: Daß die Kaiser Wilhelmstraßen-Verlängerung hygienisch und social notwendig ist, darüber wird nicht mehr diskutiert. Es handelt sich nur noch um das Wie. Nach dem Projekt IVa wie nach dem Projekt VIII ist die Anschneidung der Schönhauser und Prenzlauer Allee, wie sie auch in dem Lyraprojekt wiederkehrt, ein Uebelstand, den nur das Projekt Sehring-Cohn vermeidet, welches die Verbreiterung der Linienstraße in Aussicht nimmt. Dieses Projekt wird sich Berücksichtigung erzwingen. Die Stadt selbst kann das Projekt nicht ausführen.

Stadtbaurat Krause: Ich habe zahlreiche Projekte für diese Anlage schon bei meinem Amtsantritt 1897 vorgefunden. Herr Cohn hatte für seinen Plan kein Finanzkonsortium auftreiben können. Dasselbe schien abgethan. Seit 1898 habe ich die Projekte näher geprüft und gegen das auf den ersten Blick sehr bestechende Projekt Cohn erhebliche Bedenken geltend machen müssen. Nicht die Eitelkeit hat mich getrieben, mich mit diesem Projekt zu beschäftigen, sondern nur das Pflichtgefühl. Dank habe ich dafür von keiner Seite geerntet. Der maßgebende Techniker des Polizeipräsidiums stellt sich dagegen durchaus auf meine Seite. Das Projekt VIII habe ich nicht befürwortet, sondern lediglich dem Magistrat zur Erwägung gegeben, dieser hat sich aus finanziellen Gründen dem Projekt IVa zugeneigt. Das Gutachten der Vereinigung Berliner Architekten hat mir nur bewiesen, daß die Herren wenigstens auf dem Gebiete der Verkehrsanlagen keine Autoritäten sind. In der Presse wird der Sache viel zu große Wichtigkeit beigelegt (Zustimmung); das qu. Terrain ist nicht einmal so groß wie der Lustgarten.

Stadtv. Kyllmann spricht sich aus Verkehrs- wie aus ästhetischen Rücksichten für geradlinige Straßenanlagen aus und tritt ebenfalls für Ausschußberatung ein.

Stadtv. Singer: An und für sich ist mir das vom Magistrat ausgehende Projekt sympathischer als Projekte, bei denen selbstverständlich finanzielle und materielle Interessen maßgebend sind. Ich will damit nicht für die völlige Einwandsfreiheit des Projekts IVa plaidieren, dazu bin ich nicht sachverständig genug, aber auch nach der bisherigen Debatte erscheint mir das Projekt IVa am meisten beifallswürdig. Die Art, wie Berlin diese Straßendurchlegungen zu machen pflegt, nämlich durch die Leistung von städtischen Zuschüssen an Finanzkonsortien, spricht nach meiner Meinung gegen das Interesse Berlins. Die Stadt sollte diese Projekte auf ihre Rechnung durchführen und das Terrain zum Besten der Stadt verwenden, sei es durch Verkauf oder durch Bebauung für die Stadt selbst. Damit könnte der Anfang einer vernünftigen städtischen Wohnungspolitik gemacht werden. Ich weiß, ich predige damit heute noch tauben Ohren. In England wird so verfahren; das Anlagekapital der Stadt liefert durch die Vermietung der errichteten Häuser den notwendigen Zinsertrag. Gingen wir auf dieselbe Weise vor, so würden wir der Stadt einen unzweifelhaften Dienst erweisen, es würde dabei eben nicht nur das Interesse der Grundbesitzer, sondern auch das der in Mietswohnungen wohnenden Teile der Bevölkerung gewahrt. Die heutige Politik nützt bloß dem Großkapital und der Hochfinanz. Bei dieser neuen Anlage wird hoffentlich der Beschluß wegen der Beiträge der Anlieger nach dem Antrag Sachs zur Anwendung kommen. Die Angelegenheit ist in einen Ausschuß zu verweisen, der aber die ganze Frage nach den von mir entwickelten Gesichtspunkten zu erörtern hätte. Im Gegensatz zu Herrn Sachs halte ich den Weg, die Durchführung einem Konsortium zu überlassen, für schädlich für das städtische Interesse; ob damit die Stadt billiger zur Sanierung des Scheunenviertels kommt, ist sehr zweifelhaft. Wir stehen doch nicht im Dienst der Baufirmen, die solche Geschäfte gewerbsmäßig betreiben.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Vorlage einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die beiden Ortsstatuten für die Regelung der Hinterbliebenen-Versorgung für die Kommunalbeamten und die sonstigen Angestellten der Stadt Berlin sind im Ausschuß durchberaten worden. Referent Stadtv. H. Sachs führt die Unterschiede auf, die die Statuten von der staatlichen Gesetzgebung zum Vorteil der ersteren unterscheiden.

Stadtv. Jacobi beantragt en bloc-Annahme.

Oberbürgermeister Kirschner macht unter der Heiterkeit der Versammlung auf zwei Druckfehler aufmerksam, einmal sei von „geschilderten" statt „geschuldeten" Beträgen, ein andermal von der „Sparkasse" statt der „Staatskasse" die Rede.

Beide Ortsstatuten werden en bloc angenommen.

In dem Hause der Pumpstation des Radialsystems III der Kanalisation Schönebergerstraße 21 ist dem Betriebsaufseher Schulze eine Wohnung angewiesen worden, welche keinen Eingang von der Straße hat, auch in unmittelbarer Nähe des übelriechenden Sammelbassins gelegen ist. Die Wohnung soll dem Herrn Schulze für nur 360 M. vermietet werden.

Stadtv. Singer beantragt die Ablehnung der Vorlage, weil nach der Begründung der Vorlage selbst die Wohnung wegen ihrer Lage dicht am Sammelbecken der Pumpstation an Private überhaupt nicht vermietet werden kann.

Ohne weitere Beratung wird diesem Antrag entsprechend unter großer Heiterkeit die Vorlage abgelehnt.

Der Magistrat legt das Verzeichnis der Personen vor, welche er zum Studium der Weltausstellung nach Paris zu entsenden beabsichtigt. Städtische Arbeiter befinden sich nicht darunter, weil die Stadt nur ungelernte Arbeiter beschäftige; es sollen dafür gelernte Handwerker in größerer Zahl entsendet werden. Das Reisestipendium aus dem Fonds von 50 000 M. soll je nach der Stellung des betreffenden Beamten, Lehrers, Technikers und Arbeiters 550 bezw. 450 und 350 M. für einen 14tägigen Aufenthalt betragen.

Stadtv. Kalisch bemängelt, daß von der Krankenhaus-Deputation niemand vorgeschlagen ist. Stadtv. Dinse findet die Entsendung von 19 Herren aus dem Bereich der Bauverwaltung zu reichlich, wogegen die Armen- und Waisenverwaltung sowie die Gasverwaltung gar nicht vertreten sei. Man habe auch seiner Zeit gar nicht die Auswahl auf Personen des städtischen Dienstes beschränken wollen; der Magistrat möge in dieser Beziehung die Liste ergänzen.

Stadtv. Pfannkuch: Auch wir sind nicht mit der aufgestellten Liste einverstanden, weil der Prozentsatz der Arbeiter gar zu minimal ist. So weit man den Begriff von Lohnarbeitern auch zieht, es finden sich unter den 85 aufgeführten Kandidaten kaum fünf wirkliche Arbeiter. Ich bin nicht boshaft genug, zu verlangen, daß einer oder der andre der Auserwählten verzichten soll, um andren Platz zu machen, denn der bewilligte Betrag ist ja noch nicht aufgebraucht. Den allgemeinen socialen Gesichtspunkten ist außerordentlich wenig bei dieser Auswahl Rechnung getragen. Die Baudeputationen sind sehr stark bedacht, aber nur dem Stadtbau-Inspektor Böhm ist der Auftrag geworden, sich über die Streikklausel zu äußern. Speciell in Paris giebt es noch eine größere Anzahl socialer Einrichtungen, die man nicht unbeachtet lassen kann, so die Organisation der Arbeitsbörsen; es scheint mir außerordentlich notwendig, bei diesen Institutionen interessierte Arbeiter zu entsenden, also gewerkschaftlich organisierte. (Lachen.) Unter den städtischen Arbeitern sind vielleicht nach der Meinung des Magistrats solche nicht vorhanden; darin aber irrt sich der Magistrat, und wenn ihm die Personenkenntnis fehlt, sind wir gern bereit, ihm mit unsrer Kenntnis zur Seite zu stehen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Deputation für die städtische Irrenpflege ist überhaupt nicht gefragt worden. Der Lehrer Baake von der Blindenschule ist uns nicht präsentiert worden, obwohl ihn die Deputation vorgeschlagen hat, sondern Direktor Kull. Wie ist das gekommen? Der Direktor braucht nicht notwendig hingesandt zu werden. Ich beantrage die protokollarische Vernehmung des Herrn Baake über die Gründe seiner Ablehnung und die Empfehlung der Entsendung zweier gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zum Studium der Pariser Arbeitsbörsen.

Stadtrat Ramslau: Die Entsendung lediglich von Personen im städtischen Dienst entspricht genau dem Versammlungsbeschluß. Die Entsendung ungelernter Arbeiter können wir doch nicht bewirken, andre beschäftigen wir nicht. Die Uebergehung der Gaswerke erklärt sich daraus, daß in Paris auf diesem Gebiet nichts zu lernen ist. Die Krankenhaus-Verwaltung bedarf der Vertretung nicht, da Direktor Merke eben erst von einer Auslands-Studienreise zurückgekehrt ist. Von der Armenverwaltung ist Stadtrat Münsterberg bereits nach Paris gereist. Von der Blindenschule ist der Erstberechtigte der Direktor. (Widerspruch); aus eigenen Mitteln kann er nicht hingehen. Der Magistrat kann sich doch nicht einfach den Vorschlägen der Deputationen fügen. (Unruhe).

Stadtv. Michelet: Es möchte sich doch empfehlen, trotz der Kürze der Zeit bei der Menge der aufgetretenen Differenzen die Sache nochmals in der gemischten Deputation oder in einem Ausschuß zu beraten. Auch die Markthallen-Deputation ist unvertreten.

Oberbürgermeister Kirschner bittet, die Entscheidung nicht länger hinauszuschieben. Außer Herrn Kull sei niemand beanstandet worden. Die Aufwerfung persönlicher Fragen in der beliebten Art führe auf eine ganz schiefe Bahn. Der Antrag auf Entsendung gerade gewerkschaftlich organisierter Arbeiter würde eine Prämie auf die Organisation setzen und dagegen müsse er sich verwahren.

Stadtv. Lüben: Genehmigen Sie die vorgelegte Liste und fügen Sie den Wunsch hinzu, der Magistrat möge sie nach den hervorgetretenen Wünschen vervollständigen.

Stadtv. Pfannkuch zieht den Antrag bezüglich des Blindenlehrers Baake zurück, verwahrt sich gegen die Insinuation, als ob er sich zum Mundstück des betreffenden Lehrers gemacht hätte, und bleibt dabei stehen, daß der Magistrat einen von einer Deputation ohne Widerspruch gemachten Vorschlag hätte beachten sollen. Nach der Tendenz des von der Versammlung angenommenen Antrags sollten doch Arbeiter gleichmäßig berücksichtigt werden; daß Organisierte dieses Studium der Arbeitsbörsen erfolgreicher betreiben könnten, stehe fest. Es sollen ja auch nur solche sein, die im städtischen Dienste stehen, also jede Gewähr geben, daß sie nicht über die Stränge schlagen.

Stadtv. Dinse giebt anheim, dem Magistrat solche Arbeiter namhaft zu machen.

Die Versammlung beschließt die vorgelegte Liste zu genehmigen, und lehnt den Antrag Pfannkuch ab.

Der Vorentwurf zum Neubau des zweiten städtischen Verwaltungsgebäudes wird nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte einem Ausschuß überwiesen, der sofort vom Vorstand ernannt wird und dem auch die Stadtvv. Singer und Dupont angehören.

Nach Verweisung mehrerer kleinerer Vorlagen an besondere Ausschüsse, wird die Sitzung nach ½10 Uhr geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Fabrikaufsicht durch Frauen.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Rubrik „Frauenbewegung" vom 13. d. M. enthält eine Besprechung der englischen und deutschen Fabrikinspektion, in der erwähnt wird, daß die Inspektorin in Weimar, eine alte Dame, wieder entlassen sei, weil sich niemand an sie gewandt habe. Auch im letzten preußischen Bericht befindet sich eine Notiz, die besagt, es sei dargethan, daß die Forderung weiblicher Beamten überflüssig sei, da sich an die bestehende Beschwerdekommission der Arbeiterinnen bisher niemand mit Beschwerden gewandt habe. Daß dieses letztere nur ein Irrtum des betreffenden Berichterstatters war, ist seitens der Frauen bereits dargethan, da thatsächlich eine erhebliche Anzahl von Beschwerden der Arbeiterinnen durch Vermittelung der Gewerkschaften an die Fabrikinspektoren abgingen. Daß aber die völlige Ignorierung einer alten unbekannten, mit der Industriearbeit gar nicht vertrauten Dame ein Beweis sein sollte dafür, daß weibliche Beamten völlig unnötig seien, scheint doch eine wenig logische Schlußfolgerung. Aber fast will es uns Arbeiterinnen scheinen, als beabsichtige die Behörde, den Arbeiterinnen den Beschwerdeweg an die Aufsichtsbeamten so schwer und umwegsam als möglich zu machen, um nur gar nicht erst den Wunsch und das Verlangen nach

Beschwerderecht zu wecken. Unsrer Ansicht nach gehört zu dem verantwortungsvollen Amt einer Aufsichtsbeamtin an erster Stelle nicht Protektion von oben, sondern vor allem Kenntnis der einschlägigen Arbeiten und Gesetze und auch das volle Vertrauen der Arbeiterinnen sowie etwas Kenntnis ihrer Klassenlage. Diese Vorbedingungen wird man aber nur bei Personen finden, die praktischen Einblick in die einzelnen Industriezweige haben und wahrhaftes Interesse den Arbeiterinnen entgegenbringen; an eine Aufsichtsbeamtin, die den Arbeiterinnen nicht fern, sondern nahe steht, würden soviel Anforderungen gestellt werden, daß sie sie nur mit äußerster Thatkraft würde überwältigen können.

Was für Handelskammern und ähnliche Einrichtungen recht ist, nämlich die Interessenten an der Sache selbst zu hören, ihre Vorschläge zu beachten, das muß auch für die 6 Millionen Arbeiterinnen Deutschlands billig sein. Erst dann werden wir uns überzeugen lassen, daß es der Regierung Ernst ist mit einem wirklichen Arbeiterinnenschutz!

Es soll hier gleich bemerkt werden, daß der für den Bezirk Potsdam angestellten Beamtin schon eine ganze Anzahl von Beschwerden besonders über die Wäschefabriken zugegangen sind. An der prompten Erledigung derselben könnten wir am ersten erproben, ob die Beamtin ihrer Aufgabe gewachsen sein wird und ob sie, wie ihre englischen und amerikanischen Kolleginnen, gewillt ist, mit den Arbeiterinnen für die Arbeiterinnen einzustehen.

Eine Arbeiterin für viele.

Wir möchten dem noch hinzufügen, daß es außer von dem guten Willen und den Kenntnissen der Dame auch von den ihr erteilten Instruktionen und Vollmachten abhängen wird, ob sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt oder nicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kein Streik im Bäckereigewerbe.

Die Bäckerei-Arbeiter waren am Donnerstagnachmittag wieder in sehr großer Zahl im Kellerschen Saale versammelt, um endgültig Beschluß über ihre Lohnbewegung zu fassen. Hetzschold erstattete Bericht über die letzten Verhandlungen vor dem Einigungsamt, er empfahl die Annahme der Einigungsbedingungen und faßte seine Ausführungen in der folgenden Resolution zusammen:

„Nachdem die Meistervertreter sich mit den Vergleichsvorschlägen des Einigungsamtes einverstanden erklärt haben, nimmt auch die Gesellenschaft dieselben an. Die Versammelten betrachten jedoch diese Einigungsvorschläge nur als eine Abschlagszahlung auf ihre weitergehenden Forderungen, die so lange bestehen bleiben, bis sie zur endgültigen Durchführung gelangt sind. Die Versammlung erwartet von ihren Vertretern, daß sie für die strikte Durchführung der Vereinbarungen sorgen werden; sie hält es aber auch für Pflicht aller Kollegen, durch Masseneintritt in die Organisation zu zeigen, daß die Bäckerei-Arbeiter Berlins entschlossen sind, fest und treu zu ihrer Lohnkommission zu stehen."

Unter andern bemerkte der Referent, wenn auch nicht alles erreicht sei, was gefordert wurde, so bedeuten die Einigungsbedingungen doch einen nennenswerten Fortschritt in den Verhältnissen der Bäckerei-Arbeiter, und ferner sei zu bedenken, daß dieser Fortschritt erlangt worden sei ohne Streik und ohne daß die Mittel des Streikfonds angegriffen werden brauchten. Klammeck meinte, die Lohnbewegung sei nicht richtig gehandhabt worden. Die ganze Sache sei verfahren. Im weiteren empfahl der Redner die Annahme der Einigungsvorschläge. Höpfner bestritt, daß die Lohnbewegung verfahren sei. Die Bäcker müßten mehr wie andre Arbeiter mit der Sympathie des Publikums rechnen, und ohne derselben sicher zu sein, habe man nicht in den Streik eintreten können. Daraus erkläre es sich, daß sich die Bewegung so lange hingezogen habe. Nachdem nunmehr die Einigung vollzogen, gelte es, darauf zu achten, daß die Einigungsbedingungen auch durchgeführt werden. Was bezüglich des Kost- und Logiswesens jetzt erreicht ist, das sei nur ein Uebergangsstadium, und die Arbeiter müßten dafür sorgen, daß dasselbe nicht zu lange währe. Innerhalb Jahresfrist müsse es so weit kommen, daß kein Bäcker in Berlin mehr im Hause des Meisters Kost und Logis erhalte. Die im Punkt 6 der Einigungsbedingungen zugestandene Kommission müsse sofort in Funktion treten.

Es sprachen noch mehrere Redner im Sinne des Referenten, insbesondere wiesen sie auf die Notwendigkeit der Organisation hin. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf erfolgte die Wahl der drei nicht bei Innungsmeistern arbeitenden Gesellen, die nach Punkt 6 der Einigungsbedingungen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Gewählt wurden: Hetzschold, Schneider, Balski als Mitglieder und Höpfner als Ersatzmann.

* * *

Nachdem nun eine Einigung zu stande gekommen, haben die Bäckergesellen die Pflicht, vor allem ihre Organisation zu stärken. Nur, wenn sie gewerkschaftlich stark sind, können sie darauf rechnen, daß die Einigungsverträge auch wirklich von allen Meistern gehalten werden.

Deutsches Reich.

Zur Straßenbahner-Bewegung.

In fast allen größeren Städten, wo Straßenbahnen existieren, giebt es jetzt eine Straßenbahner-Bewegung.

In Hamburg ist eine Lohnbewegung im Gange, dem Verband der Transportarbeiter sind in wenigen Tagen 1000 Mann beigetreten. Die Direktion, welche zu Pfingsten fünf ihrer Angestellten gemaßregelt hatte, beeilt sich jetzt, den Arbeitern entgegenzukommen. Sie hat die dienstältesten Schaffner und Führer zu sich entboten und stellte ihnen vor, daß sie ja bereits alles das bewilligt erhalten hätten, was ihre Kollegen andrer Städte erst erstrebten. Er (der Herr Direktor) hoffe also, daß sie, die Angestellten, sich ruhig verhalten würden. Die Angestellten selbst sind jedoch andrer Meinung, sie sind bestrebt, ihre Organisation weiter auszubauen und werden zu geeigneter Zeit ihre Forderungen stellen.

Aus Posen wird uns berichtet: Die Angestellten der elektrischen Straßenbahn, die 70 und 75 M. monatlich bei einer Arbeitszeit, die bis 17 Stunden dauert, erhalten, haben der Direktion Lohnforderungen eingereicht. Es wurde ihnen das Versprechen, nach der landwirtschaftlichen Ausstellung, die jetzt hier stattfindet und während welcher die Arbeitszeit eine unbegrenzte ist, eine Gehaltszulage zu bekommen; doch verlautet, daß bloß die Wagenführer 5 M. mehr erhalten sollen, während die Schaffner leer ausgehen werden. In diesem Fall wollen die letzteren in den Streik eintreten.

In Erfurt hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, die Direktion der elektrischen Straßenbahn Maßregelungen mißliebiger Elemente vorgenommen. Sie glaubte damit, die Organisation der Angestellten zu sprengen, was sie aber ebensowenig erreichte als die Berliner.

In Hamburg streiken bei der Firma Herwig die Küpergesellen wegen abgelehnter Lohnforderungen. Die Firma sucht durch Inserate in den Zeitungen Ersatz heranzuziehen.

Zum Tischlerstreik in Breslau. Eine Versammlung der Streikenden nahm nach den Vorschlägen der Lohnkommission mit 670 gegen 241 Stimmen folgende Ermäßigung der Forderungen vor: 10prozentiger Lohnzuschlag, 54stündige wöchentliche Arbeitszeit, Sicherung des Kostgelds bei Accordarbeit, Abschaffung der Bezahlung der Maschinenarbeit. Läßt sich die Innung auf diese ermäßigten Forderungen nicht ein, dann soll der Streik mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Aufgenommen wird die Arbeit in allen Betrieben, welche der Lohnkommission gegenüber obige Bewilligungen zusagen. Mit den übrigen werden die Verhandlungen fortgeführt.

Lohnbewegungen in Schlesien. In Altwasser haben sämtliche Drechsler, Tischler und Maschinenarbeiter der Firma Gebr. Schmidtgen, Holzwarenfabrik infolge Maßregelung die Arbeit niedergelegt. — Der Streik der Tischler der Firma Robert Werner in Schweidnitz, von dem wir seiner Zeit berichteten, hat mit einem vollen Erfolge der Arbeiter geendet. — Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Cigarrenfabrik von Scharnke in Striegau hat nach mehr als achtwöchiger Dauer mit einem Vergleich geendet. Vermittler war der Bürgermeister in Striegau.

Die Einigungsverhandlungen zwischen dem Vorstand des Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und der Geschäftskommission der durch Vertrauensmänner centralisierten Handels-Hilfsarbeiter zwecks Verschmelzung beider Organisationen sind, wie wir dem „Korrespondenzblatt" entnehmen, zum Abschluß gekommen. In fünf dieserhalb in Berlin stattgefundenen Sitzungen wurden alle die Einigung bisher hindernden Fragen geregelt und der Uebertritt der Vertrauensmänner-Centralisation in den Centralverband per 1. Juli 1900 beschlossen. Die Uebertretenden erwerben dieselben Rechte, wie die Verbandsmitglieder, nehmen, nachdem die Geschäftskommission 1000 M. an die Kasse des Centralverbands gezahlt, an dessen Arbeitslosen-Unterstützung teil und übergeben ihre Berliner Lokalbibliothek in Verbandseigentum. Das Vermögen der Berliner Lokalorganisation, das vorläufig einer Liquidationskommission zur Verwahrung übertragen wird, soll nach dem Ostern 1901 stattfindenden Verbandstag in den Besitz der Berliner Mitgliedschaft übergehen. Den Mitgliedern des Hauptvorstands steht ein Revisionsrecht über dasselbe zu. Die Uebertretenden erhalten im Centralvorstand die Sitze des zweiten Vorsitzenden, sowie zweier Beisitzer und eines Revisors, im Ausschuß die des Obmanns und eines Beisitzers und sind in allen Orten mit bisher zwei Organisationen in der örtlichen Leitung paritätisch vertreten. Außerdem werden ihnen drei besoldete Angestellte zugebilligt, und zwar sofort für Berlin der Kassierer und Bibliothekar, während die Centralorganisation den ersten Bevollmächtigten und den Stellenvermittler (beide besoldet) wählt. Der Centralvorstand bleibt in Berlin; als zweiter Vorsitzender wurde Alhold gewählt. Der Ausschuß kommt nach Leipzig; Obmann ist Richter-Leipzig. Das Verbandsorgan behält den Namen „Courier", wird jedoch ab 1. Januar 1901 auf das Format der „Holzarbeiter-Zeitung" vergrößert. Die beiderseitigen Bureaus in Berlin werden vom 1. Juli a. c. ab vereinigt und ins „Gewerkschaftshaus" verlegt. Die Beamtengehälter wurden derart geregelt, daß kein Angestellter durch die Verschmelzung wirtschaftlich geschädigt wird. Nachdem noch eine Reihe der notwendig gewordenen Statutenänderungen erledigt war, wurde festgestellt, daß durch die Verhandlungen die Einigung der beiden Richtungen offiziell erfolgt ist und der Bruderkampf somit ein Ende hat. Hoffen wir, daß es auch für alle Zukunft so bleibt.

* * *

Die Generalversammlung des Lokalverbands der Handels-Hilfsarbeiter zu Berlin, welche am 12. Juni im „Gewerkschaftshaus" stattfand, hat sich nach längerer Debatte mit den Einigungsvorschlägen einverstanden erklärt.

Der Streik der Stuccateure in Halle a. S. ist beendet. Von 9 in Betracht kommenden Geschäften haben 5 die Forderungen anerkannt, die übrigen werden bald folgen. Bis zur definitiven Unterzeichnung ist über diese Geschäfte die Sperre verhängt, darum ist Zuzug vorläufig noch fernzuhalten. Erringen wurde u. a. eine Erhöhung des Minimallohns um 50 Pf. und eine Erhöhung des Aufschlags für Nacht- und Sonntagsarbeit auf 100 Proz.

Vom deutschen Metallarbeiter-Verband. In dem Auszug aus dem Jahresbericht des Verbands, den wir kürzlich zum Abdruck brachten, sind einige Irrtümer unterlaufen, so daß wir uns veranlaßt sehen, das Nachstehende zu wiederholen: Die Gesamteinnahme (mit Kassenbestand) betrug 1 288 046,01 Mark. Der verbleibende Kassenbestand bezifferte sich auf 385 148,31 M. Von den Ausgaben entfallen u. a. 88 328,77 M. auf Reisegeld-Unterstützung, 5019 auf Rechtsschutz, 23 731 auf Unterstützung in Notfällen, 408 945,17 auf Streikunterstützung, 21 892 auf Agitation, 72 694 auf die Presse usw. Zu den größeren Verwaltungsstellen sind noch hinzu zu zählen Leipzig mit 9918 Mitgliedern, Dresden 2501, Chemnitz 1710 Mitgliedern. Auch Fürth, Schwabach, Düsseldorf und andre würden noch hierher gehören.

In Regensburg ist der Streik der Maurer perfekt geworden, nachdem die Unternehmer jedes Entgegenkommen in der protzenhaftesten Weise abgelehnt hatten. Der „Streikhetzer" Silberschmidt aus Berlin mahnte in der beschließenden Versammlung die Maurer zur größeren Vorsicht, führte ihnen alle Schattenseiten des Streiks vor Augen und forderte auf, den Schritt wohl zu überlegen, wenn er aber gethan sei, auch das Beschlossene festzuhalten. Es wurde per Stimmzettel mit 236 gegen 14 Stimmen die Arbeitseinstellung beschlossen und am nächsten Morgen auf allen Bauten die Arbeit niedergelegt. Der erste Maurerstreik in Regensburg hat damit begonnen. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Ausland.

Die Docker einiger Londoner Docks stehen seit einigen Tagen im Streik. Die unmittelbare Veranlassung des Streiks ist die Beschäftigung von Nichtverbändlern durch die Firma Scrutton. Gleichzeitig wird auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen bezweckt, und zwar erstens Erhöhung des Lohnes von 7 Pence auf 9 Pence pro Stunde bei Tag und von 9 Pence auf 1 Schilling pro Stunde bei Nacht. Am Mittwoch wird aus London berichtet: Die „Shipping Federation" trifft Vorkehrungen, um dem Streik der Arbeiter in den Albert-Docks zu begegnen. Es sind Unterkunftsräume für 500 Ersatzleute geschaffen; 300 sind bereits eingestellt und auf die von den Streikenden verlassenen Schiffe verteilt. Die Führer der „Dockers Union" und zahlreiche Ausständige veranstalteten heute morgen einen Aufzug bei den West-Indian und Southwest-Indian Docks. Auch wurden verschiedene Versammlungen abgehalten. Es heißt, daß eine Anzahl der Arbeiter der letztgenannten Docks gleichfalls die Arbeit niedergelegt haben.

Ueber den Schuhmacherstreik in Wilna (Rußland) erhalten wir noch vom socialdemokratischen Arbeiterbund in Polen und Litauen die folgenden Mitteilungen:

Am 2. Juni betrug die Zahl der streikenden Schuhmacher in Wilna 1500. Von diesen haben seitdem 500 Arbeiter, die auf Bestellung arbeiten, die Arbeit wieder aufgenommen, da ihnen die verlangte Lohnerhöhung von 10 Kopeken (20 Pfg.) pro ein Paar Schuhe bewilligt worden ist. 1000 Arbeiter dagegen, die für Geschäfte, welche fertige Schuhwaren führen, arbeiten, befinden sich noch im Ausstand und zwar sind die Besitzer der größeren Werkstätten, in denen solche Waren hergestellt werden, geneigt, nachzugeben, die kleinen Meister dagegen wollen nichts von Konzessionen hören.

Die Polizei ist eifrig bemüht, den Arbeitern die Fortführung des Kampfs unmöglich zu machen. In dem Arbeiterviertel verbietet die Polizei einem jeden Vorübergehenden, auf der Straße stehen zu bleiben, um Ansammlungen zu verhindern und verhaftet jeden Zuwiderhandelnden — es sind sogar 12jährige Kinder verhaftet worden. Am 11. Juni betrug die Zahl der Verhafteten schon 72. Unter andern wurden auch zwei Arbeiter verhaftet, die während eines Zusammenstoßes mit der Polizei, der mit der Befreiung der Verhafteten (worüber im „Vorwärts" berichtet wurde) endigte, verwundet wurden. Dem einen von diesen Verwundeten gelang es jedoch, mit Hilfe der Genossen aus dem militärischen Hospital zu entkommen.

Die materielle Lage der Streikenden wird von Tag zu Tag schwieriger. Bis zur letzten Zeit erhielten die ledigen Streikenden eine Unterstützung von 15 Kopeken (30 Pfennig) täglich, die Verheirateten 25 Kopeken (50 Pfennig). Jetzt ist es aber unmöglich, selbst diese kärgliche Unterstützung zu gewähren. Das Geldsammeln für die Streikenden, das ohnedies in Rußland so schwer ist, wird noch dadurch erschwert, daß in Wilna in einigen andren Branchen Generalstreiks geplant sind und daß in Kowno, einer andren Stadt Westrußlands, auch bereits ein Schuhmacherstreik ausgebrochen ist.

Wie bereits früher mitgeteilt worden ist, werden Gelder für die streikenden Schuhmacher in Wilna hier im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, vormittags von 9 bis 1, nachmittags von 6 bis 8 Uhr, entgegengenommen.

Der Krieg.

Der Sieg Methuens

scheint doch nicht so groß gewesen zu sein, wie Lord Roberts ihn in seiner gestern mitgeteilten Depesche dargestellt hatte. Wenigstens liegt uns heute, trotzdem über Methuens spätere Bewegungen berichtet wird, keinerlei Meldung darüber vor, daß die Boeren Gefangene oder Geschütze verloren hätten. Die Boeren werden, darauf deutet auch der geringe Verlust Methuens hin, wohl überhaupt keinen ernsten Widerstand geleistet, sondern sich schleunigst zurückgezogen haben, wozu sie angesichts der ihnen von 35 000 Engländern drohenden Umzingelung auch alle Ursache hatten. Ueber Methuens weitere Operationen meldet Lord Roberts aus Pretoria, 13. Juni, 9 Uhr 55 Min. vormittags: Methuen marschierte gestern, den 12. d. M., nach Honingspruit und fand alles ruhig. Kroonstad wird von uns mit starker Macht gehalten. Methuen kehrte heute nach dem Rhenosterfluß zurück, wo die Eisenbahn ausgebessert wird.

Es fällt an diesem Telegramm der Satz auf, daß Kroonstad mit aller Macht gehalten werde. Danach fürchtete man doch wohl noch einen Angriff, sei es von Norden, sei es von Süden her.

Der Verlust Methuens wird auf nur einen Toten und 18 Verwundete angegeben. Dagegen hatte das aufgeriebene Derbyshire-Regiment am 7. Juni 36 Tote und 104 Verwundete. Die Verwundeten haben die Boeren den Engländern überlassen, die Gefangenen dagegen augenscheinlich mit sich geführt.

General Bullers Verluste

in den Kämpfen am 10. und 11. Juni sind ebenfalls beträchtlich; sie betrugen nämlich zwei Offiziere und 26 Mann tot, sechs Offiziere und 126 Mann verwundet.

Ueber das Gefecht zwischen Roberts und Botha,

das gestern bereits in unsren telegraphischen Nachrichten Erwähnung fand, meldet Lord Roberts noch:

„Wir waren gestern (12.) den ganzen Tag über mit Bothas Heer im Gefecht. Der Feind kämpfte mit großer Entschiedenheit und hielt unsre Kavallerie auf beiden Flanken fest. Hamilton und Pole-Carew machten jedoch einen Vorstoß und nahmen einen in der Front des Feindes gelegenen Hügel. Der Feind ging darauf ostwärts nach seiner zweiten Position zurück. Diese hält er gegenwärtig noch. Die weite Ausdehnung des Gebiets, über welches der Kampf sich erstreckt, bewirkt es, daß die Fortschritte nur langsam sind."

Eine 8 Stunden später aufgegebene Depesche des Feldmarschalls berichtet, daß der Feind während der Nacht seine starke Stellung geräumt und sich ostwärts zurückgezogen habe.

Ein Telegramm der „Daily Expreß" aus Lourenzo Marques berichtet ebenfalls über das Gefecht, das in der Nähe von Eerste Fabriken und Donkersock stattgefunden und mit der Zurückwerfung der Engländer geendet habe.

Aus all diesen Meldungen geht hervor, daß die Boeren nördlich von Pretoria sowohl wie im Freistaat noch eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit bewiesen haben und vermutlich noch ferner beweisen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 14. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte heute den Amtsdiener Ilbig aus Rosenthal wegen versuchter Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr Zuchthaus. Ilbig hatte als schneidiger Polizist den Arbeiter Minletz ohne jede Veranlassung mit dem Seitengewehr mißhandelt und war dafür von der Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Unmittelbar vor der damaligen Verhandlung hatte er versucht, den als Zeugen geladenen Mißhandelten zu einer für ihn günstigen Aussage zu bewegen. Dafür wurde ihm heute sein Lohn.

Ostasiatische Wirren.

London, 14. Juni. (W. T. B.) Unterhaus. Der Parlaments-Untersekretär des Aeußern Brodrick berichtet über die Unruhen in China und führt aus, der englische Gesandte Macdonald hatte bis zum 5. d. Mts. wiederholt das Tsung-li-Yamen auf die Notwendigkeit hingewiesen, sofort wirksam vorzugehen, um die Mörder der britischen Missionare zu bestrafen und die Ordnung wiederherzustellen; Macdonald hatte ferner dem Tsung-li-Yamen mitgeteilt, die englische Regierung werde die chinesische Regierung verantwortlich halten für die verbrecherische Apathie, welche diesen unbefriedigenden Stand der Dinge herbeigeführt habe. Am 6. d. M. telegraphierte die englische Regierung an den Gesandten Macdonald und den Admiral Seymour, sie sollten in Uebereinstimmung mit den übrigen Mächten nach ihrem Ermessen alles thun, was sie für ratsam erachten würden für den Schutz der englischen Gesandtschaft und der englischen Staatsangehörigen. Nach einer Konferenz mit dem russischen Gesandten wurde Macdonald ermächtigt, jede chinesische Behörde zu unterstützen, die im stande sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten; der russische Gesandte erhielt die gleiche Ermächtigung. Nach einer Besprechung mit den fremden Flotten-Kommandantenbeschloß Admiral Seymour am 9. d. Mts., Truppen zu landen und auf Peking zu marschieren. Von Hongkong aus würden zur Zeit Truppen ausgeschifft und der Kreuzer „Terrible" werde von dort nach Taku abgehen. Die Russen landeten weitere 1700 Mannschaften. Zwischen den Mächten herrsche vollkommene Uebereinstimmung hinsichtlich der von den Admiralen unternommenen Aktion. (Beifall.) Es seien Vorbereitungen getroffen worden, um zur Sicherung von Leben und Eigentum die Truppen am Yang-tse-kiang zu ergänzen. Maclean fragt, ob das Haus Brodrick dahin verstehen solle, daß zwischen England und Rußland ein engeres Einvernehmen herrsche, als zwischen den andren Mächten. Brodrick erwidert, er habe nicht die geringste Absicht gehabt, einen solchen Eindruck hervorzurufen.

Tientsin, 14. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.") Die Eisenbahnverbindung zwischen Tientsin und der aus Truppen der Mächte bestehenden Expedition unter Admiral Seymour ist 8 Meilen jenseit Yangtsun unterbrochen. Yangtsun ist erst die zweite Station von Tientsin aus. Zwei Brücken sind zerstört. Es geht das Gerücht, die Boxers seien entschlossen, die Station von Tientsin heute nacht niederzubrennen zu versuchen.

Washington, 14. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Gestern sind 100 Matrosen von Manila nach Taku abgegangen.

Rom, 14. Juni. (W. T. B.) Der Kandidat der konstitutionellen Opposition für die Präsidentschaft der Deputiertenkammer ist Biancheri, für den wahrscheinlich auch die äußerste Linke stimmen wird. Nach den Blättern ist Gallo der Kandidat der Regierung.

Rom, 14. Juni. (W. T. B.) Wie die „Tribuna" meldet, wurde heute früh bei Rocca di Papa ein von Rom in einem Wagen kommender Kaufmann von drei maskierten Männern überfallen und ausgeraubt. Die Gendarmerie nahm bald darauf zwei Verhaftungen vor, die Nachforschungen nach den Uebelthätern werden eifrig betrieben.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins!

Am Freitag, 21. September finden die

Ersatzwahlen zum Gewerbegericht

statt. An diesen Wahlen können sich nur solche Personen beteiligen, die sich in der Zeit vom

16. bis 29. Juni

in die Wählerliste aufnehmen lassen.

Die Bedeutung des Gewerbegerichts tritt von Jahr zu Jahr mehr zu Tage und der Wert dieser Institution für eine unparteiische Rechtsprechung auf gewerblichem Gebiet sollte der Arbeiter, wenn nicht aus andren Erscheinungen, so doch schon aus dem Mißwollen erkennen, mit dem sie in den Kreisen der Scharfmacher betrachtet wird. Je mehr die Bedeutung der Gewerbegerichte erkannt wird, um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterschaft die früher bei den Wahlen oft bewiesene Lauheit aufgiebt und für eine möglichst umfassende Beteiligung eintritt. Jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse sollte sich daher in den nächsten Tagen sein Wahlrecht sichern und jeder Vertrauensmann in Gewerkschaften und Werkstätten sollte dafür sorgen, daß durch Massen-Einzeichnungen die Beteiligung möglichst vieler Wahlberechtigten gesichert werde.

Es scheidet ein Drittel der Beisitzer — 70 Arbeitgeber und 70 Arbeitnehmer — mit Ablauf dieses Jahres aus, für welche Neuwahlen stattzufinden haben.

Infolge der Neueinteilung und Vermehrung der Gemeinde-Wahlbezirke ist mit Rücksicht auf § 11 des obigen Ortsstatuts auch eine anderweite Verteilung der Gewerbegerichts-Beisitzer auf die 48 Wahlbezirke, III. Abteilung, der neuen Einteilung erforderlich geworden.

Durch diese Neuverteilung wird die Amtsdauer der früher gewählten Beisitzer nicht berührt; jeder Beisitzer bleibt so lange im Amte, bis die sechsjährige Periode, für welche er gewählt ist, abgelaufen ist.

Auf Grund der neuen Einteilung finden daher für das in diesem Jahr ausscheidende Drittel in folgenden Wahlbezirken Ergänzungswahlen statt:

Wahlbezirk	Stadtbezirke	Zahl der zu wählenden Beisitzer	
		Arbeitgeber	Arbeitnehmer
1	1—10	5	4
4	31—39, 45—46	4	4
7	54, 55, 57—63	4	4
10	76—78	5	5
13	95—104	4	5
16	114—121	5	4
19	136—142	5	4
22	152—156, 158—159	5	4
25	161, 179—181	4	4
28	182—183, 196—200	5	4
31	218—225	4	4
34	242, 247—248	4	5
37	227—228, 257—259, 265—257	4	4
40	273, 275—276, 278, 305—306	4	5
43	290—292	4	5
46	307—308, 315—318	5	5
	Summa	70	70

Behufs Ausführung dieser Wahlen ist vom Magistrat ein Termin auf

Freitag, den 21. September d. J.

anberaumt.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt:

a) solche Arbeitgeber, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin Wohnung oder eine gewerbliche Niederlassung haben.

b) solche Arbeiter, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahre im Gemeindebezirk Berlin wohnen oder, falls sie außerhalb wohnen, hier beschäftigt sind.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,

a) welche nicht Angehörige des Deutschen Reichs sind,

b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann,

c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und

d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a und 100d der Reichs-Gewerbe-Ordnung errichtet ist, sowie die von denselben beschäftigten Arbeiter.

Das Reich, der Staat, die Gemeinden und sonstige öffentliche Verbände sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch ihre gesetzlichen Vertreter aus.

Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebs oder eines bestimmten Zweigs desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahres-Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt. Die der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterstellten Hausgewerbetreibenden sind, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbe-Ordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, als Arbeitgeber, andernfalls als Arbeiter wahlberechtigt.

Zum Zwecke der Aufstellung der Wählerlisten werden die zur Teilnahme an der Wahl berechtigten Personen der eingangs erwähnten Wahlbezirke aufgefordert, ihre Stimmberechtigung unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigungen innerhalb der nach § 13 des Ortsstatuts vorgeschriebenen zweiwöchigen Frist — d. i. vom 16. bis einschließlich 29. Juni d. J. — und zwar an den

Wochentagen von 5 bis 8 Uhr abends,
an den Sonntagen von 12 bis 3 Uhr nachmittags

in den nachstehend genannten Anmeldestellen mündlich oder schriftlich anzumelden.

Die Anmeldungen werden entgegen genommen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindeschule, Tempelhofer Ufer Nr. 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindeschule, Skalitzerstraße 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindeschule, Straußbergerstraße 9.

Als Ausweis genügen

für den Arbeitgeber

die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer;

für den Arbeitnehmer

ein Zeugnis seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde sowie Steuerquittungen 2c., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zu schriftlichen Anmeldungen können in Empfang genommen werden:

1. im **Gewerkschaftsbureau,** Engel-Ufer 15 I, Zimmer 8, von 9 bis 1 Uhr und 6 bis 8 Uhr, und
2. in den oben genannten Anmeldestellen

während der vorgeschriebenen Anmeldefrist.

Es wird ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht. Die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt nur auf Grund der jetzigen Anmeldungen; die Anmeldungen aus früheren Jahren werden nicht berücksichtigt.

1. Wahlbezirk (Stadtbezirk 1—10).

1. Stadtbezirk: Bischofstr. 2—27, Burgstr. 1—7, Heiligegeiststr. 23 bis 33, Hoher Steinweg, Jüdenstr. 1—11 und 55—60, Königstr. 1—25 und 41—69, Marienkirchhof 5—11, Molkenstr. 8—9, Nicolai-Kirchhof 1—3 und 12—14, Poststr. 1—15 und 21—31, Kleine Poststr. 1—7 und 9—13, Probststraße, Rathhausstraße, Siebersstr. 3—18, Spandauerstr. 18—39 und 47—63a.

2. Stadtbezirk: Eiergasse, Großer Jüdenhof, Jüdenstr. 12—54, Am Krögel, Molkenmarkt, Molkenstraße (ausschließlich 8 und 9), Nicolai-Kirchhof 4—11, Parochialstraße, Poststr. 16—20a, Spandauerstr. 40—46, Stralauerstr. 16—46.

3. Stadtbezirk: Alexanderstr. 18, Neue Friedrichstr. 1—20 und 83—109, Grunerstraße, von der Stadtbahn bis zur Neuen Friedrichstraße, Klosterstr. 30—78, Königstr. 26a, Siebersstr. 1 und 2, An der Stralauerbrücke, Stralauerstr. 1—15 und 47—58, Kleine Stralauerstraße, Waisenstraße.

4. Stadtbezirk: Bischofstr. 1 und 28, Neue Friedrichstr. 21—42 und 64—82, Gontardstraße, Kaiser Wilhelmstr. 10—15 und 12—32, Kalandsgasse, Klosterstr. 1—2, 4—29 und 79—101, Königskolonnaden, Königstr. 26 und 27—40, Marienkirchhof 12—23, Neue Gasse, Panoramastraße, Rochstr. 7 bis 14, Schmale Gasse 3—5, Spandauerbrücke 1—3 und 10—16, Stadtbahnhof „Alexanderplatz".

5. Stadtbezirk: Burgstr. 8—31, Neue Friedrichstr. 43—63, Hinter der Garnisonkirche, Heidereutergasse, Heiligegeistgasse, Heiligegeiststraße, ausschließlich 23—33, Kaiser Wilhelmstr. 1—9 und 33—49, Klosterstr. 3, Marienkirchhof 1—4, Neuer Markt, Kleine Poststr. 8, Kleine Präsidentenstr. 6 und 7, Neue Promenade 9 und 10, Rosenstraße, Schmalegasse 1—2 und 6—8, Spandauerstr. 1—17 und 64—81, Stadtbahnhof „Börse", St. Wolfgangstr.

6. Stadtbezirk: Breitestraße, Brüderstraße, Cantian-Platz, Friedrichsgracht 51—62, Gertraudtenstr. 1, Kleine Gertraudtenstr. 2, Am Lustgarten, Am Mühlengraben, Neumannsgasse, Museumstraße, Kleine Museumstraße, Petriplatz, Scharrenstraße, An der Schleuse, Das Königl. Schloß, Schloßfreiheit, Schloßplatz, Spreestraße, An der Stechbahn.

7. Stadtbezirk: Fischerbrücke, Fischerstraße, Friedrichsgracht 1—16, Kölnischer Fischmarkt, Kölnischestraße, Mühlendamm einschließlich Schleusengebäude und Mühlenweg, Schornsteinfegergasse 1—3 und 5—8.

8. Stadtbezirk: Friedrichsgracht 17—50, Gertraudtenstr. 2—27, Kleine Gertraudtenstr. 1 und 3—5, Grünstraße, Petristraße, Rittergasse, Roßstraße, Schornsteinfegergasse 4.

9. Stadtbezirk: Kleine Jägerstraße, ausschließlich 1, Kreuzstraße, Kurstraße 14—26 und 30—40, Kleine Kurstr. 1—8, 10—12 und 18, Alte Leipzigerstraße, Niederwallstr. 5—23 und 26—38, Oberwallstr. 10—14, Raulesdhof.

10. Stadtbezirk: Adlerstraße, Falkoniergasse, Am Festungsgraben, Französischestr. 33b—33c, Hinter dem Gießhause, Handvogtei-Platz, Holzgartenstraße, Jägerstr. 32—44, Kleine Jägerstr. 1, Jerusalemerstr. 23—24, Gasse hinter dem Kommandantur-Gebäude, Kurstr. 1—13 und 41—51, Mohrenstr. 37a—40, Mollersgasse, Niederlagstraße, Niederwallstraße 1—4 und 39, Oberwallstraße, Prinzengasse, Schinkel-Platz, Unterwasserstraße, Werdersicher Markt, Werdersche Rosenstraße, Werderstraße, Am Zeughause, Hinter dem Zeughause, Platz am Zeughause.

4. Wahlbezirk (Stadtbezirke 31—39, 45—46).

31. Stadtbezirk: Bellevuestr. 1—10 und 11a—22, Eichhornstr. 1 bis 5 und 8—12, Königgrätzerstr. 1—12, Königin Augustastr. 6—16, Lennéstraße, Linkstr. 48, Margarethenstr. 9—11, Potsdamerplatz 1—2, Potsdamerstraße 1a, 1—23 und 124—141, Schellingstraße, Viktoriastr. 21—23.

32. Stadtbezirk: Bellevuestr. 11, Kemperplatz (südliche Seite), Königin Augustastr. 17—29, Margarethenstr. 1—8 und 12—20, Matthäikirchstraße, Regentenstraße, ausschließlich 11a, Sigismundstraße, Tiergartenstr. 1 bis 9, Victoriastraße, ausschließlich 21—23.

33. Stadtbezirk: Bendlerstraße, Hildebrandtsche Privatstraße, Hohenzollernstraße, Kaiserin Augustastr. 54—69, Kemperplatz (nördliche Seite), Königin Augustastr. 30—53a, Regentenstr. 11a, Tiergartenstr. 10—37, der südwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, im Westen von der Hofjäger-Allee, einschließlich dieser Allee und der Chaussee. Zu diesem Bezirk gehört das Gärtnergrundstück an der Großen Quer- und Bellevue-Allee.

34. Stadtbezirk: Corneliusstraße, Drakestraße, Friedrich Wilhelmstraße, von der Hendtstraße, Hitzigstraße, Kaiserin Augustastr. 70—82, Lichtenstein-Allee, Rauchstraße, Stülerstraße, Tiergarten-Ufer, der südwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Norden von der Charlottenburger Chaussee, mit Einschluß derselben, und im Osten von der Hofjäger-Allee, diese ausgeschlossen.

35. Stadtbezirk: Burggrafenstraße, Gartenufer, Keithstraße, Kurfürstendamm 1—9 und 246—264, Kurfürstenstr. 72—96, Landgrafenstraße, Lützow-Ufer 20—39, Nürnbergerstr. 70—71, Wichmannstr. 1—20. Zu diesem Bezirk gehören Zoologischer Garten und das Hippodrom (Wasserwerke im Tiergarten).

36. Stadtbezirk: Buchenstraße, Derfflingerstr. 2—29, Kurfürstenstraße 49—71, Lützowplatz, ausschließlich 1, Maaßenstr. 1—4 und 31—37, Schillstraße, Ulmenstraße, Wichmannstr. 21.

37. Stadtbezirk: Derfflingerstr. 1 und 30, Dörnbergstraße, Genthinerstraße, ausschließlich 31, Kurfürstenstr. 47—48, Lützowplatz 1, Lützowstraße 33—78, Lützowufer 1—19b.

38. Stadtbezirk: Genthinerstr. 31, Magdeburgerplatz, Magdeburgerstr. 9—27, Potsdamerstr. 35—48 und 104—115a, Steglitzerstr. 25—63.

39. Stadtbezirk: Blumeshof, Karlsbad 1, Lützowstr. 24—32 und 79—91a, Magdeburgerstr. 1—8 und 28—36, Potsdamerstr. 24—34, 116 bis 120 und 122—123a, Schöneberger Ufer 26—48.

45. Stadtbezirk: An der Apostelkirche, Fradenstr. 1—11 u. 32—41, Kurfürstenstr. 29—46 und 139—152, Potsdamerstr. 49—56 und 97—103a, Zietenstr. 25—28.

46. Stadtbezirk: Bülowstr. 8—26 und 85—100, Frobenstr. 12—18 und 21—31, Potsdamerstr. 57—67 und 89—96b, Schwerinstr. 1—19, Zietenstraße 18—24.

7. Wahlbezirk (Stadtbezirke 54, 55, 57—63).

54. Stadtbezirk: Nordseite der Bayreutherstraße, Belle-Alliancestraße 1—12 und 91—107, Blücherplatz 1—2 und Hallische Kirchhöfe, Lankwitzstraße, Teltowerstr. 1—11 und 63—65, Tempelhofer Ufer 1—6a.

55. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 10—18 und 77—85, Teltowerstraße 12—37 und 39—62, Tempelhofer Ufer 7—24.

57. Stadtbezirk: Großbeerenstr. 19—27a und 63—76, Wartenburgstraße 1—14 und 16—29.

58. Stadtbezirk: Hornstraße, ausschließlich 14, Wartenburgplatz, Yorkstr. 1—14 und 80—90.

59. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 13—26, Großbeerenstr. 28—41 und 43—62, Hagelsbergerstr. 1—16 und 41—57, Yorkstr. 79.

60. Stadtbezirk: Hagelsbergerstr. 17—40, Möckernstr. 51—92, Yorkstraße 15—24 und 65—78.

61. Stadtbezirk: Katzbachstraße, Kreuzbergstr. 26—59, sowie die Verlängerung bis zur Straße C, Möckernstraße von Kreuzbergstraße bis zur Weichbildgrenze (Westseite), Platz B, Straße C, Straße D (Abt. III) von Möckernstraße westlich, Yorkstr. 25—34 und 57—64.

62. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 27—52, Großbeerenstr. 42, Kreuzbergstr. 1—25, 60—78 und Victoriapark, Lichterfelderstraße, Möckernstraße von Kreuzbergstraße bis zur Weichbildgrenze (Ostseite), Kleine Parkstraße, Straße D. (Abt. III) von Möckernstraße östlich, Wilhelmshöhe.

63. Stadtbezirk: Belle-Alliancestr. 53—90, Fidicinstr. 1 und 45, Gneisenaustr. 1, Am Tempelhoferberg (Westseite).

10. Wahlbezirk. (Stadtbezirke 76—78).

76a. Stadtbezirk: Camphausenstraße, Fichtestraße, Fontane-Promenade, Gräfestr. 43, Hasenheide 39—60, Urbanstr. 25—30.

76b. Stadtbezirk: Gräfestr. 30—42 und 44—65a, Grimmstr. 25, Hasenheide 21—38, Schönleinstr. 20—21, Urbanstraße 31—51, 109—125 und 127—137.

76c. Stadtbezirk: Hasenheide 1—20, Jahnstraße, Urbanstr. 52 bis 81 und 84—108.

77. Stadtbezirk: Boeckhstr. 1—12 und 45—55, Dieffenbachstr. 1 bis 19 und 57—76, Grimmstraße, ausschließlich 25, Müllenhoffstr. 1—9 und 12—20, Planufer 75—94, Am Urban, Urbanstr. 138—150.

78a. Stadtbezirk: Boeckhstr. 17—20, Dieffenbachstr. 20 und 27—56, Gräfestr. 12—29 und 66—81, Müllenhoffstr. 10—11, Schönleinstraße 3—19, Urbanstr. 126.

78b. Stadtbezirk: Boppstraße, Hohenstaufenplatz, Kottbuser Damm 13—43, Lachmannstraße, Schönleinstr. 22—34, Urbanstr. 82—83.

78c. Stadtbezirk: Boeckhstr. 13—16 und 21—44, Gräfestr. 1—11 und 82—93, Kottbuser Damm 1—12a, Planufer 95—97, Schönleinstr. 1—2.

13. Wahlbezirk (Stadtbezirke 95—104).

95. Stadtbezirk: Manteuffelstr. 34—43 und 85—98, Naunynstr. 1 und 91, Oranienstr. 1, Skalitzerstr. 41—45 und 97—107.

96. Stadtbezirk: Lausitzer Platz 1—6 und 14—18, Manteuffelstraße 32—33 und 99—100, Pücklerstr. 32, Skalitzerstr. 96, Waldemarstr. 2—9 und 71—78.

97. Stadtbezirk: Mariannenplatz 6a—17, Mariannenstr. 51 bis 53, Muskauerstr. 37, Naunynstr. 2—15, Waldemarstr. 10—22 und 62—70.

98. Stadtbezirk: Manteuffelstr. 20—31 und 101—111, Muskauerstraße 24—35 und 38—49.

99. Stadtbezirk: Köpnickerstr. 21—29 und 143—158, Manteuffelstraße 17, Mariannenplatz 18—28, Mariannenufer, Muskauerstr. 38, Wrangelstr. 1—15 und 122—137.

100. Stadtbezirk: Köpnickerstr. 18—20a und 159—164, Manteuffelstraße 1—16, 18—19 und 112—130, Wrangelstr. 16—18 und 121.

101. Stadtbezirk: Eisenbahnstr. 24—25, Köpnickerstr. 16—17 und 165—172, Pücklerstr. 1—15 und 48—61.

102. Stadtbezirk: Muskauerstr. 18—23 und 50—58, Pücklerstraße 16—31 und 33—47, Waldemarstr. 1, Wrangelstr. 12—22 und 113—120.

103. Stadtbezirk: Eisenbahnstr. 1—23 und 26—48, Lausitzer Platz 12—13, Muskauerstr. 14a—17 und 59—62, Wrangelstr. 23—24 und 111—112.

104. Stadtbezirk: Lausitzer Platz 7—11, Muskauerstr. 1—14 und 63—70, Skalitzerstr. 84—95a, Wrangelstr. 25—38 und 100—110, Zeughofstraße 11—23.

16. Wahlbezirk (Stadtbezirke 114—121).

114. Stadtbezirk: Fürstenstr. 1 und 24, Gitschinerstr. 32—70, Luisenufer 47—57, Prinzenstr. 1—5, Wasserthorstr. 1—16 und 58—76.

115. Stadtbezirk: Brandenburgstraße 1—2 und 82, Gitschinerstraße 19—31 und 71—85, Moritzstr. 1—11 und 14—24, Prinzenstr. 6—16 und 103—119, Sedanufer von der Bärwaldbrücke bis zur Englischen Gasanstalt einschließlich, Wasserthorstr. 17 und 56—57.

116. Stadtbezirk: Brandenburgstr. 3—17 und 64—81, Moritzstraße 12—13, Wasserthorstr. 18—55.

117. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 1—13 u. 117a—128, Gitschinerstraße 1—18 und 86—108, Neuenburgerstr. 20a—21, Sedanufer von der Englischen Gasanstalt bis zur Gitschinerstraße.

118. Stadtbezirk: Hollmannstr. 13—18 und 29—28, Alte Jakobstraße 1—1c, 137—147 und 166—175, Neuenburgerstr. 1a—20 und 22—41.

119. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 14—18a und 113—117, Hollmannstr. 1—12 und 29—43, Simeonstr. 1—14 und 18—32.

120. Stadtbezirk: Feilnerstraße, Alte Jakobstr. 2—26 und 118 bis 136, Ritterstr. 52—59 und 61—69, Simeonstr. 15—17.

121. Stadtbezirk: Alexandrinenstr. 19—37a und 92—112, Mathieustr. 10 und 11, Ritterstr. 37—51 und 70—84.

19. Wahlbezirk (Stadtbezirke 136—142).

136. Stadtbezirk: Neue Jakobstr. 1—14 und 17—28, Inselstraße 13—13a, Neanderstr. 2—16 und 19—37, Schäferstr. 2—14, Sophiestraße 11b—36.

137. Stadtbezirk: Franzstr. 1—19, Josefstr. 1—15, Michaelkirchplatz 17—24, Schmidstr. 1—11a und 36a—46.

138. Stadtbezirk: Adalbertstr. 24—34 und 57—66, Engeluser 6b bis 21, Melchiorstr. 1—46, Michaelkirchplatz 1—12.

139. Stadtbezirk: Adalbertstr. 35—56, Engeluser 1—6a, Köpnickerstraße 30—44 und 129—142.

140. Stadtbezirk: Köpnickerstr. 45—59 und 119—128, Michaelkirchplatz 13—16, Michaelkirchstraße, Wusterhausenerstr. 13—14.

141. Stadtbezirk: Köpnickerstr. 60—75 und 105—118, Ohmstraße, Rungestr. 12—27, Wusterhausenerstr. 1—12 und 15—21.

142. Stadtbezirk: Brückenstr. 1—16, Inselstr. 1—1b und 10—12, Am Kölnischen Park, Köpnickerstr. 76—104, Neanderstr. 1 und 38, Rungestraße 3—11a und 27a—37, Wassergasse.

22. Wahlbezirk (Stadtbezirke 152—156, 158—159).

152. Stadtbezirk: Blankenfeldestr. 2—14, Große Frankfurterstraße 49—69 und 71—89, Markusstr. 30, Marsiliusstr. 1—8 und 16—25, Waßmannstr. 10—34.

153. Stadtbezirk: Andreasstr. 45—46, Blumenstr. 42, Große Frankfurterstraße 90—127, Koppenstr. 35 und 53, Krautstr. 1, Markusstr. 29

154. Stadtbezirk: Elisabethstr. 1 und 65—66, Pallisadenstr. 1 und 12, Waßmannstr. 31a—37, Weberstr. 3—35 und 38—53.

155. Stadtbezirk: Lichtenbergerstr. 10—11, Pallisadenstr. 2—11, 13—29 und 88—103, Straußbergerstr. 9—10 und 34—35.

156. Stadtbezirk: Große Frankfurterstr. 32—48, Fürstenwalderstraße 2—23, Straußbergerstr. 11—33, Weberstr. 1—2 und 64—66.

158. Stadtbezirk: Friedenstr. 45—49 und 89—95, Friedrichsbergerstr. 1—14 und 18—27.

159. Stadtbezirk: Gr. Frankfurterstr. 19—31, Friedrichsbergerstraße 15—17, Fürstenwalderstr. 1 und 24, Koppenstr. 36—40 und 50 bis 52, Lebuserstraße, Pallisadenstr. 30—38 und 66—87.

25. Wahlbezirk (Stadtbezirke 161, 179—181).

161. Stadtbezirk: Gr. Frankfurterstr. 1—18 und 128—146, Friedenstraße 74—82, Fruchtstr. 39—49, Pallisadenstr. 51—52.

179a. Stadtbezirk: Frankfurter Allee 75—121, Königsberger Str. 21a, Konstitutionsplatz, Litthauerstr. 1, Möglinerstraße, ausschließlich 1, Tilsiterstraße 1—6 und 85—91, Weidenweg 15 und 25.

179b. Stadtbezirk: Insterburgerstr. 1—11 und 13—20, Löwestr. 1 bis 15 und 18—30, Möglinerstr. 1, Straße 47a, ausschließlich Eckgrundstücke an der Richthofenstraße, Tilsiterstr. 7—18 und 77—84, Weidenweg 1—14, 16—24 und 73—88, Zorndorferstr. 1—14 und 50—59.

180a. Stadtbezirk: Baltenplatz, Eckerstraße, ausschließlich der Eckgrundstücke mit der Zorndorferstraße, Hübnerstr. 1—6 und 9—15, Petersburgerstraße 11—18 und 73—81, Thaerstr. 14a—24 und 44—53, Weidenweg 26—47 und 50—72.

180b. Stadtbezirk: Petersburgerstr. 2—10 und 82—90, Rigaerstraße 1—10 und 130 bis Ende, Thaerstr. 2—14 und 54—63.

180c. Stadtbezirk: Eldenaerstr. 12, Frankfurter Allee 65—74 und 122—134, Liebigstraße, Mirbachstr. 1, Petersburgerstr. 1 und 91, Rigaerstr. 11 bis 12 und 128—129, Thaerstr. 1, Warschauerstr. 1 und 88, Weidenweg 48 und 49.

181a. Stadtbezirk: Dolzigerstraße, ausschließlich Eckgrundstücke an der Proskauerstraße und Eldenaerstraße, Frankfurter Allee 1—64 und 135—150, Mirbachstraße, östlich der Proskauerstraße, Proskauerstr. 1—2 und 40, Rigaerstraße, östlich der Proskauerstraße (Nr. 25 bis 115), Samariterplatz, Samariterstraße, ausschließlich der Eckgrundstücke an der Eldenaerstraße, Schreinerstraße, östlich der Proskauerstraße, Straßen 66b und 67 (Abt. XIII), Straßen 66a und 67a, ausschließlich der Eckgrundstücke an der Eldenaerstraße.

181b. Stadtbezirk: Eckgrundstücke der Dolziger- und Proskauerstraße, Eldenaerstraße, ausschließlich 12, Forckenbeckplatz, Hübnerstraße 7 und 8, Mirbachstraße von Liebigstraße bis Proskauerstraße, ausschließlich 1, Proskauerstraße 3—39, Rigaerstraße von Liebigstraße bis Proskauerstraße (Nr. 13—24 und 116—127), Eckgrundstücke der Samariter- und Eldenaerstraße, Eckgrundstücke der Straßen 66a und 67a mit der Eldenaerstraße, Eckgrundstücke der Schreinerstraße mit der Proskauerstraße, Thaerstr. 25—33, Zellestraße.

28. Wahlbezirk (Stadtbezirke 182—183, 196—200).

182. Stadtbezirk: Elisabethstr. 2—64, Kl. Frankfurterstr. 10 und 14—19, Waßmannstr. 2—6 und 9—9a.

183. Stadtbezirk: Büschingplatz, Büschingstr. 17, Fliednerstr. 2—16, Kleine Frankfurterstr. 11 und 12, Gollnowstr. 9—38, Landsbergerstr. 20—34 und 89—100, Landwehrstr. 1 und 44, Mehnerstraße, Pallisadenstr. 104—106, Waßmannstr. 1, Weberstr. 36 und 37, Weinstr. 20—21.

196. Stadtbezirk: Georgenkirchplatz 15, 18 und 19, Georgenkirchstraße 10—58, Gollnowstr. 2—8 und 39—45, Katharinenstr. 5—7, Lietzmannstraße 2—7 und 24—27.

197. Stadtbezirk: Kl. Frankfurterstr. 13, Georgenkirchplatz 1—14, Katharinenstr. 1—4 u. 8—12, Kurzestr. 20, Landsbergerstr. 35—59 u. 68—88, Landwehrstr. 2—43, Lietzmannstr. 8—23.

198. Stadtbezirk: Georgenkirchplatz 20—32, Neue Königstr. 20—43 u. 50—70, Linienstr. 250, Lietzmannstr. 1 und 28, Alte Schützenstr. 1 und 2, Wadzeckstr. 9—14.

199. Stadtbezirk: Friedenstr. 103—112, Jahnstraße, Reibelstr. 1 und 43—44, Linienstr. 1—12 u. 240—249, Lothringerstr. 111—112, Mendelssohnstraße, Meyerbeerstr. 5—13, Prenzlauer Allee 1, Prenzlauerstr. 1—5 u. 57—62.

200. Stadtbezirk: Hirtenstr. 1—2 und 23, Reibelstr. 2—42, Prenzlauerstr. 6—29 und 33—56, Alte Schützenstr. 3—7, Wadzeckstr. 1—8 und 15—23.

31. Wahlbezirk (Stadtbezirke 218—225).

218. Stadtbezirk: Lothringerstr. 1—12, Prenzlauer Allee 2—16 und 241—249, Saarbrückerstr. 1—9 und 26—35.

219. Stadtbezirk: Meyerstraße, Prenzlauer Allee 239—240, Straßburgerstr. 22—23 und 36—37, Weißenburgerstr. 2—7.

220. Stadtbezirk: Fehrbellinerstr. 1—2, Lothringerstr. 13—22, Lattumstr. 29, Saarbrückerstr. 10—25, Schönhauser Allee 1—11 und 177—188, Straßburgerstr. 1—21 und 38—60, Weißenburgerstr. 1.

221. Stadtbezirk: Angermünderstraße, Chorinerstr. 2–3, Christinenstraße 1–13 und 31–39, Fehrbellinerstr. 3–9 und 94–100, Lothringerstraße 23–27, Lottumstr. 1–28.

222. Stadtbezirk: Chorinerstr. 21a, Christinenstr. 14–30, Schönhauser Allee 173–176, Schwedterstr. 1–17 und 255–268, Senefelder-Platz, Templinerstr. 1–13 und 15–19, Teutoburger Platz, Zionskirchstr. 26–31.

223. Stadtbezirk: Chorinerstr. 15–20a und 65–71, Kastanien-Allee 37–48, 61–62 und 64–69, Schwedterstr. 18–28 und 245a–254a.

224. Stadtbezirk: Fehrbellinerstr. 17–24 und 63–83, Kastanien-Allee 49–60 und 63, Weinbergsweg 11d, Zionskirchplatz 4, Zionskirchstr. 12 bis 19 und 38–45.

225. Stadtbezirk: Chorinerstr. 4–14 und 71a–86, Fehrbellinerstraße 10–16 und 84–93, Templinerstr. 14, Zehdenickerstr. 9, Zionskirchstraße 20–25 und 32–37.

34. Wahlbezirk (Stadtbezirke 242, 247–248.

242a. Stadtbezirk: Christburgerstr. 1–3 und 54, Danzigerstr. 25 bis 31 und 66–73, Senefelderstr. 1 und 43, Fransecktstr. 22–40, Prenzlauer Allee 41–56 und 195–214, Rykestr. 12–48, Weißenburgerstr. 31–61, Wörtherstr. 25.

242b. Stadtbezirk: Fransecktstr. 9–21 und 51–54, Hagenauerstraße 1–1b und 18, Hochmeisterstr. 2–10 und 23–31, Treskowstr. 7–15 und 41–50.

242c. Stadtbezirk: Danzigerstr. 2–24 und 74–97, Dunckerstr. 1 und 91, Hagenauerstr. 2–17a, Hochmeisterstr. 11–22, Lychenerstr. 1 und 134, Schliemannstr. 1 und 48, Treskowstr. 1 und 51–60.

247a. Stadtbezirk: Helmholtzplatz, Lettestr. 2–8, Raumerstraße 17–23, Schliemannstr. 2–47, Stargarderstr. 21–26 und 57–63.

247b. Stadtbezirk: Prenzlauer Allee 57–85 und 106–194, Raumerstr. 26–51, Senefelderstr. 2–42, Stargarderstr. 28–39 und 50–55.

247c. Stadtbezirk: Dunckerstr. 2–90, Lettestr. 1, Raumerstr. 24 und 25, Stargarderstr. 27 und 56.

248. Stadtbezirk: Dunckerstraße von der Ringbahn bis zur Straße 20. Greifenhagenerstraße von der Ringbahn bis zur Straße 31, Lychenerstraße von der Ringbahn bis zur Weichbildgrenze, Pappel-Allee 46 bis 95, Prenzlauer Allee 86–165, Platz E, Straßen 19 und 20 von Schönhauser Allee bis Prenzlauer Allee, Straße 31 (Abt. XII).

37. Wahlbezirk (Stadtbezirke 227–228, 257–259, 265–267).

227. Stadtbezirk: Ackerstr. 1b, Brunnenstr. 1–18 und 174–198, Elisabethstr. 1–10a, Invalidenstr. 164, Veteranenstr. 1 und 2.

228. Stadtbezirk: Brunnenstr. 19–31 und 161–173, Invalidenstraße 1–1a, Veteranenstr. 3–14 und 16–28.

257. Stadtbezirk: Ackerstr. 27–36 und 143, Ackerstr. 1–9 und 49–60, Bergstr. 30, Elisabethkirchstraße, Invalidenstr. 2–5, 148–157 und 159–163, Pappelplatz, Strelitzerstr. 1–8 und 68–74.

258. Stadtbezirk: Bernauerstr. 14–24 und 84–93, Rheinsbergerstraße 1, Strelitzerstr. 9–29 und 48–67.

259. Stadtbezirk: Bernauerstr. 1–13a u. 94–109, Hussitenstr. 1 bis 12 und 64–79, Strelitzerstr. 30–36 und 39–47.

265. Stadtbezirk: Bergstr. 34–43, Feldstr. 1–9, Gartenstr. 36 bis 48, 50–58 und 96–144.

266. Stadtbezirk: Ackerstr. 45–70 und 117–141, Gartenstr. 49.

267. Stadtbezirk: Ackerstr. 37–44 und 142, sowie Südwestseite von Invalidenstraße bis Bernauerstraße, Bergstr. 32, 33 und 44–62, Bernauerstr. 110–121 und Südostseite von Ackerstraße bis Bergstraße.

40. Wahlbezirk. (Stadtbezirke 273, 275–276, 278, 305–306).

273. Stadtbezirk: Hessische Straße, Invalidenstr. 38–49 und 84 bis 110, Kielerstr. 5, Platz am Neuen Thor, Scharnhorststr. 1–10 und 32–41, Augusta-Hospital und Invalidenhaus.

275. Stadtbezirk: Boyenstr. 1–45, Kielerstr. 1–4 und 6–24, Scharnhorststr. 11–31.

276. Stadtbezirk: Boyenstr. 46, Chausseestr. 57–81, Neue Hochstr. 1–10 und 35–56, Liesenstr. 1–5a und 16–20, Schulzendorferstraße 9–19.

278. Stadtbezirk: Dalldorferstr. 1–8 und 38–41, Gerichtstr. 10–16 und 71–78, Hochstr. 47–49, Neue Hochstr. 11–34.

305. Stadtbezirk: Fennstr. 4a–61, Müllerstr. 169–185, Am Nordhafen 1–8, Norduser von der Ringbahn bis zum Nordhafen, Sellerstraße, Tegelerstr. 1–7 und 55–56.

306. Stadtbezirk: Dalldorferstr. 9–37, Fennstr. 1–4, Gerichtstraße 58, Kunkelstraße von Schulzendorferstraße bis Ravenéstraße, Lindowerstraße, Müllerstr. 1–4 und 6–11, Nettelbeckplatz, Ravenéstraße, Reinickendorferstr. 1–8 und 62–70, Schulzendorferstr. 1–8 und 20–27, Weddingplatz.

43. Wahlbezirk (Stadtbezirke 290–292).

290. Stadtbezirk: Beusselstr. 1–14, Gotzkowskystraße, Jagowstraße von Alt-Moabit bis zur Levetzowstraße, Alt-Moabit 35–79, Ottostr. 4–19, Turmstr. 61 und 66, Zinzendorfstraße, Zwinglistraße.

291a. Stadtbezirk: Berlichingenstraße von Huttenstraße bis Wittstockerstraße, Huttenstraße, ausschließlich 1, Rostockerstr. 1–20 und 39–56.

291b. Stadtbezirk: Berlichingenstraße von Wittstockerstraße bis Sickingenstraße, Rostockerstr. 21–38, Sickingenstraße, Straße 29 (Abteilung VI), Wittstockerstr. 2–26.

292a. Stadtbezirk: Beusselstr. 15–33 und 55a–76, Huttenstr. 1, Turmstr. 55–60 und 62–65, Waldenserstr. 21–24, Waldstr. 1–1b u. 42–60.

292b. Stadtbezirk: Beusselstr. 34–55. Siemensstr. 1–10 und 43 bis 50, Waldstr. 16–41, Wiclefstr. 27–28, Wittstockerstr. 1 und 27.

46. Wahlbezirk. (Stadtbezirke 307–308, 315–318).

307. Stadtbezirk: Westliche Seite der Adolfstraße von der Gerichtstraße bis Plantagenstraße, Antonstr. 1–9 und 42–49, Courbièreplatz, Am Courbièreplatz, Gerichtstr. 37–57, Müllerstr. 12–25a, Plantagenstr. 24–37, Ruheplatzstraße.

308. Stadtbezirk: Burgsdorfstraße, Lynarstraße, Müllerstr. 152 bis 168, Norduser von der Ringbahn bis Torfstraße, Sparrplatz, Sparrstraße, Sprengelstraße, Straßen 16 und 17 von Triftstraße bis Straße 13 (Abt. X), Tegelerstr. 8–54, Torfstr. 15–17b, Triftstraße von Torfstraße bis Müllerstraße, Wildenowstraße.

315. Stadtbezirk: Cöslinerstr. 10–11, Reinickendorferstr. 20–29 und 42–52, Schulstr. 40, Wiesenstr. 28–43.

316. Stadtbezirk: Adolfstr. 10–27a, Antonstr. 10–41, Maxstraße 1–12 und 15–22, Plantagenstr. 9–23, Straße 54 (Abt. X), Prinz Eugenstraße.

317. Stadtbezirk: Adolfstr. 1–9, Gerichtstr. 29–36, Pankstr. 55 bis 56, Pasewalkerstraße, Plantagenstr. 1–8 und 38–44, Reinickendorferstraße 8a–19 und 53–61, Weddingstr. 3–6.

318. Stadtbezirk: Cöslinerstr. 1–9 und 12–24, Gerichtstr. 17 bis 28 und 60–70, Kunkelstraße von Ravenéstraße bis Gerichtstraße, Pankstraße 1–6 und 48–54, Weddingstr. 1–2 und 7–9.

Wir bitten dringend, diese Nummer des „Vorwärts" zur Orientierung aufzuheben.

Alle auf die Wahlen Bezug habenden Anfragen werden im Gewerkschaftsbureau, „Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15, 1 Treppe, von 9–1 und 6–8 Uhr, beantwortet.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: A. Körsten.

Die deutsche Lehrer-Versammlung in Köln.

Der deutschen Lehrer-Versammlung, die in der Pfingstwoche in Köln stattfand, konnte man hinsichtlich der beiden zur Beratung stehenden und seit über Jahresfrist von den Zweigvereinen und Provinzial-Versammlungen diskutierten Verbandsthemen mit hohem Interesse entgegensehen. Eine mehr oberflächliche Betrachtung ist auch vielleicht mit den Resultaten des pädagogischen Kongresses durchaus zufrieden, wie denn auch gern anerkannt werden soll, daß besonders der erste Redner, Lehrer Beyer-Leipzig, der in mehr programmatischer Eröffnungsrede die „pädagogischen Rückblicke und Ausblicke an der Jahrhundertwende" erörterte, treffliche Worte über die Bedeutung der Schule im neuen Jahrhundert gefunden hat. Aber in Bezug auf die eigentlichen Beratungen — es wurde „die Bedeutung einer gesteigerten Volksbildung für die wirtschaftliche Entwicklung des Volks" und die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen erörtert — kann sich eine tiefergehende Kritik nicht der Erkenntnis verschließen, daß noch einmal die alte liberale Richtung in der Lehrerschaft einen Sieg über die junge socialpädagogische Strömung davongetragen hat.

Neu ist die Socialpädagogik in einer Beziehung, alt, viel älter sogar als die liberale Richtung in andrer Hinsicht; denn Plato, Comenius und Pestalozzi sind in ihrem Kern nichts andres als Socialpädagogen. Aber man hatte diesen Kern bei ihnen bislang nicht erkannt, der brave Dutzendpädagog sah geringschätzig auf die pädagogischen und socialen Utopien Platos herab, Comenius' großzügige socialpädagogische Schulorganisationspläne werden vielleicht in fünfzig Jahren einmal ernstlich auf ihre praktische Durchführbarkeit hin untersucht, und Pestalozzis sociales Glaubensbekenntnis, die „Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts", wurde erst vor einigen Jahren eigentlich neu entdeckt. Die liberale Pädagogik des neunzehnten Jahrhunderts hat mit diesem revolutionären Pronunciamento nichts anzufangen gewußt.

Erst als der Socialismus begann, über die Masse des Proletariats hinweg immer tiefer in bürgerliche Verhältnisse und Gedankenkreise revolutionierend einzugreifen, besann sich auch die Pädagogik auf ihre sociale Basis, erwachten auch die Volksschullehrer, zunächst allerdings nur noch in den besseren und selbständig denkenden Elementen zum socialen Bewußtsein. Sie lernten, daß ihre ganze Thätigkeit nur im Zusammenhang der socialen Gemeinschaft erst die richtige Beleuchtung erhält, daß der Lehrer die Pflicht hat, sich um die socialen Zusammenhänge zu bekümmern, wenn er seiner Aufgabe in der Gesellschaft gerecht werden will, daß er zu fragen hat: was trieben meine Schüler im vorschulpflichtigen Alter, was thun sie während der Schuljahre außerhalb der Schulzeit, was hat zu geschehen, um sie nach beendigter Schulzeit mit ruhigem Gewissen dem Leben übergeben zu können, was sind für pädagogische Maßnahmen für die heranreifenden Jünglinge zu ergreifen? Das ist ein grundsätzlich andrer Standpunkt wie der, den Diesterweg, lange Jahrzehnte der unangetastete Führer der Lehrerschaft, vertrat. Diesterweg war der konsequente bürgerliche Individualist, den es als Lehrer „garnichts angeht, welchem Berufe sich unsre Schulkinder dereinst widmen, wo sie den Schauplatz ihrer Thätigkeit aufschlagen werden, ob hier oder in andern Weltteilen; in welche Verfassungen Staaten sich kleiden, denen sie dereinst angehören."

Diese Wendung in der grundsätzlichen Auffassung der Pädagogik kam auch in den Lehrer-Versammlungen des letzten Jahrzehnts zum Durchbruch. Konnten die Lehrer 1897 auf ihrer Stuttgarter Versammlung noch eine so wertlose und bildungsfeindliche Frage wie die einjährige Militärdienstpflicht der Volksschullehrer diskutieren, so beschäftigten sie sich zwei Jahre später in Hamburg bereits mit der wichtigen Frage der Lehrplanreform. Fächer wie Volkswirtschaftslehre, Gesetzeskunde und andre klopften an die Schulthür und verlangten Einlaß. Da aber für sie kein Platz vorhanden war, die radikale Beseitigung überflüssiger Lehrfächer von den Lehrern jedoch nicht gewagt wurde, so kam kein erhebliches Resultat zu stande. Ein großer Schritt nach vorwärts auf der Bahn der socialen Bethätigung bedeutete dann im Jahre 1898 die Erörterung der erziehungsschädigenden Rückwirkungen der gewerbsmäßigen Nebenbeschäftigung von Schulkindern. Das Thema war mit erfreulicher Gründlichkeit und Arbeitsamkeit vorbereitet worden, die ganze Lehrerschaft hatte praktisch daran mit gearbeitet, indem sie das Material direkt aus der Praxis schöpfte, zusammenstellte und verarbeitete, und auf der Breslauer Versammlung wurde nach einem vorzüglichen Referat des Berliner Gemeindeschullehrers Fechner eine unzweideutige Resolution gegen die Kinder-Ausbeutung angenommen. Leider verhinderten die gleichzeitigen Reichstags-Wahlen die genügende Berücksichtigung dieser Verhandlungen seitens der Tagespresse, doch immerhin ist die breiteste Oeffentlichkeit und sind auch die maßgebenden Regierungskreise auf diesen abscheulichen Krebsschaden der heutigen Gesellschaft so deutlich hingewiesen worden, daß ein Vertuschen nicht mehr gewagt wird.

Es schien deshalb zuerst nur ein ganz konsequentes und gewolltes Vorwärtsschreiten auf derselben Bahn socialer Bestimmung zu sein, als der Lehrerverein für 1900 die oben erwähnten Verbandsthemen, die nach unsrer Auffassung innerlich eng zusammengehören, ankündigte. Die Untersuchung über die Kinderarbeit hatte die nahen Beziehungen zwischen Pädagogik und Socialpolitik aufgezeigt, jetzt galt es, diese Erkenntnis zu verbreiten und in die That umzusetzen. Es würde auch sicherlich manch erfreuliches Resultat erzielt worden sein, wenn man in der vorhergegangenen Diskussion und in Köln die Richtlinien respektiert hätte, die der schon erwähnte Lehrer Fechner gleich nach Bekanntgabe des Themas absteckte. Er warnte sowohl auf der einen Seite vor der naheliegenden Ueberschätzung der Bildung für wirtschaftlichen Fortschritt wie andrerseits vor der Unterschätzung der zwar der Schule nicht so kritiklos schmeichelnden, aber ehrlicheren, und darum auch nützlicheren materialistischen Geschichtsauffassung.

Aber sein Mahnruf ist nicht beachtet worden. Man folgte lieber einer andren Losung, die ebenfalls frühzeitig in die Diskussion geworfen wurde, und die zudem von einer volkswirtschaftlichen Autorität stammte, der zuzustimmen die socialpolitisch noch wenig geschulten Lehrer sich zur besonderen Ehre anrechneten: das war Schmollers bekanntes Wort, wonach der Kern der socialen Frage in der Dissonanz der Bildung, nicht des Besitzes beruhe. So haben denn die Populärschriftsteller unter den Lehrern und die geschickten Kompilatoren, allen voran der schier unheimlich produktive Tews, eine eifrige Thätigkeit nach der Richtung hin entfaltet, aus allen möglichen und unmöglichen Thatsachen des wirtschaftlichen Lebens der Gegenwart den Nachweis abzuleiten, daß eine erhöhte ökonomische Situation die Folge besserer Schulbildung, daß umgekehrt ein wirtschaftlicher Rückstand die Folge unzureichender Bildungsverhältnisse sei. Da Tews sehr belesen ist, so hat er, wie gern zugegeben werden soll, hierbei Materialien zu Tage gefördert, die an sich und auch bei richtiger Interpretation sehr wertvoll sein können, die aber vorläufig noch den Eindruck unbehauener Balken und Steinblöcke machen und für den eigentlichen Bau noch nicht zu gebrauchen sind.

Was der vorhergegangenen Diskussion aber am meisten zum Schaden gereicht und was auch die Beschlußfassung in Köln nachteilig beeinflußt hat, das ist die gänzliche Verzichtleistung auf die historische Grundlegung des Themas. Vielleicht hat dieses Versäumnis der Mangel an Zeit verschuldet, vielleicht aber auch die Unterschätzung der geschichtlichen Wechselbeziehungen zwischen Schule und Wirtschaft. Dabei kann man aber nur zu einer einigermaßen klaren Einsicht in die verwickelten Beziehungen zwischen der heutigen Volksschule und der Volkswirtschaft gelangen, wenn man sich über das historische Werden beider klar ist. Eine vorurteilsfreie Prüfung wird hierbei die die Richtigkeit des historischen Materialismus bestätigende Erfahrung machen, daß die Entstehung und Entwickelung der Volksschule stets im engen kausal-abhängigen Zusammenhang mit der Entwickelung des wirtschaftlichen Lebens vor sich ging.

Und auch heute wird nicht die Förderung der Volksbildung die wirtschaftliche Entwickelung vorwärts bringen, wohl gar bis zur Lösung der socialen Frage. Sondern die eigenartige Weiterbildung des wirtschaftlichen Organismus in Verbindung mit der thatkräftigen Aufwärtsbewegung der Nächstbeteiligten, der Arbeiter, erzwingt die Ausdehnung der Volksbildung im Widerstreit mit den Interessen des maßgebenden Bürgertums. War im Laufe der Geschichte die individuelle selbständige Beteiligung am Produktions- und Konsumtionsprozeß die Vorbedingung und Ursache der Herbeiführung und Erweiterung der Bildung, war deshalb die Unterjochung des im Mittelalter selbständigen Handwerkers unter das Machtgebot des Kapitalisten in der Manufakturperiode der Grund für den Niedergang und den Tiefstand des im Mittelalter bereits trefflich organisierten Volksschulwesens in Deutschland bis in das 19. Jahrhundert hinein, so beginnt seit jener Zeit wieder eine Vorwärtsentwicklung des Volksbildungswesens, seitdem durch die Socialisierung der Produktion in Verbindung mit der Ausschaltung der Bedeutung des Einzelnen die aus denkenden Individuen gebildete Gesamtheit den Produktionsverlauf zu übersehen beginnt.

Damit ist aber auch die Richtung deutlich gekennzeichnet, die die Erziehung der Zukunft einschlagen wird. Bewußte und gewollte Anteilnahme der zu organisierter Gemeinschaft vereinigten Individuen an der Produktion, an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, ist das Charakteristikum im wirtschaftlichen Leben, die pädagogische Folge muß und wird sein: Einführung der „Arbeit" in die Erziehung, Organisation der Erziehung im Sinne der möglichst günstigen Befähigung des Zöglings, sich im socialen Produktionsprozeß im allgemeinen, in seinem freigewählten, ihn am besten zusagenden Specialberuf im besonderen zurechtzufinden. Das ist keine Nützlichkeitspädagogik, wie sie in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts propagiert wurde, es ist aber die Bestätigung dessen, was schon vor mehr als dreißig Jahren die Theoretiker des Socialismus auf dem Genfer Kongreß der „Internationalen" forderten: In einem rationellen Zustand der Gesellschaft solle jedes Kind ohne Unterschied vom 9. Jahre an ein produktiver Arbeiter werden, doch unter der Bedingung, daß mit jeder produktiven Arbeit Bildung verbunden sei. Die Bildung sei eine dreifache, eine geistige, körperliche und „polytechnische"; letztere solle dem Kind die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilen und es in den praktischen Gebrauch der elementaren Instrumente aller Gewerke einführen. „Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Bildung, körperlicher Uebung und polytechnischen Unterrichts wird die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben."

Damit haben wir auch schon unser Urteil über die Ergebnisse der Kölner Lehrer-Versammlung genügend gekennzeichnet. Die Behandlung des ersten Themas ist nicht über den vielleicht von vornherein beabsichtigten opportunistischen Zweck hinausgekommen, durch ein zwar erfreulich radikales und weitgehendes Referat und durch Annahme einer entsprechenden Resolution gegen die von Jahr zu Jahr ungenierter sich geberdende ultramontan-ostelbisch-reaktionäre Bildungsfeindlichkeit zu protestieren. Aber Referat wie Resolution atmen durchaus bürgerlich-liberalen Geist, der sociale Gedanke schlägt höchstens ein wenig in der zahmen, honetten Form der Rickert und seiner Kollegen vom „Verein für Volksbildung" hinein.

Wem das nicht glaubhaft erscheint, der betrachte das Ergebnis des zweiten Verhandlungsgegenstands, der schulpädagogischen Berechtigung des Handfertigkeits-Unterrichts. Welche Bedeutung wir zwar nicht dem „Handfertigkeits-", wohl aber dem weitergehenden „Arbeits-Unterricht" zumessen, haben wir eben gesagt; und wenn wir nun auch noch im Zweifel darüber wären, ob wir seine Einführung in den heutigen veralteten und überlasteten Lehrplan befürworten oder lieber erst eine spätere gründliche Umänderung der Schulorganisation abwarten sollen, so kann es für uns doch keine Frage sein, den Arbeitsunterricht geradezu als Rückgrat der Erziehung grundsätzlich auf das wärmste und dringendste zu empfehlen. Der Lehrerverein hatte leider schon dadurch, daß er das Referat über dieses Thema dem schroffsten Gegner des Arbeitsunterrichts, sowie überhaupt der neueren socialpädagogischen Strömung, dem Frankfurter Lehrer Ries, übertragen hatte, den nunmehr gerechtfertigten Verdacht wachgerufen, daß er es auf die Verneinung des Arbeitsunterrichts absehe. Daß aber diese Ablehnung in einer formell so dürftigen und inhaltlich so unzugänglichen und abstoßenden Weise geschehen würde, wie es thatsächlich der Fall war, das hätte man doch nicht erwarten sollen, besonders da für den Handfertigkeitsunterricht tüchtige und sachkundige Männer eintraten, während sich die Gegner meist nur auf das Gewicht ihrer zumeist vorher gebundenen Stimmen verließen.

So bedeutet die diesjährige Kölner Lehrer-Versammlung in socialer Beziehung eher einen Rückschritt als einen Fortschritt gegen ihre Breslauer Vorgängerin. Wenn wir trotzdem nicht trübe in die pädagogische Zukunft sehen, so deshalb, weil wir der jungen socialpädagogischen Strömung in der zeitgenössischen Pädagogik und unter den Lehrern so viel Kraft und Zähigkeit zutrauen, daß sie sich durch den jetzigen Mißerfolg nicht entmutigen, sondern im Gegenteil uns zu neuem Eifer und Vorwärtsdrängen anspornen läßt. Sie darf sicher sein, daß sie sich dabei im Einklang mit der sonstigen gesellschaftlichen Entwicklung befindet, und daß ihr die Zukunft gehört.

Heinrich Schulz-Erfurt.

Oestreichischer Gewerkschaftskongreß.

Wien, 13. Juni.

Der Kongreß hat heute über die „gemischten Gewerkschaften" entschieden. Wie bereits berichtet, haben die großen centralisierten Gewerkschaften verlangt, daß diese Organisationsform aufgehoben werde. Der Kongreß hatte jedoch bereits gestern den principiellen Beschluß gefaßt, die „gemischten Gewerkschaften" nur umzugestalten und hatte die Ausarbeitung eines „Regulativs" einer eignen Kommission übertragen. Diese Kommission erstattete heute den Bericht. Nach dem neuen Regulativ, das einstimmig angenommen wurde, wird die Gewerkschaftskommission beauftragt, die „gem. Gew." in einen Reichsverband zusammenzufassen, und zugleich mit der Leitung dieses Verbands betraut. Die Vereine haben ihre Mitglieder den betreffenden Fachvereinen resp. Industrieverbänden zuzuführen und von ihnen die von den Fachvereinen vorgeschriebenen Beiträge einzuheben, für sich aber nur jenen Betrag zu behalten, der bei dem betreffenden Industrieverband den Ortsgruppen überlassen wird. Wenn in einem Ort eine Ortsgruppe eines Industrieverbands besteht, darf die gemischte Gewerkschaft Mitglieder dieser Berufe nicht aufnehmen. Alle gemischten Gewerkschaften, die sich diesen Bestimmungen nicht fügen, sind aus der Gesamtorganisation der Gewerkschaften auszuschließen.

Man sieht, daß eigentlich nur mehr die äußere Form der gemischten Gewerkschaften belassen wurde, daß aber faktisch der Forderung der großen Gewerkschaften nach allmählicher Umwandlung derselben entsprochen ist.

Die heutige Sitzung war zum größten Teil mit der Beratung über die „Aufgaben der Gewerkschafts-Kommission" ausgefüllt. Hier handelte es sich darum, die Gewerkschafts-Kommission zu befähigen, entgegen den Wünschen der kleinen Lokalvereine eine centralistische Gewerkschaftspolitik durchführen zu können. Die Kommission hat hier den Mittelweg zwischen den Wünschen der Lokalvereine und der großen Unionen eingeschlagen, wodurch es in der gestrigen Sitzung zu Konflikten mit den großen Unionen kam, die übrigens von der Stärkung der Gewerkschaftskommission einen Nachteil für sich befürchteten. Die gestrigen Beschlüsse hatten übrigens heute noch ein Nachspiel. Gestern hatte der Kongreß nämlich einen Antrag der Metallarbeiter abgelehnt, der besagt, daß Berufsorganisationen, die sich weigern, ihrem Industriegruppen-Verband beizutreten, von der Gewerkschaftskommission als Mitglieder nicht aufgenommen werden dürfen. An Stelle dieses Antrags war eine Art Schiedsgericht im Fall der Weigerung festgesetzt worden. Die Metallarbeiter fürchteten nun, daß dadurch der heutige Zustand sanktioniert werden würde, unter dem zahlreiche Organisationen den Beitritt zu ihrem Industrieverband einfach verweigern.

Nach der gestrigen Sitzung hatten sowohl die Vertreter der Metallarbeiter, als die der Union der Glas- und keramischen Arbeiter Beratungen abgehalten, um über ihr weiteres Verhalten schlüssig zu werden. Im Verlauf der heutigen Sitzung gaben nun die Vertreter der keramischen Union eine Erklärung ab, in der sie gegen den Beschluß, den sie als schädlich für die weitere Entwicklung der östreichischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnen, auf das entschiedenste protestieren. Eine ähnliche Erklärung verlasen auch die Metallarbeiter, und fügten noch hinzu, daß sie unter diesen Umständen ihrem nächsten Verbandstag den Austritt aus der Gewerkschaftskommission empfehlen würden. Es gab eine hitzige Debatte. Die Gewerkschafts-Kommission zog sich zu einer Beratung zurück und beschloß eine Gegenerklärung, daß sie principiell auf dem Standpunkt des Antrags Beer (Antrag der Metallarbeiter) stehe, daß aber die Differenz zwischen dem gefaßten Beschluß und diesem Antrag lediglich darin bestehe, daß die Gewerkschafts-Kommission die Möglichkeit haben will, in jedem einzelnen Fall durch ihre vermittelnde Thätigkeit auf die Beseitigung der der Centralisation entgegenstehenden Hindernisse hinzuwirken.

Mit dieser Erklärung war die Angelegenheit vorläufig erledigt. Voraussichtlich wird bis zum nächsten Verbandstage der Metallarbeiter diesen die Ueberzeugung beigebracht sein, daß ihre Befürchtungen unbegründet sind, so daß der angedrohte Austritt der Metallarbeiter aus der Gewerkschaftskommission nicht ausgeführt werden wird.

Bei Beratung der „Aufgaben der Gewerkschafts-Kommission" handelte es sich hauptsächlich um die von der Gewerkschaftskommission geforderte Erhöhung der durch die einzelnen Organisationen an sie abzuführenden Beiträge von 2 auf 3 Heller pro Mitglied und Monat. Dagegen hatten sich anfangs die Metall-

arbeiter gesträubt, sie gaben aber schließlich doch den Widerstand auf, jedoch nur unter der Bedingung, daß diese Erhöhung erst vom nächsten Jahr an Geltung haben solle und daß den Landessekretariaten das Recht auf Einhebung selbständiger Beiträge entzogen werde. Die Kommission erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden.

Im Verlauf der Debatte ergriff auch der Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Legien das Wort. Seine nahezu einstündige Rede wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und blieb auf die Abstimmungen nicht ohne Einfluß. Legien schilderte dem Kongreß die Kämpfe zwischen den lokal- und centralorganisierten Gewerkschaften in Deutschland, die mit dem Siege der letzteren geendet haben. Er setzte dann den Unterschied zwischen der deutschen Generalkommission und der östreichischen Gewerkschaftskommission auseinander. Die Generalkommission ist ein Ausfluß der Thatsache, daß die starken Gewerkschaften eine Verbindung mit einander haben müssen, die östreichische Gewerkschaftskommission aber soll erst Organisationen schaffen. Deshalb müsse man ihr auch die Mittel dazu geben. Der Redner kam hierbei auch auf die Frage der unpolitischen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen und erklärte, daß die centralorganisierten Gewerkschaften sagen, die Gewerkschaftsorganisation müsse in Bezug auf religiöse und politische Stellungnahme neutral sein. Damit ist nicht gesagt, daß sie antisocialistisch wäre. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß der Gewerkschaftskampf ein Klassenkampf ist, daß er, ohne daß man Politik treibt, schließlich doch die Arbeiter von selbst zu jener Partei führen wird, die die Vertreterin der Klasseninteressen der Arbeiter ist. Nicht der Name ist die Hauptsache, sondern die Arbeit, die geleistet wird, nicht die Form sondern der Geist, der in den Gewerkschaften lebt. — Gen. Legien schloß mit der Hoffnung, daß der nächste Kongreß nicht nur die Durchdringung der Delegierten mit dem Organisationsgedanken zum Ausdruck bringen möge, sondern daß auch durch die weitere Durchführung der Centralisation die Vertretung der östreichischen Gewerkschaften sagen könne: Wir haben eine Macht hinter uns, eine Macht, mit der unter allen Umständen gerechnet werden muß. (Stürmischer Beifall.)

Die Holzarbeiter hatten den Antrag gestellt, daß die Gewerkschaftskommission auf dem Kongreß gewählt werden solle. Bisher bestand sie aus den Vertrauensmännern der Industriegruppen. Die Gewerkschaftskommission, die anfangs den bestehenden Zustand aufrecht erhalten wollte, acceptierte diesen Antrag, der zur Folge hat, daß die Gewerkschaftskommission von den schwächeren Industriegruppen unabhängiger wird und daß sie jetzt erst dem Kongreß wirklich verantwortlich sein wird.

Bei der Abstimmung wurden die Erhöhung der Beiträge an die Kommission sowie die von der Kommission acceptierten Anträge der Metallarbeiter und Holzarbeiter nahezu einstimmig angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß man die Organisation der in kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter energisch betreiben solle. Auf Antrag der Bergarbeiter wurde ausgesprochen, daß die in einzelnen Revieren gegründeten separatistischen Bergarbeiter-Organisationen nicht anerkannt werden.

Damit war die heutige Sitzung zu Ende. Morgen kommt der 4. Punkt (Streik, Boykott und tarifliche Vereinbarungen) zur Verhandlung.

Vermischtes.

Der größte Teil des Regierungsbezirks Osnabrück und die benachbarten Teile der Provinz Hannover und der Provinz Westfalen sind am Mittwoch von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht worden, welches auf den Feldern großen Schaden angerichtet hat.

Massenerkrankungen infolge des Genusses von gesundheitsschädlichem Fleisch sind seit dem Pfingstfest in der märkischen Stadt Betschau vorgekommen; die Krankheitssymptome sind leider recht schwerer Natur, sie gleichen Vergiftungserscheinungen. Die Familien, die von der Erkrankung ergriffen sind, haben den Pfingstbraten von ein und demselben Fleischer bezogen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der Schnelldampfer „Deutschland" ist, wie man aus Stettin meldet, nach kurzer Fahrt neuerdings wieder festgefahren.

Drei Bergarbeiter verunglückt. Auf dem Bismarckschacht der Königsgrube bei Kattowitz verunglückten drei Bergarbeiter durch einen Sprengschuß. Einer wurde sofort getötet, die beiden andern sind schwer verletzt.

Waldbrand. Der sich rings um die Stadt Kaschau hinziehende große Wald brennt, wie ein Telegramm von dort meldet. Anscheinend liegt Brandstiftung vor. Das Czermelythal steht bereits in Flammen. Das Feuer greift schnell um sich. Feuerwehr, Militär und Polizei arbeiten an der Lokalisierung des Brands. Die Bewohner der umliegenden Dörfer sind zur Hilfeleistung beordert.

Abstürze. Am Mürtschenstock im Glarnerland sind Sonntag zwei Studenten der Chemie vom Polytechnikum Zürich abgestürzt. Die ausgesandte Hilfsmannschaft fand am Dienstag zuerst nur einen Rucksack und am Mittwoch endlich die beiden Leichen. Die Verunglückten heißen August Kopelhuber von Tamins (Graubünden) und Eduard Salinger von Zürich. Kopelhuber stand unmittelbar vor der Doktorprüfung.

Aus Kopenhagen ist gestern das Polarfahrzeug „Antarctic" mit der unter Leitung des Marinelieutenants Amdrup reisenden, aus 10 Mitgliedern bestehenden dänischen Ost-Grönlands-Expedition an Bord abgereist. Der Zweck der Expedition ist die Erforschung der Küstenstrecke zwischen Kap Brewster und der Aggas-Insel, sowie der Gegenden bei Scoresby-Sund und Angmagsalik.

Selbstmord eines Grafen Thun. In Innsbruck hat sich in seiner Wohnung der Staatsbahn-Assistent Johann Graf Thun-Hohenstein erschossen. Was den jungen Mann — er war 1877 zu Salzburg geboren — in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt. Der Selbstmörder lebte noch eine Stunde und verschied im Spital, wohin er bei voller Besinnung gebracht worden ist, nach furchtbaren Schmerzen. Seine Mutter wurde telegraphisch aus Salzburg berufen.

Feuer in der Pariser Weltausstellung. In dem Annex der Weltausstellung in Vincennes bemerkten, wie dem „Berl. Tgbl." berichtet wird, in der letzten Nacht die Wächter einen Feuerschein im Innern des Gebäudes, in welchem Eisenbahnwaggons Deutschlands und Oestreichs ausgestellt sind. Sie fanden den Holzfußboden in Flammen und alarmierten die andren Wächter. Es gelang, den Brand zu löschen, ehe er die Waggons und Maschinen erreicht hatte. Der Kommissar, der am Morgen den Ort absuchte, fand einen Holzkloben, der in eine leicht entzündbare Flüssigkeit getaucht war. Das Feuer war also anscheinend angelegt. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 15. Juni.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Die Puppe. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Die beiden Schützen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Berlin nach Elf. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Specialitäten-Vorstellung. Vorher: Meyer auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theatersaal): „Von den Alpen zum Vesuv".

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Freitag, abends 7½ Uhr: **Die beiden Schützen.** Komische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing.
Sonnabend, abends 7½ Uhr: (bei halben und ermäßigten Preisen) **Der Freischütz.**
Sonntag, abends 7½ Uhr: **Die beiden Schützen.**

Central-Theater
Anfang 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Berlin nach Elf.
Gr. Posse in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schlager: **Eisenbahn-Quartett! Cordula! Aufzug der Parfums.** (Blendendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: **Berlin nach Elf.**

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Täglich:
Am Spieltisch des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Garten: Specialitäten, Theater und Konzert. Neues Juni-Programm. 25 kolossale Nummern Anf. 5½ Uhr.
Sonnabend: Sommernachtsfest.

Halensee.
Sommer-Theater „Kurfürstenpark"
Ludwig Kluge.
Artist. Leitung: Direktor Oskar Wagner.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Burleske von Oskar Wagner. Musik von Fritz Krause. [48592*

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit !!
Neu! Neu!
Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft „Senescu".
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.
Riesen und Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7—10½ Uhr.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich
Theater und Specialitäten-Vorstellung.
Der Soldatenfeind.
Schwank in 1 Akt von Höppner.
Neu! **Grüne Jungs.** Neu!
Operette in 1 Akt von Ely. Musik von Holländer.
Im Saal: Großer Ball.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Ferner:
Iben Obed — Frères Hoste.
Neu! Neu! **Bernhard Mörbitz.** Neu! Neu!
Brothers Morelli — Eva Haller.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:

Norddeutsche Sänger
(Führmann, Horst, Walde).
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets 3 Stück 1 M.
Bons nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Schweizer Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater, Specialitäten, Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 9¼ Uhr: „Es ist erreicht".
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Rüdersdorfer Straße 71 am Küstriner Platz.
Täglich Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntags 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 20 Pf.
Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrsitz Nachzahl. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Etablissement „See-Terrasse"
Röderstrasse 6, zwischen Landsb. Allee (Steuerhaus) und Lichtenberg.
Grösstes und vornehmstes Sommer-Etablissement Berlins.
Erstrangige Konzerte.
Gondel-Korso auf dem herrlichen 3½ Morgen grossen See.
Variété-Theater. ✻ 4 grosse Kegelbahnen.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosses Tanz-Kränzchen.
Aussichtsturm. Grosse Luftschaukel. Kinder-Sportplatz.
Entree { Sonntags und Wochentags 10 Pfg. / an Feuerwerkstagen . . . 20 „ / an Elite-Tagen . . . . . 50 „ } Kinder frei.
DEUTSCHE TERRAIN-GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN — See-Terrasse Lichtenberg b/Berlin

Im Zoologischen Garten
Ausstellung unsrer neuesten Landsleute
SAMOANER
Samoanisch. Dorf im Kranze grüner Palmen.
Eingeborne aus Samoa: Männer, Frauen, Kinder. Häuptlinge. Dorfjungfrau.
Krieger in vollem Kriegsschmuck.
Hochinteressante, einzig in der Welt dastehende Vorstellungen!
Grosse ethnologische Sammlung!
Geöffnet v. 9—12 u. 3—8 Uhr. Vorführungen: 11, 3½, 5, 6½ Uhr. Einlagen nach Bedarf.
Entree: Eingang am Bahnhof Zoolog. Garten 50 Pf., Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15.
Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Hübele Troupe — Brothers Lülsdorf — Miß Ella — Mr. Alphons — Karl Kramer — Minna Schön (erstklassige Specialitäten).
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand ꝛc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Kliem.

Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Heute zum erstenmal:
Sündige Liebe.
Sittendrama in 4 Akt. v. A. Steinmann.
!! Kleine Preise !!
Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich: **Der wilde Jäger,** rom. Sage m. Gesang u. Tanz in 4 Abt. v. Hugo Schulz, Musik v. A. Kersten. — Ballett unt. Leitung d. Ballettmeisterin Frl. Döring. — Auftreten d. Excentric-Chansonnette Molly Berch, d. Grotesque-Duettisten Gebr. Milardo, Tauma-Quartett, Ueberle-Truppe, Akrobaten, Brothers Lebré, Perche-Akrobaten, Fred u. Max, Chinesen. The Greenwood, Pantomime: „Die musik. Schmiede". — Konzert. — Im Saale: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Billigste Familien-Unterhaltung.
Wochent. abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
Italien. Janitscharen-Bande Rocco. Tyroler Alpensänger Michel Höpp. Rumänisches Orchester Laser. Oestreichische Damenkapelle Hangard. Theater-Abteilung: Abends 7½ Uhr.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.
Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Künstler I. Ranges. — Im renovierten Saale: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.

Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei
Emil Cantieni. [48950*
Colbergerstr. 19. T.-A. II. 2369.
Prima Malz- u. Weißbier zum Selbstabfüllen, bestes und billigstes Familiengetränk a Ltr. 10 Pf., Versand in Fässern a 5 u. 10 Ltr. frei Haus.

Montag, den 25. Juni, früh 8½ Uhr,
Abfahrt: Stralauerbrücke 5:
Dampfer-Partie
mit Musik
nach Gesellschaftshaus „Dämeritz-See" in Hessenwinkel.
Preis für Hin- und Rückfahrt (inkl. See-Rundfahrt): 1 Mark. schulpflichtige Kinder 50 Pf.
Der sich ergebende Ueberschuß ist zum Besten des Baufonds der Freireligiösen Gemeinde bestimmt.
Billets werden nur in beschränkter Anzahl ausgegeben, und sind nur bis spätestens 15. Juni in den bekannten Billetstellen der Freireligiösen Gemeinde und bei den unterzeichneten Arrangeuren zu haben; nach diesem Tage nur (soweit noch Platz) bei den Unterzeichneten. 62/6
A. Hoffmann, Blumenstr. 14, I. W. Mohs, Am Oberbaum 2.
H. Peege, Rüdersdorferstr. 48, Quergeb. II.

Für Dampferpartien!
„Zum Sportshaus" in Ziegenhals bei Zeuthen. (Vorortstation der Görlitzer- u. Stadtbahn.
Neu eröffnet! Gänzlich renoviert!
Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampfersteg.
Juni, Juli und August noch Sonnabende und Sonntage frei.
46392* Jede Auskunft, auch per Telephon.
Hugo Engel, Berlin O., Tilsiterstr. 87. Tel.-Amt VII Nr. 3242.

Metropol-Theater.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Erfolg dieser Saison.
Der Zauberer am Nil.
Burleske Ausstattungs-Operette mit dem feenhaften hochoriginellen
Mumien-Ballett.
Vorher:
das vollständig neue brillante Juni-Specialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

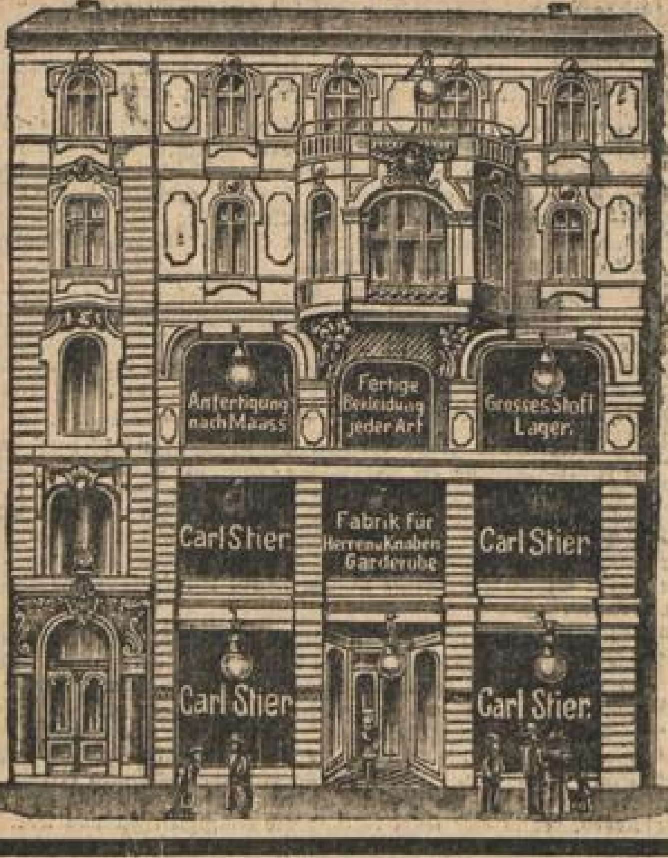
Schultze,
Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-, Harn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufsstörung. 3973L*
Sprechstunden 9—2 u. 5—9.
Donnerstagvormittag keine Sprechstunde.
Bei Vorzeigung der Verbandskarte 10 Proz.

Haut- und Harn-Leiden
heilt 39662*
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker, Georgenkirch-Platz Nr. 21.
Sprechst. 10—1½ u. 5—8.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten:
(vornehmstes u. großartigstes Sommer-Etablissement der Residenz). Alt anerkannte Sehenswürdigkeit Berlins.
Grosses Militär-Doppel-Konzert.
(1. Garde-Dragoner.)
Specialitäten-Vorst. 1. Ranges.
Weltbekannte Illumination.
!!! Sensationelle Neuheit !!!
Im Märchenwalde.
(Elektrischer Feenhain.)
Anf. 6 Uhr. Eintr. 75 Pf. Ende 11 Uhr.
NB. Bei ungünstiger Witterung findet die Specialitäten-Vorstellung im Theater statt.

Allerweltsfreund
magenstärk. kräftiger Special-Likör gr. Champagnerfl. inkl. 1.25 M. nur
110 Brunnenstrasse 110
(neben dem Strahenbahn-Depot)
bei Ignatz Sello. Ferner frischen Maitrank, ½ Fl. inkl. 50 Pf.; alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (¾ Ltr.) a 80 Pf., Halb und Halb, feinste Likörmischung, pr. ½ Champagner-Fl. inkl. 90 Pf., Himbeer-, Kirsch- ꝛc. Säfte, rein u. dick eingekocht, per Liter 1.10 M., süßen Ungarwein, Orig.-Fl. (½ Liter) incl. von 90 Pf. an, sowie sämtl. Weine, Cognac, Rum, Liköre im Einzelverkauf, auch eingemessen nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle. *
110 Brunnenstraße 110.
Filiale: Kastanien-Allee 27.

Zahn-Klinik Dr. beliebige Teilzdlg.
Frau Olga Jacobson, Dent.
82/6*] Invalidenstr. 145.



Herren- und Knaben-Garderobe

von

Carl Stier

Berlin SO. Oranien-Str. 166 — Berlin SO. Oranien-Str. 166 — 4488L*

Zur **Sommer-Saison** empfehle meine durchweg **sauber gearbeiteten** und **elegant sitzenden Fabrikate** zu nachstehend **billigen** Preisen:

Neu aufgenommen:

Wasserdichte Paletots in gummierten Doppelstoffen zum Preise von 25.—, 30.— etc. Mark.

Aus porösen Lodenstoffen 12.—, 15.—, 18.—, 22.50, 27.—, 30.— etc. Mark.

Herren-Sommer-Paletots, nur beste Qualität, saubere Verarbeitung: 14.—, 15.—, 18.—, 20.— bis 36.— Mark.

Herren-Hosen, elegant im Schnitt und sauber gearbeitet: 3.—, 3.50, 4.—, 4.50, 5.—, 5.50, 6.—, 7.50, 8.50, 12.— bis 16.50 Mark.

Herren-Anzüge, tadellos im Sitz, nur solide, dauerhafte Stoffe, in Jackett-, Rock- oder Gehrock-Façon: 15.—, 17.50, 20.—, 22.50, 25.—, 30.—, 35.— bis 50.— Mark.

Feste Preise! Solide Arbeit! Eleganter Sitz! Dauerhafte Stoffe!

Sport-Anzüge, Herren- u. Knaben-Joppen, Havelocks, Mäntel, einzelne Röcke und Jacketts zu sehr billigen Preisen.

Nach auswärts sende Muster und Massanleitung frei zu. — Zahlreiche unverlangte Anerkennungen sind ein Beweis für den guten Sitz und tadellose Ausführung meiner Fabrikate.

Fahrräder.

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl. ohne Preiserhöhung zu den coulant. Zahl.-Beding. Katal. gratis. **Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.**

Adomeit & Landau

Lothringerstraße 48 I. Dicht am Rosenthaler Thor.

Natur-Heilverfahren. Haut-, Harn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3978L* **R. Wagner,** Invalidenstr. 151/I (fr. Wallstraße 23.) 9-2, 5-9, Sonntags 9-2.

Charlottenburg. **M. Schmerberg** [4098L* **Wilmersdorfer-Strasse 127,** Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. **Optische Artikel.** Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

Grösstes Geschäft

der

Schönhauser- u. Prenzlauer-Vorstadt

für

Herren- u. Knaben-Garderoben.

Vollständig neu umgebaut und ganz bedeutend vergrößert. Sämtliche Sachen nach Maß sowie fürs Lager werden in eignen Werkstätten angefertigt.

Die Preise sind sehr billig aber fest, ohne jeden Abzug. — Stoffe zur Maßanfertigung liegen in ganzen Stücken zur Ansicht. 4621L*

Hugo Opitz, Schneidermeister,
Berlin N., Franseckistrasse 13,
nahe der Schultheiß-Brauerei.

Detail-Verkauf der

Deutsch-Amerikanischen Schuhfabrik

(G. m. b. H.)

Frankenstr. 9 (Fabrik).
Gr. Frankfurterstr. 103 am Straußberger Platz.
Oranienstr. 162 am Oranien-Platz.
Rosenthalerstr. 42 am Hackeschen Markt.
Müllerstr. 3 vis-a-vis der Gasanstalt.
Wilsnackerstr. 10 nahe Turmstraße.

Wir machen besonders auf unsern Arbeiterstiefel **„Vorwärts“** aufmerksam. [4896L*

Specialität:
Herrenstiefel
gewalkt
von **Mk. 3,90** an.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste** u. **wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

Hauptdepot in **Berlin** (20 Pf.) **Salomon-Apotheke**, Charlottenstraße. **München: Schützen-Apotheke. Stuttgart: Hirsch-Apotheke. Breslau: Victoria-Apotheke.** 4619L*

Geschäftliche Mitteilung.

R. Grüns 4627L*

langjährig bestehendes **Schuhwaren-Geschäft,** früher **Andreas-Strasse**, hat seine Verkaufsräume nach **Frankfurter-Strasse 134,** neben dem **Carl Weiss-Theater**, verlegt und bedeutend erweitert. Gleichzeitig giebt die Firma bekannt, daß sie zukünftiger Lieferant der Rabatt-Sparvereine Oststadt und Nordost werden wird.

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 19/20. Empfehle meine **Säle** zu Versammlungen. September und Oktober noch einige Sonnabende und Sonntage frei. [1890L*

Gründruck	10 Stck.	20	Pf.
Kupferdruck	10	30	„
Silberdruck	10	40	„
Golddruck	10	50	„

[4781L*

Mephisto-Cigaretten sind unstreitig die besten!!

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Sonntag, den 17. Juni:

Gr. Dampfer-Extrafahrt

mit Musik

nach Woltersdorfer Schleuse (Restaur. Holldorf).

Fahrpreis hin und zurück **1 M.** Einfache Fahrt **75 Pf.** Abfahrt 10 Uhr vormittags. Rückfahrt 8 Uhr abends. Abfahrtstelle: An der Stralauerbrücke 5. Billets sind am Bord des Dampfers zu haben.

L. Kahnt Nachfl. Johann Schulze, Dampfschiffsreederei, [4901L* **An der Fischerbrücke Nr. 17. Telephon: I. 2869.**

Johannisthaler Volksgarten, Johannisthal, Köpnicker- u. Friedrich-Strassen-Ecke. Im neuerbauten Saal jeden Sonntag **TANZ.** Kaffeeküche, Kegelbahn, große Ausspannung. Garten. Speisen und Getränke in bekannter Güte. 4795L* **August Senftleben.**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant (Zahlstelle) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Warschauerstraße 63 im Schanklokal.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †30*

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Steglitz. Schloßstraße 76, Ecke Flensburgerstraße: Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Hamburg.

Betten. Steppdecken, Gardinen spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Remontoiruhren. Regulatoren spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Teppiche, spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 21/9*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †30*

Damenbüsten billig Hülß, Weinbergsweg 13b. 918b

Verbindungsstich 16, Spiegelspind, Wäschespiegel 14, Bettstellen, reelle Matratzen, Sofas, Muschelspinden, wirklich preiswert! Grüner Weg 81, im Keller. 1437b*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager vierhundert Maschinen, Bahnrenner, 18 Pfund, Straßenrenner, Luxus-Damenräder, Zweisitzer, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik „Imperial“ Dieffenbachstraße 33. [1808L*

Milchgeschäft mit Rolle verkauft Krüger, Müllerstr. 163a. 1178b

Betten, prachtvoller Stand, 12,00, zweischläfrig 16,50. Gubenerstraße 3, Pfandleihe. †150*

Fahrräder, erstklassig, zu Engrospreisen (auch Teilzahlung). Musterlager, Kommandantenstraße 46 I. *

Kinderwagen 9,—, 15,— bis 100,— „Baby“, Invalidenstraße 160 (Brunnenstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise. [1458*

Kinderwagen. Riesen-Auswahl. „Baby“, Frankfurterstraße 115 (Andreasstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderwagen, überall Riesenauswahl. „Baby“, Spandau, Potsdamerstraße 20. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Sportwagen. „Baby“, Brunnenstraße 92. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Bettstellen 8,— bis 60,—. „Baby“, Chausseestraße 8. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderstühle. „Baby“, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 55. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Preiserhöhung. „Baby“, Oranienstraße 31 (Adalbertstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Bettstellen. „Baby“, Reinickendorferstraße 2d. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Sportwagen 5,— bis 30,— „Baby“, Friedrichstraße 18 (Besselstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.

Gaskocher. Sparsystem, Zweiloch 6,00, Dreiloch 10,00, Gasbratöfen 12,00, Gasplätteisen, Schneider-Bügelapparate billigst. Teilzahlung. Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. (Kein Laden.) 1329b

Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwarzkopffstraße 15. †131*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte, Landsberger, Landsbergerstraße 35, kein Laden. 1444b*

Abessinier Feld-, Gartenbrunnen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kauffmann, Müllenhoffstraße 19, am Urban. [21/18*

Bayrischbier 45 Flaschen 3 Mark, Brauerei Andreasstraße 63. [1232b

Lebendes Fischfutter Gräfestraße 5. *

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Wegen Todesfalls meines Mannes ist die Schankwirtschaft, Ebelingstraße 9 (Baugegend) billig zu verkaufen. [1462b

Papierhandlung Schreib-, Zeichenmaterial, altes Geschäft, erforderlich 2000 Mark. Adressen O. R. Postamt 90. [1461b

Nähmaschine, preiswert, Borsigstraße 7, vorn, Hannemann. [23/17

Bettstelle mit Matratze, 15 M., verkauft Büschingstraße 8 parterre rechts. 1471b

Vogelspind. Sitzwanne verkauft Günther, O., Gürtelstraße 26a. [†147

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 1360b*

Violin-, Klavier-, Piston-, Cello-Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.

Zitherspieler willkommen. Sonnabendabend Zitherklub Hannoverschestraße 16. 1450b

Uhren repariert Wilhelm Fiebe, Uhrmacher, Putbuserstraße 45. [146*

Rechtsschutz erteilt Gnadt, Ruppinerstraße 41. [†70*

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Fuhren jeder Art fährt billigst Otto Damel, Hedemannstr. 2, Kohlenhandlung. 962b

Vereinszimmer empfiehlt Vier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer m. Pianino Glaue, Krausenstraße 18. [210b

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. 174K*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle Dresdenerstraße 38, Bierenté. 23/19

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Mulackstraße 27. *

Stellenangebote.

Barockvergolder und Farbigmacher finden dauernde Beschäftigung Goldleistenfabrik Alexandrinenstr. 25.

Farbigmacher verlangt Krisan, Kottbuser Ufer 32. 1429b

Tüchtiger Hornbieger wird gesucht Elsässische Horndrechslerei, J. Kauffmann, Mülhausen i. E. 1978L*

Tüchtige Farbigmacher bei dauernder Beschäftigung verlangt Goldleistenfabrik Alexandrinenstraße 25. [1453b

Geübte Sattler gesucht Luckauerstraße 11, Treibriemenfabrik Ernst Schulz. 2048L*

Klavierspieler für Sonnabend und Sonntag sucht Martsch, Koloniestraße 124. [†90

Buchbinder, perfekt im Musterkartenkleben verlangt H. Sternberg jr., Meyerbeerstraße 1—4. 23/18

Ein Buchbinder, welcher schon in der Musterei der Webwarenbranche thätig war, findet dauernde Stellung. Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit sub H. 5 Expedition des „Vorwärts“. 1463b

Bügler auf bessere Knabenanzüge verlangt Dünnebier, Holzmarktstraße 21, vorn IV. 1460b

Gummiarbeiter verlangt Gummiwaren-Fabrik Gartenstraße 167/168.

Zwei Korbmachergesellen sucht Kanzog, Korbmachermeister, Nieder-Schönhausen. 1468b

Versilberer, Versilberin sucht Goldleisten-Fabrik **A. B. Schultze,** Oranienstr. 185. 1467b

Schirmnäherinnen, geübte, finden bei uns im Hause dauernde Beschäftigung. Neumak & Silber, Schirmfabrik, Krausenstraße 39. 23/20*

Mamsells, geübt auf bessere Steppjacketts, hohe Preise, jeden Sonnabend wird gerechnet, nur im Hause, verlangt Lau, Weidenweg 29 III. 1359b*

Stepperin auf Jacketts, Lohn bis 24 Mark, verlangt Lau, Weidenweg 29 III. 1358b*

Tüchtige Barockvergolderinnen, 18 bis 20 Mark Lohn. Joers, Skalitzerstraße 28. [†1*

Mamsells, Jacketts, verlangt Fechler, Rüdersdorferstraße 17 I. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Rohtabak.

Zur selbständigen Verwaltung suchen für unsre Filiale einen Herrn, Vorzug Cigarrenmacher, der die kleine Kundschaft kennt. 4904L

Adresse **X. S. 41** Postamt 43.

Maurergesellen verl. **Weidelt,** Blumberg b. Berlin.

Einige Korbmacher finden lohnende Beschäftigung bei **Calm & Ahlfeld** [4894L* **Rohrwarenfabrik Bernburg.**

Achtung, Drechsler!

Bei der Firma **Voeltzkow, Ritterstraße 15,** haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 89/8

Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Parkettleger, Bauhandwerker!

Die Firmen **Damke-Peter** und **Görlitz-Classen** sind gesperrt!
89/9 **Die Kommission.**

Verantwortlicher Redakteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabendabend 8½ Uhr im Wirtshaus „Zur Tanne", Nordbahnstr. 15, seine Mitglieder-Versammlung ab. Genosse F. Kohke hält einen Vortrag „Aus der Geschichte Englands".

Ober-Schöneweide. Da am vorigen Sonnabend die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins durch das Vorgehen des Amtsvorstehers unterbleiben mußte, findet morgen, Sonnabend, bei John eine Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag hält: „Der Kampf ums Dasein in Natur und Gesellschaft".

Adlershof. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonnabend in Schmausers Lokal eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Adolf Hoffmann über „Die lex Heinze und die sittlich Empörten" sprechen wird. — Heute abend findet ebenfalls vom Lokal Schmauser aus eine Flugblattverbreitung statt; die Genossen werden ersucht, sich zahlreich an derselben zu beteiligen.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst die Erhöhung der Alterszulagen der Gemeindeschullehrer nach den Vorschlägen des Ausschusses, dem der auf diese Angelegenheit bezügliche Antrag Cassel zur Vorberatung überwiesen worden war, einstimmig angenommen. Der Zusatzantrag Singer, auch für die wissenschaftlichen Lehrerinnen eine Erhöhung der Alterszulagen eintreten zu lassen, wurde vom Ausschuß nur in einer abgeschwächten Form empfohlen und fand so gleichfalls die Zustimmung der Versammlung. Herr Cassel leistete sich als Berichterstatter des Ausschusses wieder einmal einen schwungvollen Hymnus auf die „Liberalität", die die städtische Verwaltung gegenüber der Volksschule im allgemeinen und der Lehrerschaft im besonderen so oft gezeigt habe.

Die Frage der Weiterführung der Kaiser Wilhelm-Straße ist jetzt endlich so weit gediehen, daß der Magistrat der Versammlung eine dahingehende Vorlage macht. Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen. Aus der Debatte heraus klang ein deutlicher Wiederhall der heftigen Kämpfe, die in den Kreisen der beteiligten Grundbesitzer und sonstigen Interessenten so lange um die Kaiser Wilhelmstraße und das „Schemenviertel" geführt worden sind. Genosse Singer übte eine generelle Kritik an der Art, wie solche Projekte bei uns ausgeführt zu werden pflegen. Seine Anregung, bei dieser Gelegenheit einmal einen Anfang mit einer vernünftigen städtischen Wohnungspolitik zu machen, die das Interesse der zur Miete wohnenden breiten Masse der Bevölkerung über das der Grundbesitzer stelle, dürfte schwerlich auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

Gegen die Auswahl der auf Kosten der Stadt zur Pariser Weltausstellung zu entsendenden Personen wurden von verschiedenen Seiten Einwendungen gemacht. Die städtische Verwaltung hat sich dabei so gut wie gar nicht von socialpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Genosse Pfannkuch beklagte, daß unter den ausgewählten Personen fast gar keine Arbeiter seien und beantragte, die Versammlung solle dem Magistrat empfehlen, zum Studium der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und besonders der Einrichtungen der Pariser Arbeitsbörse mindestens zwei dem Ausschuß des Gewerbegerichts angehörende städtische Arbeiter nach Paris zu entsenden. Der Magistrat verteidigte seine Liste mit Eifer und wehrte sich entschieden gegen die Zumutung, Arbeiter zu dem angegebenen Zweck nach Paris zu schicken. Der Antrag Pfannkuch wurde dann auch abgelehnt. Dafür hatten fast nur unsre Genossen gestimmt.

Zu denjenigen, die sich nicht entschließen konnten, für den Antrag Pfannkuch betreffend die Entsendung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nach Paris zum Studium der Institution der Arbeitsbörsen zu stimmen, gehörte auch der Stadtv. Carl Goldschmidt, der Vertreter der Gewerkvereine!

Marinefreuden für Arbeiter.

Unsre Zukunft liegt bekanntlich auf dem Wasser, und daher ist es ebenso patriotisch, wie für den Industrialismus profitabel, dem Volk eitel Wasser- und Flottenschwärmerei beizubringen. Aber auch die Gegenwart ist bekanntlich im Marinismus glückselig und der Proletarier insbesondre erwirbt sich durch Beschäftigung bei Schiffsbauten ein Leben voller Wonne. Zu solcher Ueberzeugung mögen insbesondre auch 160 Berliner Arbeiter gelangt sein, die von der hiesigen Firma J. C. Pfaff nach dem Stettiner Vulkan gesandt worden sind, um dort auf dem neuerbauten Dampfer „Deutschland" die glänzende Möblierung und Ausstattung einzurichten. Dies Schiff hat sich, wie erinnerlich, am 30. Mai, als es nach Swinemünde geschafft werden sollte, im Stettiner Haff festgefahren; ein Ereignis, das für die Arbeiter nach ihrer Ausfahrt nicht ganz unerwartet kam, sondern sich aus dem unfertigen Zustande des Schiffs ziemlich leicht erklären ließ.

Es war 12 Uhr mittags, als das Malheur geschah. Die tausend Arbeiter an Bord, die nunmehr auf etliche Zeit von der Mitwelt abgeschnitten waren, sahen sich bald vor die Frage gestellt, wie denn wohl für ihre Ernährung und Beherbergung auf dem Schiffe gesorgt sein möge. Bald sollten sie aus den Thatsachen selber die Antwort erhalten. Das erste schwere Leiden stellte sich durch den völligen Mangel an Trinkwasser ein. Alles Suchen blieb erfolglos; selbst die Schiffsküche hatte kein Trinkwasser und die Speisen wurden mit unfiltriertem Haffwasser gekocht. Auch die Arbeiter mußten mit diesem ekelhaften, trüben und schlammigen Getränk ihren brennenden Durst löschen. Zu diesem Elend kam die schlechte Zubereitung der Speisen. Namentlich die warmen Gerichte erwiesen sich als ungenießbar, einmal wegen des starken Sodazusatzes, und dann erklärlicherweise infolge des schlechten Wassers, in dem sie gekocht waren. Es stellte sich bei den Arbeitern Brechdurchfall ein, und zwei Mann aus Hamburg erkrankten so bedenklich, daß sie nach Swinemünde ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Zu solchen Qualen gesellte sich noch, daß auf dem Schiffe keine ordentliche Schlafgelegenheit beschafft wurde. Jeder mußte trachten, sich auf dem glatten Fußboden, auf Tischen oder Stühlen, und wenn er besonders Glück hatte, auf einen Teppich oder Sofa, so gut oder vielmehr so schlecht es ging, zu lagern. Ein solches Leben bringt einen normalen Menschen schon beim Nichtsthun herunter, um so verderblicher wirkte es bei den aufs äußerste forcierten Anstrengungen, zu denen die Arbeiter angetrieben wurden. Sogar am 1. Pfingsttage mußte gearbeitet werden, und um die Arbeiter bei Laune zu erhalten, versprach der Direktor ihnen, daß er am zweiten Feiertag, wo sie ans Land gehen könnten, in Swinemünde die Kosten für die Uebernachtung im Hotel decken wolle, ja es sollte sogar auf Fabrikunkosten für diesen Tag eine Dampferpartie arrangiert werden — zwei Zusagen, die beide nicht gehalten wurden.

Ganz besonders empört waren die auf dem Schiffe beschäftigten Personen noch darüber, daß die Ziegenorter Fischer, die den Arbeitern frische Butter, Bier und sonstige Nahrungsmittel bringen wollten, nicht an Bord gelassen und durch eine in Thätigkeit gesetzte Feuerspritze verjagt wurden.

Die Arbeiter der Firma Pfaff, so schreibt uns die Organisation der Maler, von der wir diese Mitteilungen erhalten, werden ihr Lebtag an die rücksichtslose und gesundheitsschädigende Behandlung denken, der sie an Bord des „Deutschland" ausgesetzt waren. War ihnen der Marinismus nicht schon vorher verleidet, so durch die Erfahrungen der Pfingstzeit gewiß.

Auf die Beamtenverhältnisse der Großen Berliner Straßenbahn wird die Aufsichtsbehörde in Zukunft einen größeren Einfluß als bisher ausüben können und zwar auf Grund der Genehmigungs-Urkunde vom 4. Mai d. J. Diese schreibt bezüglich der leitenden Beamten der Bau- und Betriebsverwaltung vor, daß deren Namen dem Polizeipräsidium sowie der königlichen Eisenbahndirektion angezeigt werden müssen, und bezüglich der Beamten des äußeren Betriebsdienstes, daß alle Bediensteten (Wagenführer, Schaffner, Kontrolleure, Expeditoren 2c.) diejenige körperliche und geistige Fähigkeit und diejenige Zuverlässigkeit besitzen sollen, die ihre Berufspflicht erfordert. Zu Wagenführern sollen nur solche Personen angenommen werden, die mindestens 21 Jahre alt sowie mit der elektrischen Bahn, der Fahreinrichtung und deren Anwendung vertraut sind und dies durch eine Prüfung und durch Probefahrten nachgewiesen haben; „es wird vorbehalten, nach dieser Richtung bestimmtere Vorschriften zu erlassen; ebenso wird vorbehalten, ein Höchstmaß der täglichen Beschäftigungszeit der Wagenführer bezw. ein Mindestmaß der denselben zu gewährenden Ruhepausen zu bestimmen." — Alle diese vorbehaltenen Bestimmungen sollen, wie wir hören, erst getroffen werden, sobald der gesamte Bahnbetrieb der Großen Berliner Straßenbahn in den elektrischen umgewandelt sein wird.

Die Radschutzvorrichtungen der Elektrischen. Ein Techniker schreibt uns: In Nr. 133 des „Vorwärts" wird berichtet, daß vor dem Hause Swinemünderstraße 133 ein Knabe durch einen elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und getötet worden ist; das Rad sei dem Unglücklichen über den Kopf gegangen. Wenn diese Nachricht keinen Irrtum enthält, so ist der Vorgang sachlich nicht zu begreifen. Denn wenn die Radschutzvorrichtungen fest wären, hätte der Gefallene weggeschoben werden müssen, auf keinen Fall aber konnte er von einem Rade gefaßt werden. Aber diese Schutzvorrichtungen sind eben nur lose angebracht und leisten keinen Widerstand, wovon man sich jeden Augenblick überzeugen kann. Ihre Anbringung ist mehr Schein als Wahrheit, wie alle Handlungen der Direktion. Wie oft ist schon die Forderung gestellt worden, daß die Stirnwände der Wagen tiefer herabgeführt und die vorstehenden Kuppelungen zum Zurücklegen eingerichtet werden sollen. Aber die Direktion darf das Publikum noch so vielen Richtungen durch Mangel an Rücksicht verhöhnen, warum sollte sie also hierin Wandel schaffen? Erst muß vielleicht das Kind eines Grafen gerädert werden, bevor wir Abhilfe zu erwarten haben.

Die Verhandlungen wegen des Landerwerbs für die Zufahrtstraßen zu den geplanten Brückenbauten im Zuge der Mantenffel- und Eisenbahnstraße sind, soweit Privateigentum in Betracht kommt, von der städtischen Baudeputation abgeschlossen worden. Die Deputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Erwerb der erforderlichen Landflächen teils durch freihändigen Ankauf, teils durch das Enteignungsverfahren den Gemeindebehörden zu empfehlen.

Die Feier des 25jährigen Bestehens der städtischen Taubstummenanstalt findet am 18. d. M., vormittags 10 Uhr, im Saal der Anstalt, Marksstr. 49, statt.

Die Einführung des elektrischen Betriebs auf den zum Zoologischen Garten führenden Straßenbahnlinien, welche noch mit Pferden betrieben werden, wird im Lauf des Herbstes durchgeführt werden, so daß im Winter der Westen nur wenig Straßenbahnpferde mehr vorfinden wird. Auch auf der wichtigen Linie Savignyplatz—Potsdamer Thor—Görlitzer Bahnhof dürfte die Einführung des elektrischen Betriebs bis zum 1. Oktober erfolgen.

Ferien-Fahrkarten nach den Vororten. Für die Zeit der großen Schulferien vom 7. Juli bis 18. August d. J. werden für den Verkehr von Berlin, Schlesischer Bahnhof, Görlitzer Bahnhof, Stettiner Bahnhof, Anhalter Bahnhof, Lehrter Hauptbahnhof, Potsdamer Hauptbahnhof, Wannseebahnhof, Potsdamer Bahnhof (Ringbahn), sowie von den Stadtbahn-Stationen Charlottenburg bis Jannowitzbrücke nach den Vororten und zurück besondere Ferien-Stamm- und Nebenkarten zweiter und dritter Karte unter denselben Bedingungen, wie Monatskarten, verausgabt. Diesen Ferienkarten ist der tarifmäßige Preis der Monatskarten zu Grunde gelegt, zu welchem ein geringer fester Zuschlag für die den vollen Monat überschreitende Zeit zur Erhebung kommt. Die Verausgabung dieser Ferienkarten erfolgt vom 2.—30. Juli d. J. bei den Fahrkarten-Ausgabestellen der vorbezeichneten Stationen.

Ueber den Defraudanten Max Döring, der als Kassierer bei der Spandauer Straßenbahn beschäftigt war, einige Tage vor Pfingsten mit etwa 7500 M. durchgebrannt und bisher noch nicht ermittelt ist, wird jetzt berichtet, daß es sich um einen ganz gerieben Gauner und Betriger handelt, nämlich um den Döring, der seiner Zeit die Deutsche Bank um 120 000 Mark geschädigt hat. D. war bis zum Jahre 1892 „Börsen-Vertreter" der genannten Bank und besaß als solcher ein großes Vertrauen. Er ließ sich aber auf eigne Faust in Spekulationen ein und gewann anfänglich an 60 000 Mark. Dann schlug das Glück, wie so oft in dergleichen Geschäften, um, und gar bald war er nicht im stande, bei den verschiedenen kleineren Bankgeschäften, die seine Spekulationsunternehmungen besorgten, große Differenzen zu decken. Da ihm die Gelder der Deutschen Bank zugänglich waren, so griff er kurz entschlossen diese an. Als die Unterschleife trotz seiner geschickten Manipulationen entdeckt wurden, betrugen sie über 120 000 M. Döring wurde dann flüchtig, verhaftet und mußte seinen Leichtsinn mit fünf Jahren Gefängnis büßen, die er im Zellengefängnis zu Plötzensee absaß, wo er in der letzten Zeit als Schreiber beschäftigt war. Kaum entlassen, glückte es ihm, eine Stellung zu erhalten. Aber im August 1898 erhielt er wiederum wegen Unterschlagung 9 Monate Gefängnis. Nach seiner Entlassung aus dem Plötzensee Gefängnis erhielt er die erwähnte Stellung in Spandau, wahrscheinlich auf Grund gefälschter Papiere. Dörings Vorliebe zum Spiel am Totalisator ist jetzt abermals sein Verderben gewesen. Seine Spur deutet nach Italien.

Durch einen Baumfall, welcher eine Anzahl Arbeiter in Lebensgefahr brachte, wurden gestern vormittag gegen 11½ Uhr die Passanten der Möckernstraße in Schrecken gesetzt. In der Nähe der Möckernbrücke wird gegenwärtig an der Fortführung des Bahnkörpers der elektrischen Hochbahn eifrig gearbeitet; die betreffenden Arbeiten werden von einer Firma für Maschinenkonstruktion zur Ausführung gebracht. Gestern vormittag war eine Anzahl Arbeiter damit beschäftigt, schwere eiserne Träger, welche beim Bau Verwendung finden, mittels Flaschenzugs in die Höhe zu winden. Das zu diesem Zweck errichtete Gerüst, welches durch zwei Seile zur größeren Sicherheit am Erdboden befestigt war, geriet infolge seiner leichten Konstruktion bereits beim Aufziehen der schweren Last derartig bedenklich ins Schwanken, daß seitens des zuschauenden Publikums jeden Augenblick ein Unglück befürchtet wurde. Ein solches trat schließlich auch zum allgemeinen Entsetzen gegen 11½ Uhr ein. Der gerade in der Schwebe befindliche eiserne Träger hatte sich nämlich mit einem Ende in dem Gebälk des Gerüstes festgeklemmt und mußte demzufolge, um ihn frei zu bekommen, nach vorn gezogen werden. Dadurch neigte sich das schwankende Gerüst mit nach vorn, wodurch wieder eines der Sicherheitsseile aus dem Erdboden gerissen wurde. Das Gerüst verlor dadurch seinen Halt, brach zusammen und fiel mit seiner Last in die Spree und in einen an jener Stelle ankernden Spreekahn. Wunderbarerweise ist keiner der auf und bei dem Gerüst beschäftigten Arbeiter getötet, ja nicht einmal erheblich verletzt worden.

Ein steckbrieflich verfolgter Schwindler ist der Kaufmann Rehwinkel, ein Deutsch-Amerikaner, der vor Jahresfrist nach Berlin kam und auf dem Wedding ein Schuhwarenlager einrichtete. Er verstand es, sich weitgehenden Kredit zu verschaffen, verkaufte jenes Geschäft mit hohem Nutzen und eröffnete sofort drei andre Warenlager in der Münzstraße, Landsberger- und Kleinen Frankfurterstraße. Die beiden letzteren Geschäfte verkaufte er vor einigen Tagen an eine Firma, ließ sich 10 000 Mark in baar und außerdem Wechsel über weitere 10 000 Mark geben. Da letztere nicht unterzubringen waren, gab er sie an den Aussteller gegen eine Baarsumme von 6000 Mark zurück, um dann schleunigst das Weite zu suchen. Um seine Gläubiger zu täuschen, mietete er noch kurz vor seiner Flucht in der Brunnenstraße Geschäftsräume für 5000 M., worauf er allerdings nur eine minimale Anzahlung leistete. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, hat der Flüchtige Barmittel in Höhe von 50 000 M. mitgenommen. Die Gläubiger, unter denen sich Firmen mit einem Guthaben von 6 bis 15 000 M. befinden, werden leer ausgehen, da das noch vorhandene Warenlager in der Münzstraße kaum die gerichtlichen Kosten deckt. Der Konkurs ist bereits eröffnet, auch ist von der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief hinter dem Flüchtigen erlassen worden.

Im Polizeigefängnis erhängt hat sich gestern der Hausdiener Adolf Schirm, ein Mann von 36 Jahren, der wegen Einbruchs verhaftet worden war. Schirm war als Einbrecher schon mehrfach bestraft. Zuletzt war er bei einem Einbruch in ein Papiergeschäft in der Blumenstraße 70 vom Wächter des Grundstücks festgenommen worden, als er sich eben 200 M. angeeignet hatte.

Wegen eines Sittlichkeits-Verbrechens wurde gestern nachmittag ein 56 Jahre alter obdachloser Arbeiter Karl Pohlemann festgenommen. Der Mensch trieb sich in Plötzensee umher und wurde dort von einem Amtsdiener dabei betroffen, als er auf freiem Feld ein dreijähriges Mädchen vergewaltigte. Im Polizeigewahrsam versuchte er, sich durch Aufschneiden der Pulsader das Leben zu nehmen.

Mit Steinen beschwert hatte sich ein junger Mann, dessen Leiche gestern morgen in der Nähe der Marschallbrücke am Reichstags-Ufer aus der Spree gelandet wurde. Um sicher unterzugehen, hatte er alle Kleidertaschen mit Steinen vollgepackt. Der Tote ist noch nicht bekannt. Er mag etwa 20 bis 25 Jahre alt gewesen sein.

Straßensperrung. Das kgl. Polizeipräsidium teilt mit: Die Bellevue-Allee von der Charlottenburger Chaussee bis zum Spreeweg wird behufs Neubeschüttung vom 15. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Rixdorf stimmte gestern dem Beschlusse des Magistrats, dem Brandenburgischen Städtetage beizutreten, zu und delegierte zu den diesjährigen Verhandlungen den Stadtverordneten-Vorsteher Sander, den eventuell sein Stellvertreter vertreten soll. Der Magistrat hat zu seinem Vertreter den Bürgermeister Voigt bestimmt. — Der Magistrat schlägt den Erlaß eines Ortsstatuts vor, durch das auf Grund des § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes zu den Straßenbaukosten auch die Anlieger an solchen Straßen, auf die Ortsstatute gemäß § 15 des Baufluchtlinien-Gesetzes nicht Anwendung finden, herangezogen werden können. Der Magistratsentwurf fand die Zustimmung der Versammlung. — Nach längerer Debatte wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche die Entwürfe zu Polizeiverordnungen, die dem Magistrat seitens der Polizeidirektion vorgelegt sind, prüfen soll. Einigt sich die Kommission nicht, dann soll der Magistrat ersucht werden, die betreffenden Verordnungsentwürfe dem Plenum der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten. Von den Socialdemokraten wurden Ostermann und Silberstein der Kommission zugeteilt. — Die Mittel, die zur Unterbringung pflegebedürftiger Kinder in der Sommerpflegestätte Lenzheim und in der Brandenburgischen Kinderheilstätte in Kolberg etatsmäßig zur Verfügung stehen, wurden um 500 M. vermehrt, damit außer den bisher in Aussicht genommenen 36 Freistellen noch einige begründet werden können. Im Anschluß hieran entspann sich eine kurze Diskussion über die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Ferienkolonien. Beide wurden allerseits anerkannt. Bürgermeister Voigt stellte in Aussicht, daß im nächsten Jahre auch in der Mark eine Anzahl erholungsbedürftiger Kinder verpflegt werden würden. — Der Magistrat beantragt, zur Deckung von Kur- und Verpflegungskosten für geschlechtlich erkrankte Frauenspersonen, die von der Polizei aufgegriffen worden sind, sowie zur Deckung von sonstigen mittelbaren Polizeikosten 1000 M. nachträglich in den Etat einzustellen. Mit der Prüfung des Antrags wurde eine Kommission betraut, der u. a. Silberstein (Soc.) und Wuthy (Soc.) angehören.

In der Frage des Charlottenburger Pferdemarkts hat, wie s. Z. gemeldet wurde, der dortige Magistrat, obwohl er infolge Verwendung des bisherigen Platzes für das neue Krankenhaus kein für den Markt geeignetes Grundstück aufweisen kann, doch auf das Marktrecht nicht verzichten wollen, sondern die Abhaltung des Pferdemarkts nur bis auf weiteres eingestellt. Man rechnete immer noch darauf, daß ein domänenfiskalisches Gelände von 28 Morgen, das neben der Spandauer Bergbrauerei liegt und zum Verkauf gestellt war, als Marktplatz dienen könnte. Dieses Gelände ist nun, nachdem die kgl. Regierung auf die in zwei Versteigerungsterminen abgegebenen Gebote von 384 000 und 387 000 M. den Zuschlag nicht erteilt hat, nunmehr freihändig an die Spandauer Bergbrauerei für 390 000 M. verkauft worden. Die Brauerei hat es aber abgelehnt, das Land oder einen Teil davon als Pferdemarktplatz herzugeben. Sie beabsichtigt, es lediglich zur Erweiterung ihres Betriebes zu benutzen. Inzwischen hat aber der Magistrat von Spandau unweit der Charlottenburger Grenze, in der Richtung des ehemaligen Pferdemarktplatzes Ländereien angekauft, um dorthin den Spandauer Pferdemarkt zu verlegen, der so lange an einer andern Stelle der Stadt betrieben worden ist.

Ein räuberischer Ueberfall scheint in der Nacht zum Mittwoch in Charlottenburg an einem Studenten verübt worden zu sein. Gestern morgen gegen 9 Uhr wurde im Gebüsch vor der Technischen Hochschule der Student des Baufachs Hans Grube, Wallstr. 20 wohnhaft, blutüberströmt aufgefunden. Auf dem Erweiterungsbau beschäftigte Arbeiter brachten den Bewußtlosen zunächst nach der Unfallstation XI in der Marchstraße, wo ihm die Kopfwunden zugenäht werden mußten. Anscheinend sind die Verletzungen dem Studenten durch Schläge mit einem Stein beigebracht worden. Von der Unfallstation wurde G. nach seiner Wohnung gebracht. Hier lag er bis in den späten Nachmittag noch immer halb bewußtlos. Da der Verletzte eine bedeutende Summe Geldes bei sich gehabt hat und dieses samt dem Portemonnaie fehlte, so ist es nicht ausgeschlossen, daß derselbe in angetrunkenem Zustande — seine Verbindung hatte Stiftungsfest gefeiert — in den frühen Morgenstunden von unbekannten Personen niedergeschlagen und dann beraubt worden ist.

Ein Zechpreller aus Berlin ist in Spandau in der Person eines jungen Kaufmanns Namens Hopp verhaftet worden.

Ein Boot ohne Insassen ist am Mittwoch in der Spreemündung in Spandau angetrieben worden; es ist ein Sportfahrzeug mit der Bezeichnung Baruch. Bisher ist nicht bekannt geworden, ob ein Unfall vorliegt oder das Boot sich irgendwo vom Ufer gelöst hat.

In Ober-Schöneweide hat die Gemeindevertretung beschlossen, aus Verkehrsrücksichten den Königsplatz aufzuheben. — Die Straßenreinigung des Orts wird auf Anregung unsres Parteigenossen John in Regie genommen werden. — Nach Fertigstellung der Kanalisation soll jeder Grundbesitzer die Pflasterung des Bürgersteigs sofort vornehmen. — Wegen Pflasterung der Sandwüste an der Fußgängerbrücke in Nieder-Schöneweide wird die Baukommission sich mit dem Besitzer der Hasselwerderstraße in Verbindung setzen.

Gegen die Müllablagerung der Stadt Berlin wendet man sich allerorten. Kürzlich hat der Magistrat bei Pinnow Ländereien

erworben und auch die Genehmigung zur Anlage eines Müllabladeplatzes erhalten. Dagegen will nun Oranienburg Einspruch erheben, weil die Ausdünstungen des Unrats die südliche Vorstadt in Mitleidenschaft ziehen würden, wo ein neues Krankenhaus errichtet werden soll.

Gerichts-Zeitung.

Krawattenfabrikant Steinberg freigesprochen! Unter der Firma „Erste Berliner Herren-Krawatten-Akademie" gründete der Konfektionär Adolf Steinberg im Jahre 1897 in der Kaiser Wilhelmstraße eine „Lehranstalt", die es nach dem Prospekt zu ihrer Aufgabe gestellt hatte, Frauen und Mädchen in der Krawattenanfertigung auszubilden. Es wurde den Lernenden versprochen, daß sie in den Stand gesetzt werden würden, sich später selbst ihr Brot zu verdienen, sei es als selbständige Inhaberinnen einer Krawattenfabrik, als Direktricen oder als Arbeiterinnen. Die „Akademie", in der nach „wissenschaftlicher" Methode unterrichtet werden sollte, fand starken Zuspruch. Aber bald kam es zwischen den Lernenden und dem Inhaber des Instituts zu Streitigkeiten. Viele von den ersteren behaupteten, daß sie von der Ehefrau Steinberg nur mit Vorarbeiten beschäftigt worden seien, die sie im Interesse des Instituts hätten ausführen müssen. Sie hätten so gut wie nichts gelernt und es könne keine Rede davon sein, daß sie sich selbst ernähren könnten. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte Steinberg über dreißig Klagen vor dem Gewerbegericht durchzufechten. Zuletzt spitzte sich die Angelegenheit zu einer Anklage gegen Steinberg wegen Betrugs, gegen seine Ehefrau wegen Beihilfe zu. Steinberg wurde auch vom Schöffengericht zu vier Monaten, seine Ehefrau zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Es wurde angenommen, daß es den Angeklagten nur darum zu thun gewesen sei, das Lehrgeld zu erhalten, ohne die versprochene Gegenleistung zu erfüllen. In der gestrigen Berufungsinstanz hatte der Verteidiger Dr. Schwindt einen großen Entlastungsbeweis angetreten. Den vielen Belastungszeuginnen wurde eine noch größere Anzahl gegenübergestellt, welche bekundeten, daß sie durch den genossenen Unterricht vollauf zufriedengestellt seien und sie sich dadurch eine Existenz errungen hätten. Es komme wohl im wesentlichen auf den Geschmack und die Geschicklichkeit jeder Einzelnen an. Der Angeklagte unterbreitete dem Gerichtshofe außerdem zwei Diplome, die ihm vom „Verein für Frauenerwerb" als Anerkennung für sein Wirken zuerteilt worden waren.

Bei dieser Sachlage gelangte der Gerichtshof nicht zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagten unredliche Absichten gehabt hätten, das erste Urteil wurde aufgehoben und ein freisprechendes Erkenntnis gefällt.

Die Schöneberger Schulangelegenheit soll nunmehr am 19. d. M. vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II ihren Abschluß finden. Nachdem die wegen Beleidigung des Lehrers Richard beschuldigten Personen (Redacteur Vormeng und Genossen) in zweiter Instanz freigesprochen sind, ist gegen Richard Anklage wegen fahrlässiger Tötung eines Schülers durch Ueberschreitung des Züchtigungsrechts erhoben worden. Bei dem großen Zeugenmaterial wird die Verhandlung voraussichtlich im kleinen Schwurgerichtssaal stattfinden.

Ein ehemaliger Offizier. Der sich jetzt „Schriftsteller" nennende frühere Lieutenant Paul v. Berger wurde gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Angeklagte hat die Feldzüge von 1866 und 70/71 als Lieutenant im 47. Infanterie-Regiment mitgemacht. Er ließ sich einen Diebstahl zu Schulden kommen, wurde entlassen und zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Nun ging es mit dem Angeklagten manufhaltsam bergab. Bald folgte eine Bestrafung wegen Betrugs mit 6 Wochen Gefängnis und dann eine solche zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Jetzt wurden ihm wieder zwei Betrügereien zur Last gelegt, von denen sich eine auf dem Gebiete des Heiratsschwindels bewegte. Er hatte eine Witwe kennen gelernt, der er durch allerlei falsche Vorspiegelungen 1000 M. abgeschwindelt haben soll. Er sei der Neffe eines bejahrten Fräuleins v. Buddenbrock, von der er dereinst 200 000 M. erbe. Nur augenblicklich sei er in Verlegenheit, da er einen Prozeß um 68 000 M. gewonnen habe, aber sofort 1000 M. hinterlegen müsse, um das Urteil vollstreckbar zu machen. Die Witwe glaubte ihm und gab die 1000 M. her. Im zweiten Fall sollte der Angeklagte ein Darlehn von 600 M. erschwindelt haben. Im Termin erging er sich in allerlei geheimnisvollen Andeutungen über eine hochstehende Persönlichkeit, deren Namen er nicht preisgeben könne. Von dieser Seite habe er auf Unterstützung gerechnet. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leop. Meyer, hatte Bedenken an der völligen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten erhoben, weil der letztere einmal während des Feldzugs eine Kopfverletzung erlitten habe. Gerichtsphysikus Dr. Stoermer hielt es nicht für ausgeschlossen, daß der Angeklagte mit einem geistigen Mangel behaftet sei und es deshalb für zweckmäßig, ihn nach dieser Richtung hin einer Beobachtung zu unterwerfen. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt, der Angeklagte soll einstweilen der Charité überwiesen werden.

Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen den Giftmörder vom Teufelssee, Töpfer Eugen Jänicke, findet nicht, wie dies von andrer Seite gemeldet wurde, am Montag, 18. Juni, in Potsdam, sondern am Freitag, vormittags 9½ Uhr, statt. Für dieselbe sind auch nicht vier Tage angesetzt, sondern nur ein Tag, da bei derselben nur 25 Zeugen vernommen werden.

In Hamburg ist, wie uns ein Privattelegramm von dort meldet, gestern der Journalist Oskar Schloßbauer wegen gemeiner Schwindeleien zu fünf Jahren Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Schloßbauer war früher in Hamburg und später in östreichischen Diensten Offizier.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7–9 Uhr abends statt.

G. G. L. 1. Warum nicht? Den Titel eines Professors braucht man sich doch nicht wie den eines Geh. Kommerzienrats durch besondere staatserhaltende Verdienste zu erwerben. 2. Buchhalter an großen Banken werden recht niedrig bezahlt; das Monatsgehalt mag durchschnittlich 150 M. betragen. 3. Die Adresse genügt vollkommen.

A. B. 78. 1. Beine geringen Grades. Nicht sehr großer Krampfaderbruch. Bruchanlage, kenntlich durch Erweiterung des äußeren Leistenringes oder Hervorwölbung der verdünnten Bauchwand beim Husten. Einzelne Blutadern an den Beinen. Sehschärfe normal.

A. S., Bautzen. Die Adresse des Genossen Stadthagen ist: Berlin, In den Zelten 13.

Eingegangene Druckschriften.

Lexikon der Kinder-Heilkunde und Kinder-Erziehung. Verlag von Hermann Schild, Berlin SW., Dorfstr. 20. 20 Lieferungen à 50 Pf.

Marktpreise von Berlin am 13. Juni 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	15,40	15,38	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.		8,—	6,—
„ mittel	„	15,36	15,34	Rindfleisch, Keule	1 kg		1,60	1,20
„ gering	„	15,32	15,30	do. Bauch	„		1,20	1,—
Roggen, gut	„	15,40	15,32	Schweinefleisch	„		1,60	1,—
„ mittel	„	15,24	15,16	Kalbfleisch	„		1,60	1,—
„ gering	„	15,08	15,—	Hammelfleisch	„		1,60	1,—
†) Gerste, gut	„	14,80	14,30	Butter	„		2,40	1,80
„ mittel	„	14,20	13,70	Eier	60 Stück		3,60	2,20
„ gering	„	13,60	13,10	Karpfen	1 kg		1,80	1,40
†) Hafer, gut	„	15,80	15,20	Aale	„		2,80	1,60
„ mittel	„	15,10	14,50	Zander	„		2,60	1,—
„ gering	„	14,40	13,90	Hechte	„		2,40	1,20
Richtstroh	„	7,32	6,82	Barsche	„		1,60	0,80
Heu	„	9,80	6,50	Schleie	„		3,—	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„		1,40	0,80
Speisebohnen	„	45,—	20,—	Krebse	per Schock		15,—	3,—
Linsen	„	70,—	30,—					

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 14. Juni. Getreide. Die Preise setzten am Frühmarkt unverändert ein, befestigten sich jedoch bald, da die gestrige Schwäche der europäischen Märkte in Amerika ziemlich eindruckslos aufgenommen worden ist. New York und Chicago waren nach matterem Beginn etwas erholt. Auch aus Oestreich-Ungarn fehlten Feiertags halber die Notierungen. Vom Inland war keine Ware mehr offeriert. Die Tendenz war für effektive Ware als behauptet zu bezeichnen. Lieferungen verkehrten mittags zu höheren Preisen, wobei neben den amerikanischen Meldungen auch Klagen über andauernde Trockenheit in Ostpreußen ins Gewicht fielen. Weizen und Roggen waren 0,50–0,75 M. höher gehalten. Mais loco fest infolge mangelnder Zufuhr. Hafer auf einige Ankünfte abgeschwächt. Rüböl lag etwas fester.

Spiritus lag unverändert. Die gestrige Statistik für den Mai, welche eine Abnahme der Produktion konstatiert, stellt dem Artikel nach Ansicht der Händler in Bezug auf die Preisgestaltung bis zur neuen Kartoffel-Ernte ein günstiges Prognostikon aus. — Schluß: Getreide weiter steigend, besonders Roggen.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	764	SO	2	wolkenl.	20	Haparanda	764	N	2	heiter	11
Hamburg	764	NW	4	bedeckt	17	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	765	SO	2	heiter	20	Cork	762	S	3	bedeckt	14
Frankf./M.	766	SW	2	wolkig	15	Aberdeen	761	NW	3	hlb. bed.	18
München	769	W	6	Regen	13	Paris	768	SW	1	hlb. bed.	15
Wien	764	SW	2	hlb. bed.	18						

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. Juni 1900.

Kühler, zeitweise heiter, vielfach wolkig, bei ziemlich frischen westlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Die Geburt eines kräftigen Knaben zeigen an

Berlin, 13. Juni 1900.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine.
Milly Heine.

Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.
Julia Liebknecht, geb. Paradies.

Vermählte.

Kaiser Wilhelmstrasse 19 IV.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, starb unser Mitglied, der Dreher 113/13

Franz Stratmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in der Humboldtstraße aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
E. H. K. Nr. 3 Hamburg.
Filiale Berlin F.

Sonntag, den 17. Juni 1900, vormittags 10 Uhr

Mitglieder-Versammlung

bei **Neumann, Brunnenstr. 150.**

Tagesordnung: 1. Festsetzung des Gehalts und Vergütigung der Ortsverwaltung. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung, der Krankenmeärzte und der Beitragssammler. 3. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

NB. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 9. Juli ein Sommerfest bei Neumann, Brunnenstr. 150, stattfindet zum besten unsrer Invaliden.

Kranken- u. Begräbniskasse d. Berl. Gürtler u. Bronzeure.
(E. H. 60.)

Die Beerdigung des am 12. d. M. verstorbenen Mitglieds Gürtlers

Paul Rose

findet am Sonnabendnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofs aus statt.

1469b **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. andrer gewerblicher Arbeiter
Ortsverwaltung Berlin D.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Moabiter Klubhaus,** Beusselstr. 9 bei Fischer.

Tagesordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung über ihre Thätigkeit im verflossenen Jahr. 2. Festsetzung der Gehälter. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

NB. Unser diesjähriges Sommerfest findet den 7. Juli in der Kronenbrauerei statt.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u.
(Ortsverwaltung Berlin B.)

Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstraße 6.

Tagesordnung:
1. Festsetzung der Entschädigung der Ortsverwaltung.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

181/17 **Die Ortsverwaltung.**

Volksversammlung

am Montag, den 18. Juni, abends 8½ Uhr,
in Ballschmieders Salon, Badstraße Nr. 16.

Tages-Ordnung:

1. Was haben Socialdemokraten und Gewerkschaftler bisher zur Beseitigung des Lebensmittelwuchers, der kapitalistischen Ausbeutung und der wirtschaftlichen Anarchie gethan?

Referent: Reichstags-Abgeordneter **v. Elm.**

2. Diskussion. **Der Einberufer.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter
und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Montag, den 18. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Naunynstr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es erforderlich, daß jeder Kollege erscheint. **Der Vorstand.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß Billets zu dem am **Montag, den 16. Juli,** bei **Max Kliem,** Hasenheide 13/15, stattfindenden **Sommer-Vergnügen** in der Versammlung zur Ausgabe gelangen. 141/20

Verband der Sattler u. verwandten Berufsg.
Filiale Berlin I.

Am Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr, im Lokal „Englischer Hof", Neue Roßstraße 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Geschichte der deutschen Gewerkschaften." Referent Kollege **Sassenbach.** 2. Diskussion. 3. Ergebnis der Umfrage in der Geschirrbranche. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind alle Geschirrsattler Berlins besonders eingeladen.

Filiale II. (Treibriemen-Sattler.)

Am Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Link** über: „Unternehmerverbände und Socialpolitik". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Filiale III. (Koffer- und Taschenbranche.)

Dienstag, den 19. Juni, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Regelmäßige Versammlung.

Filiale IV. (Militäreffekten-Sattler.)

Sonnabend, den 16. Juni, abends 9 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Alb. Hofmann.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten 157/13

Die Vorstände.

Sattler, Täschner, Linoleumleger!

Sonntag, den 24. Juni 1900:

Dampfer-Tages-Partie

mit Musik auf den beiden größten Salondampfern „Habrecht" und „Zelle" nach dem herrlich. am **Dämeritz-See** gelegenen Gesellschaftshaus von O. Raymund in Hessenwinkel. — Preiskegeln, Ballwerfen, Kinderbelustigungen und Fackel-Polonaise. — Abfahrt präcise 7 Uhr von der Jannowitz-Brücke (Belvedère).

Billets à 1,25 M. sind in den Versammlungen sämtlicher Filialen, sowie bei den Kollegen W. Tuschke, Langestr. 103, III, und F. Habermann, Müddenestr. 26, Hof III, zu haben.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Das Komitee.**

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter
Deutschlands (Zahlstelle Berlin V).
Gruppe Rabitzspanner und Träger.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, in **Feuersteins Festsälen,** Alte Jakobstraße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 2. Vortrag des Genossen M. Ktesel über Zweck und Nutzen der Organisation. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 42/7

Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 16. Juni, abds. 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Ein Unterstützungsgesuch. Vereinsangelegenheiten.

Ausgabe der Billets zur Dampferpartie. Die Mitglieder werden ersucht, die Billets am Sonnabend abzuheben, andernfalls dieselben an Gäste verkauft werden. (198/16) **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus,** Engel-Ufer 15: **Sitzung der Ortsverwaltung.**

Zur Beachtung! Stimmzettel zur Urabstimmung betr. die Extra-Beiträge sind auf dem Verbandsbureau als auch auf den Zahlstellen noch vorrätig. **Mittwoch, den 20. Juni, in der Centrum-Vertrauensmänner-Versammlung werden die Stimmzettel wieder eingezogen.**

Drechsler!

Sonnabend, 16. Juni, abends 8½ Uhr, bei **Mörschel, Jüdenstr. 35**

Kommissions-Sitzung der Drechsler.

NB. Der Gesellen-Ausschuß wird ersucht, vollzählig in dieser Sitzung zu erscheinen. 90/10

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 16. Juni, abends 8½ Uhr,
im Lokal des Herrn Fischer, Beusselstraße Nr. 9:

Vertrauensmännerkonferenz für Moabit.

Am Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Otto Naether** über: „Der Einfluß der wirtschaftlichen Kämpfe auf die Lebenshaltung der Arbeiter". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 113/12

Die regelmäßigen Morgensprachen finden jeden zweiten Sonntag im Monat in folgenden Lokalen statt: Vormittags 10 Uhr bei Dieke, Ackerstraße 123, Albert Becker, Blumenstraße 49, und Martin, Raunynstraße 86; ferner nachmittags 2 Uhr bei Quandt, Bergmannstraße 74a.

Die im Heizungsfach beschäftigten Kollegen werden vor Zuzug nach Hamburg gewarnt, da sich dort die Kollegen in einer Lohnbewegung befinden.

Am Montag, den 18. Juni 1900, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über: „Das Reichsseuchen-Gesetz". 2. Diskussion. 3. Die gegenwärtige Geschäftslage und die Zustände in den Gießereien. 4. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Holz- und Bretterträger
Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Möhring, Admiralstraße 18c.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Besprechung über unser Klebemarkensystem. 3. Verschiedenes. 84/10

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** P. Karnal.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

Sonnabend, 16. Juni, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer 15:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wo ist der Minimallohn von 47½ Pf. pro Stunde nicht bewilligt?
2. Gewerkschaftliches. 14668

Die Kollegen haben dafür zu sorgen, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.